

Protokoll der 57. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Mittwoch, dem 15. Dezember 1993; Beginn: 9.00 Uhr in Erfurt, Thüringer Landtag, Arnstädter Str. 51; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Die Kirche und die Gruppen“

Inhalt

Eröffnung

Vorsitzender Rainer Eppelmann	175
---	-----

Vorträge

Rudi-Karl Pahnke	177
„Die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und ihr Verhältnis zu den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen“	
Curt Stauss	190
„Die Kirche und die Gruppen“	

Diskussion	198
-----------------------------	-----

Podium

unter der Leitung von Stefan Hilsberg	202
Angelika Schön	203
Reinhard Weißhuhn	204
Martin Böttger	206
Werner Hilse	208
Heino Falcke	211
Christoph Demke	215

Diskussion	219
-----------------------------	-----

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat gestern den ganzen Tag, fast in die Nacht hinein, die Haltung der evangelischen Kirchen zum SED-Staat im geteilten Deutschland beschäftigt. Heute wollen

wir uns dem Thema „Die Kirche und die Gruppen“ zuwenden. Diese Themenformulierung, die kurz und knapp gefaßt sein mußte, entspricht natürlich nicht der Vielfalt der Stimmen, die damit zur Geltung gebracht werden müssen. Auch hier geht es um sehr politische Fragen. Immer wieder habe ich damals gehört: Das, was ihr da in den verschiedenen Gruppen und Grüppchen tut, ist nicht das Eigentliche. Das Eigentliche in der Kirche ist das gottesdienstliche Leben, das Singen und Beten, die Gemeindeveranstaltungen. Ihr macht Politik, die sollten andere machen. Ich bedaure noch heute, daß es so viele damals nur schwer oder gar nicht begriffen haben, daß nämlich diese politische Diakonie ungeheuer wichtig ist, eine ganz wichtige Aufgabe für die Kirche Jesu Christi. Ich bin auch heute noch dafür dankbar, daß wir auch innerhalb der Kirchenleitungen Leute gefunden haben, z. B. Gottfried Forck und an der Stelle auch Manfred Stolpe, die das begriffen haben und die sogenannten politischen Aktivisten oft unterstützt und stabilisiert haben. Offensichtlich hatten sie begriffen, daß der Christ, der nicht politisch sein soll, damit dennoch sehr politisch handelt und oft genug die Falschen unterstützt. Wer in der DDR unpolitisch sein wollte, hat damit nicht den Schwachen, den Zukurzgekommenen, den Unfreien geholfen, sondern den Herrschenden, den Diktatoren, den Lügner und den Heuchlern. Wo von der Kirche und den Gruppen gesprochen wird, geht es um ein Dreiecksverhältnis, in dem die Kirchenleitungen, die Machthaber und die Gruppen miteinander verbunden waren. Die Gemeinden blieben dabei häufig auf den Zuschauerbänken sitzen. Gelegentlich haben sie auch Einspruch erhoben, wenn sie der Meinung waren, in ihren Kirchen bewegten sich zu viele ungewöhnliche Gestalten. Sehr oft haben sich aber die Gemeinden auch schützend vor die gestellt, die in ihrem Tun und Denken so fremd erschienen. Das sollte nicht vergessen werden. Die Gruppen brauchten die Gemeinden. Sie brauchten immer wieder auch den Mut der Gemeindeglieder, der Gemeindekirchenräte und der Pfarrerinnen und Pfarrer, die dem Druck widerstanden, dem sie von den Machthabern und gelegentlich auch von ihren Kirchenleitungen ausgesetzt waren. Die Regierenden haben in der Regel nicht mit den Gruppen geredet, so etwa nach dem Prinzip: Mit wem ich nicht rede, den gibt es auch nicht. Wenn es um Einschüchterung, Isolierung und Diffamierung ging, hatte man seine Leute, die dieses schmutzige Geschäft besorgten. Ich erinnere hier nur an die „Weißenseer Blätter“ des Prof. Hanfried Müller von der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität. Wie hat man uns da verleumdet, persönlich angegriffen und politisch unmöglich zu machen versucht! Die Kirchenleitungen befanden sich auch hier in einer besonders schwierigen Lage. Sie wurden von den Regierenden in der DDR immer wieder in die Pflicht genommen, die Gruppen abzubremsen. Wir haben diesen Druck, den die SED-Machthaber auf die Kirchen ausübten, auf sehr unterschiedliche Weise wahrgenommen. Wir haben erlebt, wie die Kirchenleitungen zu uns gestanden und uns geschützt haben. Wir haben aber

auch erlebt, daß eine „Magenverstimmung“, die der Staatssekretär Gysi einem kirchenleitenden Menschen gegenüber beklagte, bei uns als „Darmdurchbruch“ ankam. Das zwang uns dann, uns ein Stück Unempfindlichkeit und manchmal Rücksichtslosigkeit gegenüber den Kirchenleitungen anzugewöhnen, um zu erkennen, daß der „Darmdurchbruch“ eben nur eine „Magenverstimmung“ ist.

Fairerweise will ich auch von der Erfahrung berichten, daß Kirche uns immer wieder als Druckmittel gegenüber den Machthabern verwandt hat. Das ging dann etwa nach der Devise: Ihr Regierenden müßt uns in dieser oder jener Angelegenheit noch ein Stück entgegenkommen, sonst können wir die Chaoten in unseren Gruppen nicht ruhig halten. Das wird dann alles noch schlimmer, wenn ihr uns nicht noch ein Stück entgegenkommt. Das war oft ein heikles Spiel, das z. B. auch Manfred Stolpe mit den Mächtigen gespielt hat. Aber auch das sei fairerweise gesagt: Das eine oder andere ist damit eben auch erreicht worden. So können wir heute sagen: Dadurch, daß es die Gruppen gab, ist die Verhandlungsposition der Kirchen gegenüber den Machthabern stärker geworden. Die Gruppen wurden zu politischen Faktoren, die die Regierenden zu Kompromißlösungen zwangen. Die Gruppen in der ganzen Vielfalt ihrer Interessen, Lebensformen und Persönlichkeiten, so möchte ich hier schon vorwegnehmend sagen, haben eine heilsame Unruhe in die Kirchen hineingetragen, haben manche verschreckt, manche zum Nachdenken und Mittun angeregt und zu jener Politisierung beigetragen, die es ermöglichte, daß die Kirchen in der Zeit der Wende ganz nahe beim Volk waren. Wir werden heute eine eigentlich viel zu kleine Zahl von Menschen hören können, die sich in diesen Gruppen engagierten. Ich danke denen, die sich von uns zu dieser Anhörung haben einladen lassen. Ich weiß, daß es hier bei dem einen oder anderen auch Bedenken zu überwinden gab. Darüber sollte nachher auch ganz offen gesprochen werden. Ebenso offen sollte auch darüber geredet werden, was aus den Gruppen und den Menschen in ihnen nach der Wende geworden ist. Wie geht es ihnen heute? Wo stehen sie jetzt? Was machen sie heute? Welche Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten sehen sie heute in Kirche und Gesellschaft? Wo sind ihre Erwartungen erfüllt und wo sind sie enttäuscht worden? Es wird bei all diesen Fragen, so ist meine Ahnung, nicht nur um Vergangenheit gehen, sondern – wie überhaupt bei der Arbeit der Enquete-Kommission – auch um unsere Gegenwart und um unsere Zukunft. Wir werden uns darum den Fragen und der Unruhe aussetzen. Ich wünsche uns allen bis 14.00 Uhr einen möglichst guten und intensiven Tag und bitte jetzt fortzufahren. Der erste, der jetzt für uns reden wird zum Thema „Die Kirchen und die Gruppen“ ist Pfarrer Rudi Pahnke aus Borgsdorf bei Berlin. Bitte, Herr Pahnke.

Pfarrer Rudi-Karl Pahnke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte drei Dinge vortragen. Das Thema habe ich so formuliert: „Die Kirchen

des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und ihr Verhältnis zu den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen“:

1. Das Jahr 1968 als Ausgangspunkt und Zäsur;
2. Von 1968 bis 1989 – die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparatheit der Gruppen;
3. Beispiele für diese Situation.

1. *Das Jahr 1968 als Ausgangspunkt und Zäsur:*

Die Ereignisse des Jahres 1968 haben die Verhältnisse in der DDR entscheidend beeinflußt und verändert. Ein Jahr später, 1969, wurde der Bund der Evangelischen Kirchen gegründet. Seine Gründung hat zwar keine augenfällige direkte Beziehung zu den Ereignissen des Jahres 1968, aber muß auch in diesem Zusammenhang verstanden werden. Ich möchte das an zwei Ereignissen deutlich machen. Am 6. April des Jahres 1968 wurde in einem Volksentscheid über eine neue, jetzt als sozialistisch deklarierte Verfassung abgestimmt. Diese Verfassung war für die Kirchen zweifellos ein Härtefall. Ihnen wurde zugemutet, daß die in der Verfassung von 1949 garantierten Rechte nun nicht mehr verfassungsrechtlich geregelt wurden. 1949 hieß es: „Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts ...“ (Artikel 43). Ihnen wird auch zugestanden, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“ (Artikel 41). So haben sich die Kirchen auch immer verstanden. Die Artikel 40 bis 48 behandeln dann die grundsätzlichen Fragen der Beziehung zwischen Staat und Kirche inklusive Religionsunterricht. 1968 werden lediglich in zwei Absätzen des Artikels 39 die grundsätzlichen Fragen der Beziehung zwischen Staat und Kirche behandelt. Mitglieder der Kirchen haben durch viele Eingaben diese Formulierung erzwungen. Zusätzlich kann man noch den Artikel 20 heranziehen, in dem es im ersten Absatz heißt: „Jeder Bürger der DDR hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Rasse, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten. Gewissens- und Glaubensfreiheit sind gewährleistet. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich.“ In Artikel 39 heißt es dann, daß jeder Bürger das Recht hat, „sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben“. Im zweiten Absatz des Artikels 39 heißt es, daß die Kirchen ihre Angelegenheiten und ihre Tätigkeiten in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der DDR ausüben und ordnen. Das war zweifellos eine sehr schroffe verfassungsrechtliche Reduzierung gegenüber 1949, obwohl diese Regelungen von 1949 bereits zwischen 1949 und 1968 ausgehöhlt waren, wenn man an 1953 und die folgenden Jahre denkt. Eine Kann-Bestimmung ließ in Absatz 2 dieses Artikel 39 alles offen. Damit hing letztlich alles von der Gnade oder Ungnade des Parteiapparates 1968 ab. So

heißt es dort: „Näheres kann durch Vereinbarung geregelt werden.“ Damit war für die Kirchen sehr vieles offen. Zwar war es so, daß im April 1968 lediglich 94,49 Prozent der DDR-Bevölkerung für diese Verfassung gestimmt haben, aber was bedeutete das schon in der praktischen Politik der DDR. Die SED hatte mit diesem Verfassungstext freie Hand. Die Kirchen befanden sich seit Gründung der DDR – vor allem zwischen 1952 und 1953, auch speziell seit 1954 –, mehr oder weniger in der Defensive, also seit ihren katastrophalen Einbrüchen durch die mit staatlichem Druck eingeführte und durchgesetzte Jugendweihe. Die Gemeinden waren dezimiert durch die hohe Zahl der Flüchtlinge Richtung Westen vor dem Mauerbau, das ist ja ein Fakt, den man nicht vernachlässigen darf, verursacht z. B. durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. In der Zeit zwischen 1961 und 1968 hat sich die DDR dann zweifellos nach innen und außen konsolidiert. Die Macht, hieß es in vielen Diskussionen, an die ich mich erinnern kann, lassen wir nicht mehr aus den Händen. Man bemühte sich, die Jugend systematisch von der Kirche zu entfremden. Das kann man nachweisen. Die Säkularisierung hat in der DDR eine eigene Farbe, unter anderem dadurch, daß die FDJ alles an sich zog oder ziehen mußte, was nach Jugendsozialarbeit, Jugendfreizeiten, staatlicher Jugendhilfe u. a. aussah. Mit Hilfe des gesamten staatlichen Repressionsapparates versuchte man, jeden Versuch auch von nichtkonfessioneller Seite zu unterbinden bzw. einzuschränken, in diesen Bereichen Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit eigene Konzepte und Ideen umzusetzen, eigene Strukturen zu schaffen und aufzubauen und die engen Grenzen der vom Staat konzeidierten Religionsausübung zu erweitern. Erst 1987 z. B. ist es gelungen, eine Fachtagung der Kirche zu Fragen der Jugendsozialarbeit mit Vertretern der staatlichen Jugendhilfe und Fachleuten aus den unterschiedlichsten staatlichen Institutionen durchzuführen. Die Schaffung des Bundes der Evangelischen Kirchen 1969 beinhaltete seitens der Kirchen bei allen damit in den Kirchen gegebenen Differenzierungen und Konflikten doch gleichzeitig den Versuch, das auch auf die Kirchen seitens der SED häufig mit Erfolg angewandte Prinzip „Teile und herrsche“ zu unterlaufen. Man denke an den Thüringer Weg. Der Staatsapparat hat die Existenz des Bundes trotz der Aussage in Artikel 4 Abs. 4 der Grundordnung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR von der Gemeinschaft mit den Kirchen im anderen Teil Deutschlands schließlich akzeptiert und in der Folgezeit auf verschiedene Weise versucht, sich auch diese kirchliche Struktur des Bundes für die eigenen politischen Ziele zunutze zu machen. Die kirchlichen Erklärungen und Verlautbarungen zur Kirche im Sozialismus boten dafür Ansatzpunkte. Der Staat verstand sie zweifellos anders, als die Kirchen sie verstanden, und zwar als eine Zuweisungsformel. Das war keine Konfliktformel im Sinne des Staates, sondern eine Zuweisungsformel. Eine fundamentale kritische Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen, der Grundstruktur, der Praxis dieser Gesellschaft erfolgte meines Erachtens – nach den zehn Artikeln über „Dienst und Freiheit

der Kirche“ (1963) – erst wieder in der Ökumenischen Versammlung in den letzten Jahren der DDR, 1987 bis 1989. Ich meine eine fundamentale Auseinandersetzung; partiell ist das immer wieder geschehen, das ist klar. Das Jahr 1968 aber war natürlich vorrangig durch ein ganz anderes Ereignis bestimmt, und zwar durch die Besetzung der CSSR durch die Staaten des Warschauer Vertrages. Viele Menschen auch in der DDR haben auf den Erfolg und den Durchbruch des Prager Frühlings gehofft. Manche haben, wie erst jetzt aus den Akten der Staatssicherheit ersichtlich ist, vieles riskiert. Stefan Wolle hat das sehr deutlich gemacht: „Untergang auf Raten“. Auch in seinen Recherchen zu den Akten der Gauck-Behörde ist das sehr deutlich geworden. Der Sozialismus mit menschlichem Antlitz Dubceks hat über die verschiedenen Abgrenzungen hinweg, Grenzen zwischen den Menschen und Menschengruppen, Menschen fasziniert, Christen und Marxisten, Atheisten, Dissidenten verschiedener Couleur und sich als glaubend verstehende Menschen: Havemann, Biermann, Heino Falcke und andere. Falcke wählte bei dem Vortrag 1972, der schon erwähnt wurde, Formulierungen, die für den Kundigen den Zusammenhang mit Prag 1968 sehr deutlich herausstellten. Deshalb wurde er eine Zielscheibe der politischen Diffamierung und der staatskonformen theologischen Kritik. Das Jahr 1968 ist so etwas wie eine Grenzscheide in der Geschichte der DDR. Es war von erheblicher Bedeutung, daß die Kirchen – bis auf Ausnahmen – die militärische Intervention als eine folgenschwere, tragische politische Fehlentscheidung ansahen. Der Brief der Kirchenleitung an die Kirchen der CSSR war zwar kein empörter Aufschrei, aber er unterschied sich diametral von der offiziellen Propaganda und auch von der Zustimmung der Blockparteien, inklusive CDU. Seit diesem Ereignis, seit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages 1968, nahmen sich Menschen mit einem kritischen Bewußtsein in der DDR anders wahr. Manche Personen in der Kirche werden von da an von politisch wachen, DDR-kritischen Menschen als Verbündete in einem zwingend notwendigen Veränderungsprozeß entdeckt. Die Kirche wird in Ansätzen als ein möglicher Raum der Freiheit erfahren und reflektiert, von Schriftstellern, von Liedermachern, von philosophisch denkenden Menschen, von Personen, die über andere pädagogische Konzepte nachdenken, denn die Kirchen haben in den peinlichen Chor jener, die der Besetzung der CSSR zustimmten – hier könnte man listenweise die Namen und Institutionen vorführen –, nicht eingestimmt, von einigen einzelnen Personen abgesehen. Man hat damals offensichtlich deutlich empfunden, daß hier eine Grenze überschritten war. Das heißt, die Breschnewdoktrin wurde nach meiner Wahrnehmung von den meisten Christen und Kirchen nicht mit vertreten, und das öffnete die Wege zu den Koalitionen und Komplikationen der folgenden Zeit.

2. *1968 bis 1989 – die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparatheit der Gruppen:*

Die Kirchen und die Personen der Kirche haben auf die sich in der Folgezeit bildenden Gruppen, zu denen immer auch Nichtchristen gehörten, unterschiedlich reagiert. Natürlich hat es im Raum der Kirche auch vor 1968 Begegnungen mit nichtchristlichen Personen gegeben, zum Beispiel mit Schriftstellern und Fachleuten unterschiedlicher Art bei den Evangelischen Akademien oder bei der Goßnerschen Mission, die für sich in Anspruch nahm, für Menschen aus dem Raum der Gesellschaft besonders offen zu sein. Aber nun nach 1968, durch 1968, war das alles anders. Da kamen die Menschen von außen, vor allem die politisch Kritischen, die sich zum Beispiel mit Robert Havemann identifizierten. Da wurden junge Liedermacher wie Gerhard Schöne oder Bettina Wegner im Raum der Kirche aktiv. Mitte der siebziger Jahre sang Wolf Biermann in der Kirche in Prenzlau. Der eine, Gerd Schöne, war in der Kirche, ihn konnte man darum nicht abweisen, man ertrug ihn gern, leidend, und auch das, was er sang. Bettina Wegner jedoch war Nichtchristin, aber suchte den Freiraum der Kirche und die Menschen der Kirche. Das wurde bald zum Konflikt, da die Gefahr bestand, daß sie die Kirche in ihre Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus hineinzog. Die Kirche geriet in einen Differenzierungsprozeß hinein. Ein Teil der jungen Generation der Kirche identifizierte sich mit den Texten von Havemann, Biermann, Wegner, Schöne und anderen. Einige Mitglieder der Kirchenleitung teilten diese kritische Sicht, andere aber reagierten auf dem Hintergrund ihrer Identifikation mit dem DDR-Staat und/oder mit theologischen Argumenten schroff ablehnend. Diese Konflikte spielten von nun an eine wesentliche Rolle zwischen der Jugendarbeit der Kirche und den Kirchenleitungen. Ein Hintergrund dieser Konflikte waren offensichtlich die Kontakte zwischen Kirchenleitung und staatlichen Stellen und – wie wir damals ahnten und nun wissen – MfS und IM in den Kirchen. Solche Konstellationen wiederholten sich in fast allen folgenden Auseinandersetzungen. Aber in der jungen Generation wurden die ideologischen Grenzüberschreitungen, die vorher viel komplizierter zu bewerkstelligen waren, das Normale. Dabei verknüpfte sich eine bewußt christliche Lebenseinstellung häufig mit einer DDR-kritischen politischen Haltung, ohne die Existenz der DDR in Frage zu stellen. In den siebziger Jahren wurde Kirche auf diesem Hintergrund als Frei- und Lebensraum für junge Leute zunehmend interessant, sicher auch im Zusammenhang der Repressionen der Gesellschaft. Die junge Generation nahm den weltanschaulichen Konflikt nicht mehr todernst, sondern war bereit, andere Positionen ohne Verkrampfung und Angst zur Kenntnis zu nehmen. Die Kirche hat sich ihrerseits mit dem Aufbau einer seelsorgerlichen Ausbildung – hier ist der Name Siegfried Ringhandt zu nennen – und vielfachen Bemühungen um die Fragen der Jugendarbeit und der jungen Generation auch ihrerseits bemüht, der jungen Generation angemessen

zu begegnen. Da haben zum Beispiel FDJler 1973 beim Weltjugendtreffen in Berlin in großer Zahl die Kirchen in Berlin aufgesucht und sie als einen Ort der Nachdenklichkeit erlebt. Das war für uns außerordentlich überraschend, befremdlich und gleichzeitig herausfordernd. Es entstanden in diesen Jahren neue kirchliche Arbeits- und Lebensformen, wie die offene Arbeit mit ihren Grundprinzipien: einfach leben, gemeinsam leben, gewaltfrei leben. Sie hatte zunächst einen Schwerpunkt in Thüringen. Walter Schilling ist hier anwesend, er spielte eine zentrale Rolle, hat viele Bereiche der kirchlichen Jugendarbeit verändert und herausgefordert, bis in die Zeit der Wende hinein. Die Kirche und Diakonie der Kirche reagierten auf die Veränderungen und auch Unsicherheiten der jungen Generation mit dem Aufbau einer sozialdiakonischen Ausbildung ab 1972 und dem Aufbau sozialdiakonischer Arbeitsfelder in vielen Großstädten der DDR. Der Staat und die Staatssicherheit haben diese Vorgänge, wie inzwischen hinreichend bekannt ist, mit Argwohn registriert, zu steuern und zu beeinflussen versucht.

1976 war dann ein entscheidender Schnittpunkt: In Zeitz hatte sich Pfarrer Brüsewitz verbrannt. Im November wurde Wolf Biermann aus der DDR ausgewiesen. Bei der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im Sommer 1976 hatten die Eurokommunisten erzwungen, daß alle Reden im „Neuen Deutschland“ abgedruckt werden müssen, was dann geschah. Da waren dann die fundamentalkritischen Sätze des Spaniers Carillo oder die Reden der Italiener im „Neuen Deutschland“ nachzulesen. Das „Neue Deutschland“ war an diesen Tagen vergriffen.

Anläßlich der Diffamierungskampagne gegen Brüsewitz kritisierten junge kritische Marxisten das „Neue Deutschland“ und solidarisierten sich mit der Kirche. Sie verfaßten eine Eingabe an Erich Honecker. Vier Personen wurden daraufhin inhaftiert und verurteilt. Andere wurden zunächst festgesetzt und hatten Hausdurchsuchungen zu ertragen. Wie reagierte darauf die Kirche? Der leitende Bischof des DDR-Kirchenbundes hat den Brief jener kritischen Sozialisten nicht entgegengenommen, den ihm zwei Jugendpfarrer mit der Bitte brachten, ihn an die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Magdeburg zu leiten. Man befürchtete offensichtlich, in Konflikte mit dem Staat hineingezogen zu werden. Der damalige Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union, Dr. Reinhold Pietz, hat dann jedoch diesen Brief entgegengenommen und ihn an die provinzsächsische Kirche weitergeleitet, das heißt ein Duplikat dieses Schreibens, denn das Original war ihm von einem Staatsanwalt während eines Empfangs für den russisch-orthodoxen Exarchen abgenommen und beschlagnahmt worden. Pietz hatte jedoch eine Kopie anfertigen lassen, und so kam der Brief doch dorthin, wo er hinsollte. Dieser Konflikt zeigt meines Erachtens exemplarisch, wie zerrissen die Kirche auf Vorgänge solcher Art reagierte. Die kirchliche Leitstrategie für solche Konfliktsituationen hat Albrecht Schönherr immer wieder mit folgenden Worten formuliert: „Wir

müssen unterhalb der Schwelle der Konfrontation bleiben.“ Diesen Satz kannten wir alle auswendig. Und oft war von kirchenleitenden Personen in Konfliktsituationen zu vernehmen: „Das können wir den Genossen nicht zumuten.“ Andere Personen aber waren bereit, sich über die Konfliktvermeidungsstrategie hinwegzusetzen und sehr viel stärker auf die Anliegen der sich Anfang der achtziger Jahre herausbildenden Gruppen zu hören, z. B. Gottfried Forck. Die Kirche und die Kirchenleitungen befanden sich zweifellos, wie noch zu zeigen sein wird, in einem Differenzierungsprozeß. Natürlich kann heute auch nicht mehr übersehen werden, daß sich die Gruppen ebenfalls in einem Differenzierungsprozeß befanden. Es kann z. B. heute oft noch nicht präzise genug gesagt werden, was die Staatssicherheit in den Gruppen steuerte, wo sie bremste, wo und wie sie Konflikte inszenierte, provozierte und wo nicht. Das ist eine sehr spannende, auch dramatische Frage.

1978 erregte – kurz nach dem Gespräch zwischen Honecker und Schönherr – die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichtes an den Schulen viele Jugendliche, Eltern und Jugendmitarbeiter. Schauen wir ganz kurz zurück: 1962 wurde in der DDR die Wehrpflicht eingeführt. 1964 wurde wegen der Bereitschaft vieler junger Leute, um des Gewissens willen ins Gefängnis zu gehen, das Bausoldatengesetz verabschiedet, das einen Dienst in der NVA ohne Waffen möglich machte, aber eben mit Uniform im Rahmen der Armee mit einem Gelohnis. Ab 1961 gab es die Ordnungsgruppen der FDJ, in denen bereits Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr an Waffen ausgebildet wurden. Ab 1952/54 gab es bereits die Kampfgruppen. Ab 1978 und 1980 (1981 – Einführung des Kriegsrechtes in Polen) befürchteten viele Menschen eine immer stärkere Militarisierung des gesamten Lebens. Die Militarisierung des Lebens führte unabhängig, aber auch im Zusammenhang mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO, in der Reaktion zur Bildung von Friedensgruppen, auch der Gruppe „Frauen für den Frieden“, in Parallele zu der Friedensbewegung in Westeuropa und der Bundesrepublik – eigenständig, aber parallel. Die zunehmende Wahrnehmung und Einsicht in die katastrophale Umweltsituation führte in der Folgezeit zur Entstehung der Umweltgruppen. Die Beschäftigung mit den Menschenrechtsfragen und dem KSZE-Prozeß später, aber eben doch unter Aufnahme und Berücksichtigung der Charta 77 und der polnischen Bürgerrechtsbewegung, führte zur Bildung von Menschenrechtsgruppen, z. B. der wichtigen „Initiative Frieden und Menschenrechte“.

Ab 1983 gab es einen DDR-weiten Zusammenschluß der verschiedenen Gruppen unter der Schirmherrschaft und unter dem Dach der Kirche. Dieses Netzwerk „Konkret für den Frieden“ war für die Demokratisierung in der DDR bis zur Wende von größter Bedeutung. Das hat auch seine Auswirkungen auf die ökumenischen Versammlungen 1987 bis 1989 gehabt, obwohl zahlreiche IM hier in diesem Netzwerk „Konkret für den Frieden“ eine nicht unwesentliche Rolle spielten – Wolfgang Schnur beispielsweise.

Ab 1982 gab es in Berlin jährlich die Friedenswerkstatt, an der sich DDR-weit viele Gruppen und Initiativen beteiligten. Bei diesen Friedenswerkstätten wie auch bei Seminaren und dem Netzwerk „Konkret für den Frieden“ wurden in der Regel die gesellschaftlichen Fragen und Konflikte in großer Offenheit diskutiert, wobei der Staatsapparat und die Staatssicherheit bemüht waren, die Offenheit der Diskussion und Aktionen zu verhindern und einzuschränken.

1986 waren die Partei, der Staatsapparat, die Staatssicherheit und ein Teil der Kirchenleitung in Berlin-Brandenburg bemüht, die Fortführung der Friedenswerkstatt zu verhindern. Das gelang in einer konzertierten Aktion zwischen Vertretern der Kirchenleitung, der Staatssicherheit und dem Staatsapparat. In der bisher möglichen Weise war die Fortführung der Friedenswerkstatt in Berlin danach nicht mehr möglich, obwohl sie noch bis 1988 weitergeführt wurde. Damit aber hatte man faktisch bestimmte Gruppen DDR-weit aus dem Gesamtzusammenhang der Kirche herausgedrängt. Diese Gruppen gingen nun eigene Wege in mehr oder weniger lockerer Anbindung an die Kirchen oder im Schatten der Kirche und Einzelgemeinden und wirkten von da an noch stärker in die Gesellschaft hinein, wiederum in Kooperation mit bestimmten Gruppen der Kirche. Diese Verbindung ist im Grunde nie abgerissen. Die Staatssicherheit hat sich also, verbunden mit ihren IM und anderen Mitarbeitern in den Gruppen und der Kirche, mit ihren direkten und indirekten Einflüssen letztlich einen Bärenienst erwiesen, wie Gerhard Besier sagt.

3. *Beispiele für die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Disparatheit der Gruppen:*

3.1. Friedenswerkstatt 1986 und die Folgen:

Seit 1982 gab es in Berlin diese Friedenswerkstätten, die von Mitarbeitern und vielen Gruppen der Kirche getragen wurden. Auch die Gruppen, die sich im Umfeld der Kirche befanden, sich aber als nicht kirchlich verstanden, waren inhaltlich und organisatorisch an diesen Friedenswerkstätten beteiligt. Es handelte sich um DDR-offene Veranstaltungen, das heißt, daß viele Menschen aus allen Teilen der DDR beteiligt waren, auch Menschen aus der Bundesrepublik und aus anderen Ländern Europas. In der Regel waren einige Hundert Menschen anwesend, einige Male auch einige Tausend. Die ersten Veranstaltungen fanden statt in der Zeit der Nachrüstungsbeschlüsse, der Aufstellung der Pershing 2 und SS 20, und waren für die ethische Urteilsbildung, die politische Meinungsbildung und den Austausch in den Gruppen und Initiativen von höchster Wichtigkeit. Jahr um Jahr wurde diese Veranstaltung vorbereitet und getragen von einem Vorbereitungs- und Mitarbeiterkreis. Sehr viel Energie und Zeit wurden investiert, viele kreative Aktionen und Einfälle waren für diese Veranstaltung kennzeichnend, natürlich auch Provozierendes. Der Arbeitsstil war, wenn man das heute noch einmal

Revue passieren läßt, demokratisch – basisdemokratisch. Es wurden Sprecher gewählt, die für die Kirchenleitung Ansprechpartner waren und am Tage der Veranstaltung selbst die Verantwortung mittrugen. Aber es gab von Beginn an auch Personen der Kirchenleitung, die seitens der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg in der Vorbereitungsgruppe mitarbeiteten und für diese Veranstaltung verantwortlich waren. In der Vorbereitungsgruppe war deshalb die Rede von einem Doppelkopf, der am Tage die letzte Entscheidung zu tragen hatte – eine Person seitens der Kirchenleitung, eine Person aus der Vorbereitungsgruppe. Themen der Friedenswerkstätten waren unter anderem: „Hände für den Frieden“, „Leben, nicht überleben“, „Die Verantwortung der Regierten“, „Miteinander streiten, solidarisch leben“.

Ab 1983 gab es das Netzwerk „Konkret für den Frieden“. Im Frühjahr 1989 wurde in diesem Netzwerk über den Antrag abgestimmt, ob man sich von nun an als eine politische Vereinigung verstehen solle. IM Thorsten, alias Wolfgang Schnur, und andere haben diesen Schritt mit Erfolg verhindert.

1986 kam es zu einem folgenschweren Eklat zwischen Kirchenleitung und Gruppen. In diesem Konflikt und in der Folgezeit wird die faktische Spaltung der Kirche angesichts der Aktivitäten und der Themen der Gruppen augenfällig. Die Friedenswerkstatt 1986 hatte das Thema: „Frieden – und Gerechtigkeit?“ Viele Aktivitäten waren vorgesehen, vieles wurde durchgeführt. Die Kirchenleitung aber hatte eine folgenschwere Entscheidung hinsichtlich der Verantwortung am Tag selbst gefällt. Generalsuperintendent Günther Krusche hatte allein die Verantwortung für den Inhalt und Ablauf des Tages. An seiner Seite sollte wieder ein Vertreter der Vorbereitungsgruppe stehen, der aber seitens der Kirchenleitung nicht als Verantwortlicher angesehen wurde. Als dann am Stand der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ ein bis dahin noch nicht zur Kenntnis genommener Text über Menschenrechtsverletzungen in Rumänien von den zahlreichen Vertretern der Staatssicherheit registriert und die Tatsache seitens eines Staatsvertreters dem Generalsuperintendenten telefonisch mitgeteilt wurde, ergriff dieser die Initiative und nötigte die Gruppe, diesen Text abzuhängen. Als die Initiative sich weigerte, entfernte Krusche selbst den Text. Man muß in diesem Zusammenhang erwähnen, daß sich die Vorbereitungsgruppe von Beginn an selbst einer gewissen Vorzensurregel gebeugt hatte, daß alle Texte vorher der Vorbereitungsgruppe bekannt sein mußten. Diese Regel hatte immer wieder zu Problemen geführt, aber im Falle des Vorgehens von Krusche eskalierte der Konflikt derart, daß von da an seitens vieler Vertreter der Gruppen zu Krusche kein Vertrauen mehr bestand. Für Generalsuperintendent Krusche war nach Wahrnehmung der Gruppen entscheidender, was die staatlichen Vertreter telefonisch bemängelten, als der Wahrheitsgehalt der veröffentlichten Informationen, z. B. über die Wahlen in der DDR – das war am Stand der Samaritergemeinde – oder über die Menschenrechtsverletzungen in Rumänien. Verschiedene Texte mußten auf den

Einspruch des Staates und auf Veranlassung von Generalsuperintendent Krusche entfernt werden. Diese Friedenswerkstatt hatte ansonsten einen ähnlichen Aufbau und eine ähnliche Vielfalt wie die Veranstaltungen in den Vorjahren. Im Anschluß an diese Veranstaltung kam es am 11. Juli 1986 zu einem weiteren folgeschweren Beschluß der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und zu einem offenen Briefwechsel zwischen Generalsuperintendent Krusche und einem Mitglied der Sprechergruppe der Friedenswerkstatt. Der Brief von Dr. Krusche, in dem er auch den Kirchenleitungsbeschluß mitteilte, hatte folgenden Wortlaut – ich zitiere einmal so ein paar Abschnitte:

„Offener Brief an die Friedenskreise und Friedensgruppen in Berlin – Am 11. Juli 1986 faßte die Kirchenleitung der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg folgenden Beschluß: Die Kirchenleitung hält nach dem Verlauf der Friedenswerkstatt in diesem Jahr eine Denkpause für notwendig und beabsichtigt daher, im Jahre 1987 keine Friedenswerkstatt durchzuführen. Sie empfiehlt den Friedensgruppen, sich im Rahmen ihrer Gemeinden für den Kirchentag zu engagieren (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung).

Warum wir eine Denkpause für die Friedenswerkstatt im März des Jahres 1987 brauchen?

1. Grund: Die Inhaltsfrage

Nach übereinstimmender Meinung haben die Friedenswerkstattveranstaltungen in den letzten Jahren zunehmend an Niveau verloren. Das betrifft nicht nur den theologischen Gehalt, worunter ja nicht unbedingt fromme Sprüche verstanden werden müssen, sondern auch das inhaltliche Niveau überhaupt, das den Ansprüchen aufmerksamer Zeitgenossen weitgehend nicht mehr genügt. Wir müssen daher auf die Vorbereitung viel mehr Zeit verwenden als bisher, wenn wir dem Anspruch genügen wollen, eine kirchliche Friedenswerkstatt zu veranstalten.

2. Grund: Die schwindende Qualität

Wie viele Teilnehmer bei der Auswertung der letzten Friedenswerkstatt selbstkritisch festgestellt haben, kann eine künftige Friedenswerkstatt nicht mehr aus dem Handgelenk vorbereitet werden. Es ist aus diesem Grunde auch unmöglich, daß kurzfristig eingebrachte, improvisierte Beiträge auf einer Veranstaltung mit einem derartigen Öffentlichkeitsgrad dargeboten werden. Qualitätsarbeit braucht jedoch langfristige Vorbereitung.

3. Grund: Die ungeklärte Frage der Zuständigkeiten.

4. Grund: Die ungeklärte Frage der Vertretung gegenüber dem Staat.“

In diesem Abschnitt heißt es: „Über diese Frage muß sehr genau und unter Einschätzung der gegebenen Situation nachgedacht werden. Da die staatlichen Organe sich stets an die Kirchenleitung halten, muß die Kirchenleitung informiert sein und auch über alle Entwicklungen auf dem laufenden gehalten werden. Das ist jedoch oft nicht der Fall, da viele Mitarbeiter in der Friedens-

werkstatt der Meinung sind, die Kirchenleitung könne gar nicht die Vertretung der Friedenswerkstatt wahrnehmen. Über diese Frage muß endgültig Klarheit geschaffen werden.

5. Grund: Die massiven Kommunikations- und Verständigungsprobleme zwischen Kirchenleitung und Friedenswerkstatt.

6. Grund: Die Situation im Vorfeld des Kirchentages 1987.“

Da heißt es: „In der Diskussion hat immer wieder das Jahr 1987 mit dem geplanten Kirchentag eine gewisse Rolle gespielt. Es muß zwar als eine Verdächtigung zurückgewiesen werden, um des Kirchentages willen werde die Arbeit der Friedenswerkstatt geopfert. Nur muß darauf hingewiesen werden, daß gerade für die Lösung der unter 1. bis 5. genannten Probleme das Jubiläumsjahr mit der angespannten politischen Situation weniger Spielraum läßt als andere, neutralere Zeiträume. Eine Verschiebung der Friedenswerkstatt auf den Herbst würde, schon wegen der in jedem Fall zu respektierenden Sommerpause, für die Entlastung der Situation nichts austragen.“ Das heißt also, sie sollte in diesem Jahr überhaupt nicht mehr stattfinden.

„7. Grund: Mangelndes Vertrauen zwischen Kirchenleitung und Friedensgruppen und eine Zusammenfassung.“

Daraufhin hat es eine öffentliche Antwort gegeben. Daraus will ich nur ein paar Sätze zitieren: „Da ich von der Vorbereitungsgruppe der diesjährigen Friedenswerkstatt wiederum in die Sprechergruppe berufen wurde und neben Ihnen von seiten der Vorbereitungsgruppe am Tage der Friedenswerkstatt selbst die Möglichkeiten und Probleme der diesjährigen Friedenswerkstatt hautnah erlebt habe, halte ich es für meine Pflicht, nun auch meinerseits unmißverständlich Stellung zu beziehen. Ich teile Ihre Auffassungen an den meisten Punkten nicht: 1. Ich finde besonders die Art und Weise des Verfahrens unglücklich, wenn nicht gar unmöglich. Es ist mir unverständlich, daß der Beschluß der Kirchenleitung zunächst nur auf indirektem Weg bekannt wurde, ja daß die Sprechergruppe zunächst keine Mitteilung erhielt, geschweige denn, daß das Gespräch mit ihr gesucht worden wäre.“ usw. Also da gibt es eine ziemlich heiße Auseinandersetzung. Die Kirchenleitung bleibt bei ihrem Beschluß, zumal die Weichen in Richtung Regionalkirchentag Berlin-Brandenburg 1987 gestellt waren. Heute läßt sich unschwer erkennen, was damals zu vermuten und lediglich ein Gerücht war, daß es Absprachen zwischen den Vertretern des Staates und Vertretern der Kirchenleitung gegeben hat über die Eliminierung bestimmter Aktivitäten der Friedenswerkstatt und anderer Veranstaltungen, um den Kirchentag 1987 ungestört durchführen zu können. Im Vorfeld der Friedenswerkstatt hat – wie stets vor solchen brisanten Veranstaltungen – ein Gespräch im Magistrat von Berlin stattgefunden. In den Akten des MfS heißt es dazu: „Genosse Hoffmann verwies in diesem Gespräch auf die Verantwortung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg für die Wahrung des ausschließlich religiösen Charakters und die Unterbin-

dung des politischen Mißbrauchs der Veranstaltung. Er forderte insbesondere die Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung des Auslegens von Druckerzeugnissen politisch negativen Inhalts und der Durchführung von Unterschriftensammlungen zu Eingaben provokatorisch-demonstrativen Charakters. Generalsuperintendent Krusche betonte, daß seitens der Kirchenleitung bereits im Vorfeld der Veranstaltung einige Aktivitäten 'eliminiert' worden seien. Er erachte es im Zusammenhang mit dem für 1987 geplanten Kirchentag der Landeskirche als notwendig, ein politisches Gespür für das Machbare bei derartigen Veranstaltungen zu entwickeln.“

Diese Planung aber ging so nicht auf, und zwar wegen des dann durchgeführten Kirchentages von unten, der den Eklat zwischen Kirchenleitung und Gruppen vor aller Welt sichtbar machte. Die Kirchenleitung selbst bzw. ein bestimmter Teil der Kirchenleitung hat in dieser Situation die innere Distanz von Vertretern der Gruppen, die sich im Umfeld der Kirche befanden, zur Kirche und zur Kirchenleitung verstärkt oder verursacht. Wesentlich mitbeteiligt bzw. selbst Initiator eines Abgrenzungskurses gegenüber bestimmten Gruppen im Umfeld der Kirche war wiederum Dr. Krusche, der zunächst bei seinem Amtsantritt als Generalsuperintendent auf die Gruppen zugeht und sie in gemeinsame Aktivitäten einbeziehen wollte. Im Generalkonvent der kirchlichen Mitarbeiter im Jahre 1986 aber sprach er bereits – noch vor der Friedenswerkstatt – sehr folgenschwere Sätze aus. Diese Sätze machten vielen deutlich, in welche Richtung sich die Leitung der Kirche von nun an bewegen könnte. Er sagte damals u. a.: „Das weitverbreitete Mißtrauen gegenüber der sogenannten Leitungsebene signalisiert ein Grundproblem unserer Kirche, den Mangel an Kommunikation. Die Tatsache, daß zwischen den verschiedenen Gruppen und Generationen unserer Kirche massive Verständigungsschwierigkeiten auftreten – wie z. B. im Verlauf unserer letzten Synode –, muß bedenklich stimmen. Die Arbeitskontakte zwischen Staat und Kirche haben sich positiv weiterentwickelt, und auch im Grundsätzlichen hat es keine Rückschläge gegeben. Besonders erschwert wird die Lösung der anstehenden Probleme jedoch durch die zu beobachtende Komplexität. Denn während auf der oberen Ebene das nüchterne Sachgespräch und der verständnisvolle Dialog die Regel ist, sind die Erfahrungen unterhalb sehr unterschiedlich. Kritische Distanz und Verweigerung können nicht das letzte Wort sein. Der Antagonismus der Systeme gehört zum Kontext des kirchlichen Lebens in Berlin. Deshalb müssen wir prüfen, ob wir Profilierungshilfe für die 'Grünen' gewähren und Sammelbecken für Systemkritiker sein wollen. Wenn es stimmt, daß der Friede unteilbar ist, dann kann der Friede nicht gegen die Kommunisten erstritten werden.“

Ab 1987, nach scheinbar einvernehmlichen Aktionen zwischen den Gruppen, Kirche und Staat während des Olof-Palme-Friedensmarsches für atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Mitteleuropa – im Umfeld des Honecker-

Besuches in Bonn –, eskalierte die politische Situation in der DDR. Da gab es die Ereignisse um die Umweltbibliothek in der Zionskirche, im Winter 1988 die Ereignisse um die Rosa-Luxemburg-Demonstration und die Ausweisungen von Bürgerrechtlern, im Herbst 1988 die Relegierung der Schüler der Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow.

Bischof Dr. Forck nahm für alle sichtbar eine andere Position als z. B. Dr. Günter Krusche ein. Während der Frühjahrssynode 1988 hat sich Gottfried Forck von seiner evangelischen Position, wie er sie verstand, zu dem Engagement für die Gruppen geäußert und bekannt. Günter Krusche reagierte mit folgenden Worten vor der Synode darauf: „Differenzieren muß ich nun aber auch Ihre Ausführungen zum Thema Gruppen. Wir verkennen nicht, daß es in unserem Land viele Betroffene gibt, die ein Recht darauf haben, gehört zu werden. Aber das undifferenzierte Eintreten für jeden und für alles hat unsere Kirche in Zugzwang gebracht, ja erpreßbar gemacht. Um unserer Identität willen müssen wir unser Profil gegenüber den Gruppen bestimmen, und das wird ohne Abgrenzung nicht abgehen.“

Man muß sich jetzt in Erinnerung rufen, daß Gottfried Forck einundeinviertel Jahr später auf Druck von Honecker von Bischof Gienke aus Greifswald anläßlich der Dom-Einweihung förmlich ausgeladen wurde. Er wurde zur politischen Persona non grata.

Krusche erhält für seine Aktionen gegen die Gruppen sehr viel Beifall, z. B. von Hanfried Müller und den „Weißenseer Blättern“.

Immer wieder haben sich die Kirchenleitungen – und schließlich auch die Konferenz der Kirchenleitung – bemüht, ihr Verhalten zu den Gruppen zu bestimmen. Man kann da pragmatische, mehr theologische und politische Argumente unterscheiden. Ein Entwurf der Arbeitsgruppe Menschenrechte des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ist 1989 bekanntgeworden, in dem in konfessorischer Weise Grenzen zu den Gruppen gezogen werden sollten. Da war nach Auffassung vieler die Barmer Theologische Erklärung mißbräuchlich verwendet worden, also zur Abgrenzung gegenüber diesen Gruppen. Dieser Entwurf wurde – offensichtlich nach einer kritischen Diskussion – zurückgezogen. Trotzdem hat Günther Krusche sehr ähnliche, fast wörtlich gleichlautende Thesen dann wieder in den Lutherischen Monatsheften veröffentlicht. Aber auch diese Veröffentlichung hat nicht mehr bewirken können, daß seine Position sich als kirchenleitende Generallinie auch in der Praxis durchsetzt. Hier sind – nun allerdings nach der Ausbürgerung von Freya Klier und Stephan Krawczyk – die Aussagen Gottfried Forcks sehr viel bestimmender geworden. Nach den Kommunalwahlen am 07.05.1989, den permanent zunehmenden Ausreisezahlen, den Vorgängen in Peking, im Vorfeld auch durch die Ökumenische Versammlung, welche Vertreter der Kirchen und der Gruppen zueinandergeführt hat, war die Abgrenzungslinie zu den Gruppen letztlich schon überholt. Anzumerken ist, daß auch die Vertreter der Gruppen

sich schwertaten im Umgang mit den vielen Ausreisewilligen. Viele haben es damals abgelehnt, solche Personen sehr aktiv in Aktionen einzubeziehen oder ihnen Verantwortung zu übertragen. Es bestand der permanente Verdacht, daß diese Personen durch ihre Mitarbeit nur ihr Ausreiseverfahren beschleunigen wollten. Vertreter der Gruppen wie auch Vertreter der Kirchen standen auf dem Standpunkt der Veröffentlichung der Kirche „Leben und Bleiben in der DDR“.

Eine relativ kleine Gruppe aus dem Bereich der Menschenrechtsgruppierungen hat sich den Anliegen der Ausreiseentschlossenen geöffnet, weil immer deutlicher wurde, daß Ausreiseentschlossene in einer rechtlosen Position waren. Es fällt mir heute im nachhinein auf, daß die Kirchen sich für die Entspannung in Sachen Ausreiseentschlossene relativ problemlos zur Verfügung stellten. Die weitere Entwicklung ging dann mehr oder weniger über viele hinweg, die um ein einvernehmliches Verhältnis zu den staatlichen Stellen bemüht waren und innerkirchlich einen Abgrenzungskurs zu den Gruppen durchsetzen wollten.

Ich breche hier einmal ab, würde gerne noch etwas zu den Vorgängen um die Kommunalwahlen sagen, aber das finden Sie dann in den Texten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Davon ausgehend, daß eine ganze Reihe unter uns eine solche chronologische Zusammenstellung nicht hat zur Kenntnis nehmen können, habe ich das so auch in dieser Länge durchgehen lassen, obwohl wir jetzt wieder, das muß ich ganz deutlich sagen, in Schwierigkeiten kommen werden.

Jetzt gleich Bruder Stauss aus Lauchhammer hinterher. Und dann nur Verstehensfragen, denn die beiden Brüder, die im Augenblick reden, sollen uns nur dabei behilflich sein, daß wir alle voll motiviert und voller Verständnis ins Podiumsgespräch mit einsteigen können. Also, es gibt jetzt hier danach keine große Diskussion mit den beiden Referenten, sondern tatsächlich nur Verstehensfragen. Bitte schön, Bruder Stauss.

Pfarrer Curt Stauss: Ich bin Pfarrer in Lauchhammer, einer Industriestadt etwa 50 Kilometer nördlich von Dresden entfernt. Ein Text liegt Ihnen nicht vor, das heißt, ich muß zu Ende bringen oder, ohne daß Ihnen etwas vorliegt, abbrechen. Ich werde mich darum bemühen.

„Die Kirche und die Gruppen“ – Gruppen gab es immer in der Kirche. Das Thema aber wurde virulent, als seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend Gruppen mit ihren Treffen, Papieren und Aktivitäten die Sicherheitsorgane der DDR beschäftigten, und als staatliche Stellen in demselben Maß Druck auf Kirchenleitungen auszuüben begannen. Das Thema „Die Kirche und die Gruppen“ wurde zunehmend virulent, denn Netzwerke von Basisgruppen

sind entstanden. Zuerst schon 1971 das Netzwerk der Zweidrittelweltgruppen in Gotha, dann 1975 ein Netzwerk von Umweltgruppen, die mit dem kirchlichen Forschungsheim Wittenberg eine Studien- und Koordinationsstelle hatten, schließlich ab 1983 das jährliche DDR-weite Basisgruppentreffen „Konkret für den Frieden“, das bis zu 200 Vertreter und Vertreterinnen von Friedensgruppen, Zweidrittelweltgruppen, Umweltgruppen und Frauengruppen zusammenbrachte. Zu DDR-Zeiten war das eine ganz außerordentliche Organisationsleistung, um so mehr, als wir jetzt ahnen, wie sehr wir da behindert worden sind. Und nicht nur untereinander trafen sich diese etwa 200 Menschen, sondern jedesmal waren Vertreter der gastgebenden Landeskirche und Mitglieder des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR dabei, so daß ein Gespräch zwischen Kirchenleitungen und Gruppen stattfand. Die Veranstaltungen der Friedensdekade gewannen seit 1981 eine wachsende Öffentlichkeit und stellten 1982 mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, mit dem sich viele Gleichgesinnte in der Öffentlichkeit wiedererkannten, eine enorme Ermutigung der einen und eine enorme Beunruhigung staatlicher Organe dar. Zunehmend virulent wurde das Thema „Kirche und Gruppen“ auf die ersten Nachrichten hin, daß auch Frauen für den Mobilmachungs- bzw. Verteidigungsfall gemustert werden sollen. Zahlreiche Frauengruppen „Frauen für den Frieden“ entstanden, die gegenüber den zuständigen Wehrkreiskommandos und gegenüber der kirchlichen Öffentlichkeit erklärten, daß sie für einen solchen Einsatz nicht zur Verfügung ständen. „Die Kirche und die Gruppen“ – das Thema klingt polarisierend: hier die Kirche, da die Gruppen. Das Thema ist der ungenaue Ausdruck für unterschiedliche Entwicklungen. In den Gruppen fanden sich zunächst Menschen zusammen, die Solidarität suchten. Friedens- und Umweltgruppen haben durch öffentliche Aktionen – weit über den staatlich erlaubten Rahmen hinaus – sichtbar gemacht, was auch die Synoden der Kirchen in der DDR in aller Deutlichkeit, aber eben ohne starke Resonanz, erklärt hatten, z. B. zur Raketenstationierung. Menschenrechtsgruppen, zum Teil bewußt außerhalb der Kirchen tätig, fragten nach Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Subkulturen mit emanzipatorischem Anspruch entstanden, vor allem in der offenen Arbeit in einigen Großstädten. Ausreiser versuchten, die Kirche für ihr einziges Ziel, eben auszureisen, zu instrumentalisieren.

„Die Kirche und die Gruppen“ ist aber zugleich der ungenaue Ausdruck für die genannten, höchst unterschiedlichen Entwicklungen, denn zum einen gab es Gruppen in der Kirche, zum anderen waren Kirchenleitungsmitglieder selbst Mitglieder von Basisgruppen. Unter der Hand wurde der ungenaue Ausdruck oft genau und meinte dann: Wie gehen Kirchenleitungen mit Initiativen, mit Initiativgruppen, mit dem, was man in einer westlichen Diskussion etwa zur gleichen Zeit schon „neue soziale Bewegungen“ nannte, um? Wie gehen

Kirchenleitungen mit solchen Gruppen um, die sich in der Kirche oder unter dem Dach der Kirche versammelten?

Ich werde in der hier gebotenen Knappheit erstens etwas zu unterschiedlichen Gruppen sagen, zweitens etwas zu Rahmenbedingungen für dieses im Thema angesprochene Verhältnis, drittens zu Dimensionen des Konflikts und viertens zu politischen Wirkungen.

Zunächst etwas zu unterschiedlichen Gruppen: Für eine Sitzung der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR im Dezember 1988 ist eine Zusammenstellung, eine Übersicht über solche Gruppen versucht worden. Da zeigte sich in etwa, daß es rund 160 Friedensgruppen in der DDR gab. Darunter waren Gruppen für Friedenserziehung, Gruppen von Wehrdienstverweigerern, „Ärzte für den Frieden“, „Frauen für den Frieden“. Es gab rund 80 Umweltgruppen, rund 45 Zweidrittelweltgruppen, darunter einige Wirtschafts- oder Gerechtigkeitsgruppen, und rund 30 Frauengruppen. Das waren Gruppen, die sehr unterschiedlich zusammengesetzt waren, für die schon sehr früh basisdemokratische Verabredungen galten, etwa für die Vertretung nach außen, das hieß häufig zunächst für die Vertretung gegenüber Kirchenleitungen. Gruppen, die ganz grob geschätzt etwa 5.000 Menschen umfaßten, die in einem hohen Maße aktiv geworden waren und selbst bewußtseinsbildend tätig waren. Ich nenne diese Zahl, um deutlich zu machen, daß ein Potential von Menschen da war, das weit über die Schätzung, die wir selbst gewagt haben, hinausging. Nicht erfaßt in einer solchen Übersicht sind die zahlreichen Gemeindefriedenskreise, die verschiedenen Formen der offenen Arbeit oder offenen Jugendarbeit, die zum Teil zu solchen Themen extra Arbeitskreise gebildet hatten. Emanzipatorische Gruppen, z. B. Gruppen von Schwulen und Lesben, sind hier nicht erfaßt, auch nicht Bewegungen, die in diesem Thema „Kirche und Gruppen“ immer mitverhandelt wurden, obwohl sie ganz andere Phänomene waren, wie „Die Kirche von unten“ oder der Arbeitskreis „Solidarische Kirche“. Es hat eine ganze Reihe von Selbsthilfegruppen gegeben – Anonyme Alkoholiker oder Krebskranke – und fast alle dieser Gruppen haben irgendwann in eine politische Dimension hineingearbeitet, haben sich nicht beschränken können auf ihr ursprüngliches Thema. Nicht erfaßt sind auch die zahlreichen sehr lebendigen charismatischen Gruppen in der DDR, die die Kirchenleitungen erheblich, die Sicherheitsorgane aber fast gar nicht beschäftigt haben. Alle diese Gruppen in einer Übersicht zusammenzustellen, würde aber auch Unterschiede, etwa zwischen sozialisierenden Gruppen, Initiativgruppen, emanzipatorischen Bewegungen und Minderheitenkulturen, verwischen. Ich deute dies alles nur an, um etwas deutlich zu machen von der Breite, auch von der kulturellen Breite dieses Phänomens.

Zum zweiten, Rahmenbedingungen: Ich nenne vier Rahmenbedingungen. Zunächst eine, die so selbstverständlich ist, daß man sie kaum zu nennen braucht: In der DDR zählte jede Stimme. Darum sind wir so gedrängt worden,

zur Wahl zu gehen. Obwohl 99,8 Prozent gewählt haben, ist jeder einzelne oder fast jeder einzelne immer noch gedrängt worden. Das klingt ein bißchen ulkig, dahinter steht aber etwas sehr Ernsthaftes, nämlich daß eine abweichende Stimme sofort durchgemeldet wurde und eine ungeheure Wirkung hatte. Um öffentliche Wirkung zu machen, jedenfalls in dem eingeschränkten Rahmen von Öffentlichkeit, brauchte man bei uns keine Mehrheiten. Und das hängt mit dem besonderen Charakter von Öffentlichkeit zusammen. Öffentlichkeit im Sinne bürgerlicher Öffentlichkeit, wie sie vor allem Havemann beschrieben hat, ist in der DDR entschieden und gezielt unterdrückt worden. Das ist eine Rahmenbedingung, mit der wir gearbeitet haben, das heißt aber auch, die wir manchmal einsetzen konnten, weil die eine abweichende Stimme enorme Effekte hatte.

Die zweite Rahmenbedingung: Kirche war fast der einzige Ort für eine relativ freie Kommunikation. Warum kommst du zur Jungen Gemeinde, warum gehst du in diesen Friedenskreis? Manche sagten als erste Antwort: „Weil ich mich hier frei äußern kann.“ Sie hatte also eine Funktion, die manchmal mit dem Wort „Dach“ beschrieben wird und die präziser heißt: Sie war stellvertretende Öffentlichkeit. Hier konnten Menschen ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen entdecken, in Gruppen formulieren. Sie konnten sie zum Ausdruck bringen und Aktionen und Initiativen planen. Stellvertretende Öffentlichkeit war die Kirche, das ist ihr selbst oft nicht bewußt gewesen.

Die dritte Rahmenbedingung ist eine Rahmenbedingung, die die Entstehung und die Arbeit von Initiativgruppen und Basisgruppen besser erklärt. Es gab eine ganz besondere Nähe von Kirche und Gruppen. Zunächst sozusagen eine strukturelle Nähe, weil es eine lange kirchliche Erfahrung gab mit Gruppen, die innerhalb der Kirche aktiv geworden sind und die weder aufgesogen noch ausgestoßen worden sind. Das reicht vom Mönchtum bis zur landeskirchlichen Gemeinschaft, und es ist soziologisch eine erhebliche Leistung, daß eine Großkirche eine Bewegung weder aufsaugt noch ausstößt. Es gibt aber eine zweite besondere Nähe: kirchliche Aktivitäten z. B. für Bausoldaten, im Einsatz für Benachteiligte, etwa Angehörige von Inhaftierten, in der Erziehung zum Frieden. Aber auch die ganz normale Jugendarbeit und Erwachsenenbildung haben oft aus sich heraus gesetzt, haben oft zu kritischer Solidarität ermuntert, haben zum aufrechten Gang erziehen wollen. Und viele der Gruppen haben dann einfach das getan, was Jahre vorher durch kirchliche Arbeit vorbereitet worden war, auch wenn das als politisches Ziel in der Regel nicht in der Absicht kirchlicher Arbeit gelegen haben wird.

Vierte Rahmenbedingung: Eine ganz eigentümliche Rahmenbedingung ist die wachsende Spannung in den achtziger Jahren zwischen der Basisdemokratie der Gruppen und einer Art Hierarchisierung in den Kirchen gewesen. Je heißer das Thema war, desto höher war die Ebene, auf der Staatsorgane Kirchenvertreter angesprochen haben. Es wurde nicht mit den Betroffenen

gesprochen, sondern mit den je nach Ebene und Brisanz des Themas zuständigen Kirchenleitern. Für die Kirchenleitungen bedeutete es doppelte Arbeit, zu klären, wer nun eigentlich mit wem spricht.

Ich komme zum dritten – Dimensionen des Konflikts. Ich nenne auch hier vier Punkte, auch das hat exemplarischen Charakter, vier Dimensionen des Konflikts zwischen Kirchenleitungen und Gruppen. Eine Grunddimension dieses Konflikts ist – so ist das manchmal ab Mitte der achtziger Jahre ausgedrückt worden –, daß der Sozialismus durch die Perestroika und die Kirche durch die Gruppen verunsichert war. Wenn zwei Verunsicherte nun noch einmal miteinander zu tun haben, dann ist nicht sicher, ob sie sich anlehnen, um sich zu stärken, oder ob eben etwas anderes passiert, z. B. dies: Kirchenleitungen hatten über die Jahre hin immer wieder Papiere, Studien in Auftrag gegeben, etwa zur Seelsorge an Wehrpflichtigen – und das war schon kein selbstverständliches Studienprojekt in unseren Kirchen – oder zur Erziehung zum Frieden. Der Ausschuß Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirchen in der DDR hatte 1984 eine Ausarbeitung „Die Kirche und die Friedensgruppen“ vorgelegt, stark durch Heino Falcke beeinflusst. 1985 war sie Gegenstand der Beratung in der Konferenz der Kirchenleitungen, eine erste ausführliche Behandlung unseres Themas innerhalb der Kirchen, jedenfalls der evangelischen Kirchen in der DDR. Aber plötzlich kamen entsprechende Vorgänge, Studienprojekte, lange schriftliche Vorlagen aus den Gruppen. Die Erwartung an kirchliche Einrichtungen war nun, Publikationshilfe zu leisten. Zwei Beispiele dafür: Ein junger Mann, der selbst immer als Gruppenmann geführt wird, aber nie zu einer Gruppe gehört hat – Michael Beleites – hat gesagt: Wenn unsere Synoden erklären, daß die Herstellung und nicht erst der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln gegen Gottes Willen ist, dann ist auch die Uranförderung im Süden der DDR daraufhin kritisch zu betrachten. In Ausführung eines Synodenbeschlusses hat er sich also in einer großen Privatrecherche um die Uranförderung und die ökologischen und Gesundheitsfolgen bemüht und das in einem innerkirchlichen Privatdruck unter dem Titel „Pechblende“ – übrigens auch schriftstellerisch ein ganz eindrucksvolles Stück – herausgegeben.

Ein zweites Beispiel: Eine Energiestudie, im Zusammenhang des Ausschusses Kirche und Gesellschaft lange behandelt, im wesentlichen von Sebastian Pflugbeil erstellt, ist dann schließlich noch mit kirchlicher Herausgeberschaft gedruckt worden, mit dem Ziel, eine längst überfällige Energiediskussion in der DDR in Gang zu bringen. Aber das Ganze waren hochkomplizierte Diskussionen, weil nicht nur die Vervielfältigungsgenehmigungen, sondern auch der mögliche staatliche Zugriff auf die Vervielfältigungstechnik zur Diskussion stand. Ich deute das nur als eine Dimension des Konflikts an und komme zu einer zweiten. Das Stichwort „Sklavensprache“ hat unter uns in den achtziger Jahren zunehmend die Runde gemacht und meinte

eine Sprache, die in einer solchen Weise kritisch über DDR-Vorgänge zu sprechen versuchte, daß es nach außen hin fast nicht mehr zu hören war, nur sozusagen für die innerkirchliche Verständigung. Das Wort war vielleicht ein bißchen bissig, hatte vielleicht auch Elemente von Selbstkränkung, jedenfalls war es Ausdruck einer Oben-Unten-Spannung in den Kirchen. Mitglieder von Basisgruppen haben zunehmend schlechter akzeptieren können, daß in einer Art paternalistischem Akt durch Kirchenleitungen für sie Feuerwehrhilfe geleistet wurde. Dieser Ärger hat sich vor allem an Manfred Stolpe festgemacht, der völlig unbestritten, auch damals unbestritten, einer ganzen Reihe von Menschen geholfen hat. Aber es ging um die Art, auch um das, was ich vorhin Hierarchisierung genannt habe. Mit den Betroffenen wurde kaum noch gesprochen, jedenfalls nicht in der direkten Kommunikation von staatlichen Stellen und Basisgruppen. Soll man die Unterdrückung von Öffentlichkeit akzeptieren, oder sollen wir – das haben sich Basisgruppen zunehmend gefragt – diese Spielregeln nicht mehr akzeptieren und Öffentlichkeit durch Aktion herstellen?

Eine dritte Dimension des Konflikts: Das Stichwort „politische Diakonie“. Eine Kirche, die für andere da sein will, gerät in Spannung zu ihrem Auftrag, denn einerseits muß sie sich für Gerechtigkeit einsetzen, andererseits muß sie für alle erreichbar sein. Sie muß sich aber auch mit denen auseinandersetzen, die Unrecht tun. Ziviler Ungehorsam kann dann ein Mittel werden. Für die Gespräche zwischen Kirchenleitungen und Gruppen ist das immer eine äußerste Grenze gewesen. Die Angst, daß Gewalt angewandt wird, begann schon bei dem, was wir „zivilen Ungehorsam“ nennen. Und Gewalt sollte auf keinen Fall – das war bei beiden Seiten übereinstimmende Meinung – angewandt werden. Nur, wo Gewalt beginnt, darüber gab es keine Übereinstimmung. In der vorhin schon erwähnten Sitzung der Konferenz der Kirchenleitungen im Dezember 1988 ist gesagt worden: Die Gruppen wollen keine politische Opposition bilden, aber sie wollen Machtkontrolle aufbauen und ausüben. Und Landesbischof Hempel aus Dresden hat in derselben Sitzung im Dezember 1988 gesagt: Was können wir tun, um zwischen Kirchenleitungen und Gruppen das Grundvertrauen zu erhalten? Er befürchtete, „daß in sechs bis acht Monaten ein Knall passieren könnte“, so wörtlich. Und er nahm an, daß das nicht in Berlin, sondern im Süden der DDR passiere.

Eine vierte Dimension des Konflikts nenne ich unter dem Stichwort „Gemeindeaufbau“. In der DDR, wo die Konfrontationsschwelle sehr niedrig war, und in einer Kirche, die auch erst begonnen hatte, Konfliktfähigkeit einzuüben, vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit, waren die Gruppen ausgesprochen beunruhigend, weil ihre Bereitschaft zu Konflikten größer war als landläufig in Gesellschaft und Kirche. Außerdem verärgerten die Gruppen auch auf Gemeindeebene, nicht nur auf Leitungsebene, Gemeinden,

die erlebten, daß die Aufmerksamkeit ihrer Mitarbeiter dauernd durch die Gruppen gebunden war; Mitarbeiter, die erlebten, daß ihre Kooperationsfähigkeit überstrapaziert wurde. Es hat dann manchmal den Wunsch gegeben, daß man doch bei den Gruppen deutlicher sagen könnte, was noch eine kirchliche Gruppe ist – das wünschten sich vor allem Gemeindekirchenräte, aber auch Kirchenleitungen –, und wo Leute ausgegrenzt werden müssen, um der Klarheit und der Sicherheit, wohl auch der kirchlichen Arbeit willen. Aber es ist immer dazugesagt worden: „Diese Ausgrenzung ist angesichts des dann zu befürchtenden staatlichen Zugriffs ja gar nicht möglich“, einmal sagte auch einer, „leider nicht möglich“.

Ich komme zum vierten Punkt: politische Wirkungen. Ich will zum einen etwas zu politischen Wirkungen in der DDR sagen, zum anderen zu deutschlandpolitischen Wirkungen. Zunächst also politische Wirkungen in der DDR: Es hat seit 1982 im Herbst zunächst in Halle, dann 1983 im Februar in Dresden, Aktionen im Zusammenhang mit Gottesdiensten gegeben, die eine viel größere Öffentlichkeit gewollt und erreicht haben als alles, was es vorher gab. Der Weg von mehreren Hundert Menschen von einer Kirche zur anderen wurde zum Teil durch Stasiautos, die in diese Gruppen hineinrasten, erheblich behindert. Umstritten war, ob man Trageelemente, wie das bei uns hieß, mitführen dürfe. Das waren bei uns nicht Transparente, sondern vielleicht Plakate oder ein Kreuz, wie sonst bei Prozessionen, oder Kerzen oder Blumen. In Halle wurden Blumen an die Polizei verteilt. Schweige- und Mahnwachen gab es zuerst in Jena und in Berlin. Aber auch ganz andere Aktionen wie Baumpflanzaktionen stellten eine Öffentlichkeit her, die für die jeweiligen staatlichen Stellen höchst beunruhigend war, und bauten zugleich Öffentlichkeit auf, also das, was an sich ja gezielt verhindert werden sollte. Mir scheint, daß das die erste wichtige Leistung dieses Phänomens der Gruppen, die in der Kirche oder am Rande der Kirche gearbeitet haben, ist, daß sie Öffentlichkeit in einem erheblichen Umfang einfach hergestellt haben, ohne noch zu fragen, was erlaubt ist.

Eine zweite politische Wirkung: Es hat einiges an sozialem Wandel gegeben. Unter der Überzeugung, daß Frieden mehr als Ruhe und Ordnung ist, gab es seit Mitte der siebziger Jahre eine immer intensivere Friedenserziehung in den Kirchen. Das hat unzählige Menschen erreicht. Es gab das Einüben offener Kommunikation in Großveranstaltungen der Jugendarbeit überall in der DDR ebenso wie kleine Trainingsgruppen zum Training für Gewaltfreiheit, übrigens auch zum Umgang mit dem Staatssicherheitsdienst. Es hat sozialen Wandel gegeben, jedenfalls Ansätze dazu, durch eine intensive jahrelange Arbeit, die wir oft etwas pauschal „Friedensarbeit“ genannt haben, die aber eine viel größere Breite hatte und an der Gemeindeglieder, Katecheten, Pfarrerinnen und so fort beteiligt gewesen sind. Das ist eine Geschichte, wo die Grenze zwischen Kirche und Gruppen verschwimmt.

Dritte politische Wirkung: Die Ökumenische Versammlung in Magdeburg

und Dresden war ein ganz besonderer Kommunikationsvorgang, weil sie Mitglieder von Basisgruppen, Mitglieder aus Kirchenleitungen und Experten, wie wir das nannten, also Fachleute für bestimmte Schwerpunktthemen in ein ganz dichtes Gespräch brachte. Dieses Gespräch wurde dadurch verstärkt und intensiviert, daß zwischen dieser Ebene der aktiv Gewordenen und den Gemeinden und Basisgruppen ein immer dichter Kommunikationsvorgang mit der Bitte um „Problemmeldungen“ über das Leben in der DDR in Gang kam. Das Ergebnis war, daß in einer Reihe von 12 verhältnismäßig kurzen Texten wichtige Probleme der DDR, aber auch wichtige Weltprobleme aus der Optik der DDR, vorlagen und überall in der DDR diskutiert wurden. Ein ganz brisanter Vorgang, wenn überall dasselbe diskutiert wird. Ich vermute, daß das der entscheidende Impuls gewesen ist, nach dem langen Vorlauf, den ich geschildert habe, für die Veränderungen im Herbst 1989, daß die Ökumenische Versammlung sozusagen eine entscheidende Bündelung war für das, was unter dem Thema „Kirche und Gruppen“ positiv festzuhalten ist. Es ist sicher kein Zufall, daß viele derer, die in der Ökumenischen Versammlung gesessen haben, dann in die Politik gegangen sind. Was ich beschrieben habe, ist eine kirchliche Linie. Dabei bestanden die Gruppen in der Regel aus Christen und Nichtglaubenden, gemischte Gruppen, und in einigen Fällen benutzten Nichtchristen das Dach der Kirche, während Christen mit Bedacht sich außerhalb der Kirche zu organisieren begannen. Ich habe auch nicht von den Gruppen gesprochen, die sich seit den siebziger Jahren als linke Opposition verstanden, zum Beispiel auf Kreise um Rudolf Bahro zurückgingen. Ich habe nicht gesprochen von Beziehungen einiger Gruppen zur westdeutschen, zur holländischen, zur englischen Friedensbewegung, zur Charta 77, zu Solidarnosc, zu Dialoggruppen oder Helsinki-Gruppen. Ich habe nicht von ihren Bemühungen um eine europäische Plattform gesprochen, eine für die Sicherheitsorgane und die sie befehlende Parteispitze besonders bedrohliche Absicht. Das alles, so ist mir gesagt worden, ist Gegenstand einer extra Anhörung. Ich erwähne es aber hier, weil es vom Thema „Kirche und Gruppen“ personell und sachlich nicht zu trennen ist.

Zum Schluß die deutschlandpolitische Wirkung: Mir sind zwei Beispiele für ausdrücklich grenzüberschreitende Aktionen von Gruppen in den Sinn gekommen. Die eine geschah im Herbst 1983, als von einem evangelischen Propst, einem evangelischen Jugenddiakon und einem Laien organisiert, in Meiningen parallel zu Fulda eine Aktion als Protest gegen die Raketenstationierung versucht wurde. Die Spielregel hieß: Jeder protestiert gegen die eigenen Raketen um der anderen willen, weil uns doch immer aufgetragen worden ist, gegen die bösen Raketen des Westens zu protestieren. Dieser Versuch ist fast mißlungen, weil natürlich die Bemühungen, daß jemand aus Fulda aus der entsprechenden Großveranstaltung über die Grenze kommt und ein Grußwort mitbringt, an der Grenze abgefangen wurden, aber immerhin, es gab

ein paar kleine Nachrichten hin und her, und beide Aktionen verstanden sich als aufeinander bezogene Aktionen. Zu den Behinderungen – um das einmal am Rande zu sagen – gehört, daß der Jugenddiakon, den ich hier im Raum auch sehe, auf einer Fahrt nach Berlin auf der Autobahn plötzlich angehalten wurde, sein Auto untersucht und Materialien beschlagnahmt wurden, irgendwo im Grünen. So etwas passierte auch nicht alle Tage, auch bei uns nicht. Eine andere bewußt grenzüberschreitende Aktion gab es von Gruppen im Herbst 1988 in Berlin im Zusammenhang mit der Jahrestagung von IWF und Weltbank. Zu der großen Anhörung über Menschenrechte im Westen sollte etwas Entsprechendes im Osten passieren, was nur in sehr kleinem Rahmen möglich war. Aber immerhin, hier sind zwei Beispiele für Versuche, etwas Grenzüberschreitendes auf der Ebene der Gruppen zu organisieren.

Zweiter Punkt unter der Frage nach den deutschlandpolitischen Wirkungen. Was haben die westdeutschen Regierungen in diesen Jahren, was haben die Parteien wahrgenommen von dem Phänomen der Gruppen, und wie haben sie es bewertet? Als neue soziale Bewegung oder schon als potentielle Opposition oder auch als Faktor, der die mitteleuropäische und die deutsch-deutsche Stabilität gefährden könnte? Ich kann diese Frage nur stellen, aber sie interessiert mich außerordentlich. Wer hat sich für welche Inhaftierten eingesetzt? Ich erinnere mich sehr genau, wer sich für Katrin Eigenfeld einsetzte und wer für Bärbel Bohley und Ulrike Poppe. Welche ostdeutschen Gruppen hatten welche westdeutschen Parteien als Partner? Es lohnte sich, dies anzusehen, weil die Frage nach deutschlandpolitischen Wirkungen auch auf dieser ja zum Teil sehr dichten Kommunikationsebene zu beantworten sein wird. Das dritte zum Schluß, und ich erinnere nur an das, was ich eben im dritten Teil gesagt habe: Ich vermute, daß die Ökumenische Versammlung der entscheidende Impuls für deutschlandpolitische Veränderungen gewesen ist. Es lohnt sich, sie im Blick darauf noch einmal anzusehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte einleitend noch einmal an die Funktion der beiden Referate erinnern, die wir soeben gehört haben. Sie sollen uns einstimmen – sie haben von daher eine dienende Funktion – auf das, was jetzt unter Leitung unseres Kollegen Hilsberg seinen Fortgang nehmen soll. Ich habe angekündigt, daß keine Ergänzung, sondern tatsächlich nur Verstehensfragen an die beiden Referenten gestellt werden dürfen. Bitte, Herr Fricke.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Stauss. Sie nannten interessante Zahlen über die Basisgruppen. Meine Frage: Gab es unter den Gruppen irgendeine Kommunikation, oder war Kommunikation unter den Bedingungen des Stasiregimes nicht möglich? Dann habe ich eine Frage an Herrn Pahnke. In Ihren Ausführungen spiegelte sich wider, daß es offenbar doch einen latenten

Gegensatz gegeben hat zwischen basisdemokratischen, auch oppositionellen Gruppen einerseits und ausreisebegehrenden DDR-Bürgern andererseits. Wie ist dieser für mich sehr schwer nachvollziehbare Gegensatz zu erklären, wenn man bedenkt, daß auch Ausreise eine legitime Form des Protestes sein konnte, sozusagen Abstimmung mit den Füßen und auch angesichts der historischen Erfahrung, daß die Ausreisebewegung im Herbst 1989 den Zusammenbruch doch beschleunigt hat?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Kollegin Wilms bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): An beide Herren die erste Frage: Ich würde gerne noch ein bißchen über die Spannung in den Gemeinden hören, vielleicht ergibt sich das aber auch nachher in der Diskussion. Bei Besuchen in der damaligen DDR habe ich selbst die Spannung zwischen der „traditionellen“ Gemeinde, die ihre Gemeindearbeit vollzog, und den Gruppen, die von der älteren Generation vielleicht als Störung des normalen Gemeindelebens empfunden wurden, erlebt. Mich würde interessieren, noch ein bißchen mehr von diesem Spannungsverhältnis zu hören.

Zweite Frage: Gab es bei den Gruppen, die sich sehr unterschiedlichen Themenfeldern zuwandten, eigentlich auch Gruppen, die Gesellschafts- und Lebensformen jenseits einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bedachten, oder war es im Grunde genommen eine systemimmanente Kritik?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es sollen wirklich bloß Verstehensfragen sein. Wir wollten jetzt nicht mit den beiden in eine Diskussion hineingehen. Der letzte, der nicht alles verstanden hat, ist Prof. Weber. Bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Das kommt bei mir häufiger vor, daß ich manches nicht verstehe. Aber ich habe eine Informationsfrage an Herrn Pahnke. Er sprach von der Goßner Mission. Mich würde einfach interessieren, ob damit die Mainzer Goßner Mission gemeint ist, oder ob es so etwas auch in der DDR gegeben hat. Das zweite ist allerdings schon ein bißchen mehr inhaltlich: Wie weit das Jahr 1968 und die Bedeutung der Tschechoslowakei gewirkt oder rückgewirkt hat, wurde hier sehr nachdrücklich herausgestellt, aber wie weit wußten sie von den Studentenbewegungen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es gab eine Verständlichkeitsnachmeldung. Kollege Stübgen bitte.

Abg. Stübgen (CDU/CSU): Ich habe auch nur eine kurze Nachmeldung, und zwar an Pfarrer Curt Stauss. Von Ihnen beiden wurde die Frage der sogenannten Hierarchisierung der Kirchenleitungen angesprochen. Da sind zwei Namen genannt worden, einmal Günther Krusche und einmal Manfred Stolpe. Ich würde gerne konkretisiert wissen: War diese Hierarchisierung, also daß z. B. Kirchenleitungsmitglieder nicht mit den Basisgruppen diskutierten, die generelle Linie der Kirchenleitung, oder ist sie an einzelnen Personen festzumachen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bevor ich Ihnen beiden noch einmal die Möglichkeit gebe, auf die Fragen sofort zu antworten, und dann Stefan Hilsberg die Leitung übernimmt, auch von mir eine Frage, und zwar an Curt Stauss. Sie haben Gruppen genannt, von der Zahl her eine Größenordnung, die sich auch mit meinen Einschätzungen deckt. Mir ist aufgefallen, daß Sie den Begriff „Menschenrechtsgruppen“ nicht genannt haben. Hat der in dieser Statistik keine Rolle gespielt, oder woran lag das? Ich weiß, daß es seit spätestens Mitte der achtziger Jahre Gruppen gab, die sich bewußt so genannt haben.

Pfarrer Curt Stauss: Kommunikation unter den Gruppen, das war die erste Frage. Ich habe jetzt den Eindruck, die funktionierte besser als im Zeitalter der Mailbox durch direkte Kommunikation. Jedenfalls staunten wir manchmal, daß in wenigen Stunden bei ganz wichtigen Dingen die Informationen quer durch die DDR vorhanden waren. Der Raum war sozusagen frei, und wir kannten uns untereinander so gut und hatten auch das Vertrauen, daß wir Informationen sehr schnell aufgenommen haben – unterschiedlich genau, aber sehr schnell. Die Kommunikation, dazu gehört auch die Frage der Verabredungen, war nicht ganz einfach, gerade weil wir Wert darauf legten, daß der Netzwerkcharakter dieser Gruppenbeziehungen aufgebaut wird und erhalten bleibt. Es hat immer wieder Versuche gegeben, Zentren für ein Netz zu bilden. Das geht ja schlecht. Es gab neben den zentralen Treffen auch regionale Netzwerke, die sich viel häufiger trafen.

Zur Frage nach der Hierarchisierung: Was ich meinte war, daß die Hierarchisierung vor allem durch die staatliche Intervention erzeugt worden ist. Die haben je nach Brisanz des Themas eine unterschiedliche Ebene der Kirchenleitung angesprochen. Daß die angesprochenen Kirchenleiter dann mit Gruppen oder Gruppenvertretern geredet haben, habe ich jedenfalls immer erlebt. Ich wollte nicht sagen, die hätten nicht mit denen gesprochen. Zunächst einmal kann ich nur sagen: Es hat auch mit den Betroffenen Gespräche gegeben, aber diese in etwas paternalistischer, so jedenfalls von den Gruppen kritisierte Haltung: Wir lösen das Problem für euch.

Die Menschenrechtsgruppen habe ich erwähnt in dem Zusammenhang, daß Menschenrechtsgruppen auch entstanden sind, um sich über Verletzungen von Menschenrechten in der DDR kundig zu machen und diese auch ruckbar zu machen, aber vielleicht in einem undeutlichen Zusammenhang. Also sie sind vorgekommen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nein, ich frage noch einmal: Du hast vorhin Gruppen aufgeführt, wie viele es davon gegeben hat, und Dich auf ein Kirchenleitungspapier oder einen Bericht von der Kirchenleitung bezogen. Die einzige Gruppierung, die Du nicht genannt hast, war die der Menschenrechte. Nun fragte ich, ob die damals keine Rolle gespielt hat in dieser Statistik.

Pfarrer Curt Stauss: Doch, die haben eine große Rolle gespielt, aber ohne

daß sie extra in der Statistik aufgeführt wurden, weil sie fast nur in Berlin vorkamen und da zusammen mit den berlininternen Streitigkeiten und weil die Zahl auch nicht ganz sicher festzumachen war. Manche Gruppen traten gelegentlich als vier verschiedene auf.

Pfarrer Rudi-Karl Pahnke: Zur Problematik der Ausreisewilligen, Ausreisentschlossenen, Abstimmung mit den Füßen. Das war zweifellos für die Gruppen genauso wie für die Kirchen ein Problem. Für die Gruppen war es ein Problem, weil sie von ihren Ansätzen her darangingen und bemüht waren, das Leben in der DDR selbst zu führen und zu verändern. Das war eigentlich die Hauptintention, die auch immer mit sehr vielen Problemen verbunden gewesen ist. Ich kann mich an viele Situationen erinnern, wo plötzlich bekannt wurde: Der hat ja einen Ausreiseantrag gestellt, den hat er 24 Stunden vor der Veranstaltung plötzlich genehmigt bekommen. Das war auch die Taktik des Staates, Veranstaltungen z. B. auf diese Weise zu belasten oder kaputtzumachen. Ich sage es noch einmal für diejenigen, die das nicht kennen: Stellen Sie sich vor, eine große Veranstaltung war geplant und eine Musikgruppe oder ein interessanter, wichtiger Referent oder Teilnehmer hatte einen Ausreiseantrag gestellt. Oft passierte es dann, daß der Ausreisewillige 24 Stunden vor der geplanten Veranstaltung die DDR verlassen haben mußte. Das hat es mehrfach gegeben, da lassen sich eine Reihe prominenter Beispiele erwähnen. Das hat natürlich Probleme geschaffen, so daß man manchmal, auch ich selbst, sehr argwöhnisch war und fragte: Weshalb machen die jetzt mit? Um ihre Ausreise zu beschleunigen? Während wir also daran gingen, eine Sache sehr mühsam zu konstruieren und Schritte zu versuchen und ein Netz zu erstellen, waren dann Leute sehr schnell verschwunden. Das war ein Problem. Und es brauchte lange Zeit, ehe man bereit war, den Weggang von Freunden zum Beispiel anders zu reflektieren und anders zu empfinden als eine Kränkung. Ich glaube, daß das für viele Gruppen auch so gilt. Das zu dem Punkt.

Spannungen in der Gemeindearbeit: Es hat überall Spannungen gegeben. Ich denke, es hat natürlich auch zwischen Gemeindemitarbeitern, zwischen Pfarrern, zwischen Kirchenleitungen und Pfarrern und Kirchenleitungen und Gemeinden Spannungen gegeben. Wo Menschen zusammenleben, gibt es unentwegt Konflikte. Es gibt kein konfliktloses Leben, aber wir wünschen uns das. Das ist eigentlich eine falsche Lebenseinstellung, aber das begreift man vielleicht später. Das ist ein Fakt. Es hat immer Spannungen gegeben. Ein Beispiel für solch regelmäßige Konfliktsituationen: Auf der Berlin-Brandenburgischen Synode hat der Bischof einen Bericht gegeben, hat Kirche und Gruppen erwähnt. Dann haben die Synodalen aus dem Land Brandenburg gesagt: Was interessieren uns denn die Berlin-Probleme? Unsere Probleme sind die zentralen.

Ob man sich um Lebensformen jenseits sozialistischer Lebensformen bemüht

hat, ist eigentlich eine sehr weitgehende Sachfrage. Aber darauf würde ich kurz versuchen zu antworten. Das Ganze, was in den Gruppen gedacht und gemacht wurde, von der Kirche von unten, von den sozialetischen Gruppen und von der offenen Arbeit, sind natürlich alternative Lebensformen gewesen. Man hat insgesamt nach alternativen Lebensformen jenseits dieser verordneten oder in der DDR gewachsenen vorfindlichen Lebensformen Ausschau gehalten.

Die Goßnersche Mission hat es in der DDR auch gegeben. Die Studentenbewegung von 1968 hat zweifellos auch eine Rolle gespielt, aber eine weit geringere als die Vorgänge in der Tschechoslowakei. Der Prager Frühling von 1967 an hat ganz viele Menschen in der DDR wirklich hoch motiviert und sehr bewegt. Die anderen Dinge sind auch wahrgenommen worden. Aber für unsere eigene Lebensbefindlichkeit oder für die Lebensbefindlichkeit vieler in den Gruppen, denke ich, spielt die CSSR 1968 eine zentrale Rolle.

Auf die Sache mit der Hierarchisierung würde ich ähnlich antworten wie Curt Stauss. Es hat da immer Gespräche gegeben, aber es hat auch immer Probleme im Dialog gegeben. Das zu verschleiern wäre einfach eine Unwahrheit, wäre einfach unsachgemäß.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir haben jetzt in den beiden sehr interessanten einleitenden Vorträgen einen generellen Überblick über das vorher apostrophierte Dreiecksverhältnis gehört. Es ist deutlich geworden, daß dieses Dreiecksverhältnis ausgesprochen differenziert zu betrachten ist, wir vermutlich sogar an manchen Stellen fließende Übergänge haben. Das Podium soll den Versuch machen, dieses Dreiecksverhältnis, dieses Verhältnis von Gruppen und Kirche untereinander, auszuschnücken. Uns ist dabei völlig klar gewesen, daß dies lediglich ein Versuch sein kann, die sehr reichhaltigen Beziehungen und sehr vielfältigen Arten und Ausprägungen von Gruppen und kirchlichen Ansätzen, die es gegeben hat, aufzuzeigen. Ich werde mich selbst sehr stark zurückhalten und den Vertretern neben mir, die sowohl als Vertreter von Gremien, aber auch als Einzelne eine Bedeutung haben, die Gelegenheit geben, selbst das zu sagen, was aus ihrer Erfahrung und aus den beiden einleitenden Vorträgen, die wir gehört haben, wichtig ist. Ich möchte mit Angelika Schön beginnen, mit ihrem kurzen Statement von fünf bis zehn Minuten.

Ein ganz kurzer organisatorischer Hinweis noch: Wir machen etwa eine Eingangsstatementsrunde für jeden einzelnen von fünf bis zehn Minuten. Es soll dann die Möglichkeit bestehen, hier innerhalb des Podiums, da sind auch Rudi Pahnke, der jetzt nicht hier ist, und Herr Stauss mit einbezogen, zu einem Gespräch zu kommen. Wir werden dann das Podium öffnen. Dann wird es auch noch die Nachfragen, die von Ihrer Seite an alle gemeinsam nötig sind, geben.

Abg. Meckel (SPD): Kann ich unterbrechen? Es wäre gut, wenn am Anfang eine kurze Vorstellung erfolgt, damit diese auch im Protokoll enthalten ist.

Angelika Schön: Ich heiße Angelika Schön und komme aus Weimar. Wenn mich jemand fragt, wie ich mich verstehen will, dann als Kirche von unten. Ich studiere inzwischen Theologie, und zwar seit September 1989. Das hat sehr viel mit dem zu tun, weswegen ich hierher eingeladen worden bin. Curt Stauss hat vorhin von den vielen Gruppen erzählt, die es 1988 gab. Es gab in den Jahren davor auch noch andere, die es 1988 überhaupt nicht mehr gab. All die Leute, die 1988 meinetwegen noch da waren – wo sind sie geblieben? Wenn ich hier sitze, dann sitze ich eigentlich nur deswegen hier und bin auch deswegen hergekommen, weil viele von meinen Freunden sich weder mit der Kirche noch in dieser Gesellschaft überhaupt zurechtfinden können. Das hat sowohl mit kirchenstrukturellen Gründen zu tun als auch mit der Staatssicherheit. Das hängt sehr oft nahe beieinander bzw. ist an vielen Stellen identisch gewesen. Darauf will ich jetzt aber nicht unbedingt zuerst eingehen, das können vielleicht die Fragen ergeben. Im Januar 1992, als wir innerhalb der offenen Arbeit ein bißchen resümiert haben, haben wir gesagt: „Die Kirche hat nichts gelernt aus den ganzen Jahren, in denen wir aktiv waren, obwohl der Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums nach wie vor gilt“, wie wir gestern hier gehört haben. „Wir alle sind verantwortlich“, haben wir immer gesagt, „für die Umgestaltung der Sachen, die uns nicht gefallen und die uns selber weh tun“, und wir haben uns unsere Verantwortlichkeit auch genommen. Wir mußten sie uns nehmen, weil sie uns weder von der Gesellschaft oder vom Staat noch von der Kirche zugestanden worden ist. Wir haben gefordert: Glasnost in Staat und Kirche. Und das hat für mich heute wieder eine neue Relevanz aus ein paar anderen Gründen, aber die meisten alten sind geblieben. Die Kirche hat in zwei entscheidenden Punkten nichts gelernt: Einmal hat sie nicht gemerkt, daß in den Gruppen Mündigkeit gewachsen war, die selbst Verantwortung übernehmen wollte, sondern hat immer wieder versucht, Fürsorge und Helfenwollen da auszuüben, wo eigentlich Leute schon mündig genug waren und selbst Verantwortung übernehmen wollten. Dadurch entstanden Frust und sehr viele Mißverständnisse, die es nicht hätte geben müssen. Außerdem gab es innerhalb der Gruppen, zumindest ab Anfang der achtziger Jahre, eine ziemlich heftige Grunddiskussion darüber, was einzelne in der Gruppe an Leitung übernehmen können und was nicht. Das hängt mit diesem basisdemokratischen Grundanspruch zusammen. Genau an dieser Stelle ergaben sich ziemlich viele Konflikte mit der Kirche, weil dort diese Grunddiskussion oft nicht verstanden wurde, aus dem alten Amtsverständnis heraus, das immer noch wach ist. Gruppen als Friedensgruppen, Ökogruppen – da kenne ich mich am besten aus – wollten politisches Korrektiv sein und gleichzeitig als Alternative zur Gesellschaft ein Stück von dem vorwegnehmen, wozu Christen „Reich Gottes“ sagen. Das hängt damit zusammen, daß die Verheißung des Reiches Gottes und der Zuspruch, daß es schon mitten unter uns ist, empfunden und angenommen wurden. Das befreite uns zum Infragestellen jeglicher vorfindlicher Ordnung,

und zwar sowohl in der Gesellschaft als auch im Staat und dann nicht zuletzt in der Kirche. Es kamen immer wieder die Begriffe „Opposition“ und „Bürgerrechtler“. Ich will der Ehrlichkeit halber sagen, daß wir uns damals sehr schwer damit getan haben, so bezeichnet zu werden, und zwar gerade weil wir uns als Leute verstanden haben, die deswegen aufgestanden sind, weil sie Nachfolge Jesu leben wollten, auch wenn das Nichtchristen nicht gleich so bezeichnen konnten. Daß das dann natürlich als Opposition politisch relevant ist, haben wir dann auch gemerkt. Ich habe es eigentlich erst richtig gemerkt, als ich 1989 aus Basel von der Ökumenischen Versammlung zurückkam und nun von außen ein Stückchen dessen gesehen hatte, was ich vorher nur von innen sehen konnte, weil ich nicht herauskam.

Es wurden vorhin die unterschiedlichen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Gruppen und Kirche erwähnt. Drei Beispiele nur mit Schlagworten: In Erfurt gab es Partnerschaft zwischen regionalen Kirchenleitern und den Leuten, die in der offenen Arbeit waren. Man ging aufeinander zu, hörte einander zu und wollte sich nicht gegenseitig austricksen. Es war einfach nicht nötig. In Jena suchte der dortige Superintendent in den achtziger Jahren das Gespräch mit Gruppen, wenn Konflikte auftauchten. Er urteilte nicht über sie hinweg. Er sagte aber auch deutlich seine Meinung, wenn er Sachen nicht mit abdecken wollte. Aber er tat das nicht hinterrücks oder auf dem Rücken oder über die Köpfe der Leute hinweg. In Weimar gab es überhaupt keine Kommunikation. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß in Weimar der Superintendent Stasispitzel war und noch ein paar andere Pfarrer in der Stadt auch. Es wurde also immer wieder ein bestimmtes Muster gefahren. Wenn es eine Gruppe gab, besonders die offene Arbeit, wurde sie ausgegrenzt, bekam keine Räume, war damit Freiwild für den Staat, und wenn sie dann verhaftet worden sind, wurde gesagt: Die bösen Leute, die sowieso keine richtigen Christen sind. Damit reicht es erst einmal.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Reinhard Weißhuhn ist ein Vertreter derer, die zur Oppositionsarbeit innerhalb der Kirche bewußt von außen her gekommen sind. Seine Arbeit ist nicht als eine Emanzipationsbewegung innerhalb der Kirche verständlich, sondern er hat schon sehr früh die Intention gehabt, hier in der DDR oppositionell zu arbeiten, allerdings mit der großen Schwierigkeit, dabei Partner zu finden. Wie ist das von Ihrem Erleben her?

Reinhard Weißhuhn: Ich bin Reinhard Weißhuhn. Ich bin hier für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Ich bin nicht der einzige, es gibt noch einen anderen Gesprächspartner aus der Gruppe in dieser Runde hier. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hat sich gegründet im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Friedenswerkstatt in Berlin Ende 1985. Ich möchte aber eigentlich gar nicht so viel über diese Gruppe erzählen, die sich als eine der ganz wenigen ausdrücklich als nichtkirchliche Gruppe verstanden hat, mit der Begründung von Bischof Leich,

daß die Kirche keine Opposition und keine Partei ist, das nicht sein will und auch nicht sein kann. Diesen Anspruch haben wir nun allerdings erhoben, und das ließ sich unserer Ansicht nach nicht mit der Kirche als Institution automatisch vereinbaren, schon gar nicht identifizieren. Das ist eines der Motive für diese erklärtermaßen nichtkirchliche Gruppe. Trotzdem hatten wir natürlich mit der Kirche sehr viel zu tun, bedurften ihrer auch, sind auch von ihr geschützt worden. Das aber liegt vor allem daran, daß die Kirche nicht nur ein Dach war und nicht nur eine stellvertretende Öffentlichkeitsfunktion hatte, sondern daß sie unter den Bedingungen in der DDR zwangsläufig und ohne ihr eigenes aktives Zutun die Funktion einer Ersatzgesellschaft bekam. Das, was in einer „normalen“ Gesellschaft pluralistisch geschieht und in der DDR nicht möglich war, konnte überhaupt nur im Rahmen der Kirche geschehen, und so bezog es sich zwangsläufig auf die Kirche. Das gilt für die Institution Kirche, das gilt für die Gemeindemitglieder, das gilt in erster Linie aber für die Gruppen und ihre Mitglieder. Die waren ganz unabhängig davon, ob und in welcher Weise sie mit der Kirche und dem Christentum zu tun hatten oder auch nicht, trotzdem darauf angewiesen, alle ihre Aktivitäten, alle ihre Öffentlichkeitsversuche usw. im Rahmen der Kirche oder zumindest in der Nähe der Kirche zu unternehmen. Deswegen ist der Begriff „kirchliche Gruppen“ selbst schon schillernd, gar nicht zu reden von den Gruppen, die sich eben nicht unmittelbar als kirchlich verstanden haben. Meiner Ansicht nach ist dieser Zusammenhang weniger ein Ausdruck kirchlichen oder christlichen Widerstandes, er ist eher Ausdruck des Widerstandes in einer Gesellschaft, die keine Pluralität kennt, und in der Kirche diese Ersatzfunktion übernimmt. Ich denke, die Kirche hätte heute auch weniger Schwierigkeiten im Umgang mit sich selbst, mit ihrer vergangenen Beziehung zum DDR-Staat, mit ihrer gegenwärtigen Situation, die gestern von Ehrhart Neubert als Ergebnis einer weitgehenden Zerstörung beschrieben wurde, und mit jenem zwar nicht allzu großen, aber qualitativ immer zu großen Anteil von IM in ihren eigenen Reihen, wenn sie sich zumindest auf jene Gruppen positiv bezöge und zu ihnen bekannte, die innerhalb der Kirche auch tatsächlich kirchliche Opposition darstellten. Zwei Gruppen möchte ich nennen. Das ist einmal die „Kirche von unten“, Angelika Schön hat sie eben schon angesprochen, und last not least die „Solidarische Kirche“. Die Solidarische Kirche verstand sich selbst als eine Quasiopposition nicht nur zum Staat, sondern auch zur Amtskirche und ist hier überhaupt nicht thematisiert, geschweige denn anwesend, jedenfalls bisher nicht erkennbar. Ich halte das tatsächlich für gravierend, zumal aus der Sicht der Kirche. Diese Gruppe beispielsweise wäre tatsächlich ein positiver Bezugspunkt, der weit weniger gebrochen wäre und weit weniger Anlaß zu selbstkritischer Reflexion gäbe, als die Amtskirche als solche dies muß und hier ja auch demonstriert.

Noch einen letzten Punkt, der auch im Zusammenhang mit dem, was ich

eben sagte, steht: Ehrhart Neubert hat gestern von der protestantischen Revolution 1989 gesprochen. Eine Revolution war es sicher, obwohl man sicher auch darüber streiten kann. Ich behaupte nur, daß es keine protestantische Revolution war, was suggeriert, die Kirche als solche hätte eine aktive, bewußte und entscheidende Rolle dabei gespielt. Ich behaupte, es war keine protestantische Revolution, es sei denn, man faßt den Begriff „protestantisch“ als ganz allgemein kulturhistorischen Begriff auf, der dann natürlich für alle gilt, auch für Nichtchristen in dieser Gesellschaft. So war er aber, glaube ich, nicht gemeint. Ich glaube, es war eine Revolution gegen den SED-Staat, in die die Kirche eher unwillig verwickelt war. Es ist der Kirche nur passiert. Danke.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Danke. Martin Böttger, der Name ist ja schon gefallen, war langjähriges Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und vorher auch schon in allen möglichen oppositionellen Gruppen im Berliner Raum tätig. Er ist jemand, der – soweit mir das in Erinnerung ist – ausgesprochen früh mit dieser Arbeit angefangen hat, und das zu einer Zeit, als es nur sehr wenige von denen gab, die eine bemerkenswerte Kontinuität an oppositionellem Handeln in der DDR aufzuweisen hatten. Diese lange Zeit hat unterschiedlichste Erfahrungen vermittelt, besonders wenn man erleben muß, daß man an Solidarität nur sehr wenig spürt.

Dr. Martin Böttger, MdL: Wenn ich meine Position innerhalb von Gruppen und innerhalb der Kirche beschreiben soll, könnte ich am einfachsten sagen: Ich stand breitbeinig, aber nicht im Spagat. Ich stand mit einem Bein in Gruppen, in zeitlicher Abfolge auch in verschiedenen, mit dem anderen in meiner Kirchengemeinde, in meiner Ortsgemeinde. Das war die Berliner Golgathagemeinde. Der Gemeindebezug war territorial, also auf den Bereich dieser Ortsgemeinde ausgerichtet, der Bezug auf Gruppen überregional, zumindest auf das Ostberliner Gebiet, aber auch auf den Süden, also auf Sachsen bezogen. Der Gemeindebezug war familienorientiert. Es war also meine Generation, die Generation der Leute mit kleinen Kindern, die auch ihre Kinder in den Familiengottesdienst mitbrachten, in die Gemeindenachmittage, die sehr vieles zusammen machten, sich auch auf dieser Ortsebene mit Problemen der Kommune auseinandersetzten. Die Gruppen waren sehr stark von Aktivisten getragen, von Leuten, die sich öffentlich äußerten, die sich politisch verstanden. Es waren politische Gruppen. Öffentlich geäußert hat sich der Gemeindebezug auch insofern, daß die Gottesdienste öffentlich waren, und wir in Golgatha jeden Monat einen Friedensgottesdienst oder ein Friedensgebet hatten. Das wurde vorbereitet und gestaltet hauptsächlich von Gemeindegliedern, mit Pfarrer Hilsberg im wesentlichen, dem Vater des jetzigen Bundestagsabgeordneten Hilsberg. Diese Gruppe hat mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln Friedensarbeit geleistet. Es war mir klar, daß nicht alle politische Oppositionsarbeit in dieser Gemeinde geleistet

werden konnte. Deswegen habe ich mich dann auch sehr gefreut und habe das unterstützt, daß die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ gegründet wurde als ausdrücklich außerkirchliche Oppositionsgruppe. Das fand ich auch ehrlicher und fairer, weil die Kirche in vielen Bereichen von den Anliegen außerkirchlicher Oppositionsgruppen überfordert war. Es gab aber auch Überschneidungen zwischen diesen beiden Bereichen – ich sagte ja breitbeinig, aber nicht im Spagat –, z. B. in Konfliktsituationen. Ich wurde im September 1983 nach einem Friedensgebet verhaftet. Aber das war nicht im Zusammenhang mit den Friedensgebeten meiner Gemeinde, sondern mit einer politischen Aktion, einer Menschenkette zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft. Also eine eindeutig außerkirchliche Aktion führte zu meiner Verhaftung. Begleitet wurde ich aber auch von meiner Gemeinde. Sie nahm mich in die Fürbitte auf. Sie betreute meine Familie. Sie stellte Kontakte für das ganz normale Leben her, für meine Frau, meine Kinder. Begleitet wurde ich aber auch von außerkirchlichen Gruppen. Und diese Begleitung sah dann so aus, daß die Presse informiert wurde, Kontakte zu westlichen Politikern gesucht wurden, daß Solidarität angestoßen wurde und die Grünen sowie die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und auch der regierende Bürgermeister damals informiert wurden. Das hat dazu geführt, daß Richard von Weizsäcker, damals noch regierender Bürgermeister von Westberlin, meine Freilassung im September erwirkte. Es gab also, würde ich sagen, ein etwas arbeitsteiliges Wirken dieser beiden Bezüge, der kirchlichen und der außerkirchlichen. Die Kontakte zur Kirchenleitung selbst waren viel spannungsreicher. Das wurde aber heute schon mehrfach gesagt. Deswegen habe ich mich auch nicht so wohl gefühlt im Vertrauen zu Kirchenleitungen, daß sie die Notbremse zog oder die Feuerwehr spielte, wie Curt Stauss es ja vorhin sagte. Feuerwehractionen kamen auch eher von Gruppen. Das war auch bei meiner Verhaftung so. Manfred Stolpe behauptet zwar, mich herausgeboxt zu haben, aber ich glaube doch, daß es die Gruppen waren, nicht die Kirchenleitung. Das ist noch nicht so restlos aufgearbeitet. Feuerwehractionen gab es auch von Gruppen, die konspirativ gearbeitet haben. Damals – 1983 war die IFM noch nicht gegründet – gehörte ich auch einer konspirativen Gruppe an, die nach außen überhaupt nicht in Erscheinung trat, jedenfalls nicht mit Namen. Die Mitglieder der Gruppe waren nicht allgemein bekannt. Aber sie haben z. B. ganz schnell organisiert, daß meine Wohnung leergeräumt wurde, und waren schneller als die Staatssicherheit. Bevor die Staatssicherheit meine Wohnung durchsuchte, auch in einer konspirativen Haussuchung, hatte bereits meine konspirative Gruppe die Wohnung leergeräumt und damit der Stasi nicht so viel Material überlassen. Diese Feuerwehraction der Gruppe war sicher wichtig, aber ich habe mich dann später doch von dieser konspirativen Gruppe gelöst, sie ist auch mehr oder weniger zerfallen, weil ich zu der Meinung kam, das hat auch die Entwicklung gezeigt, daß nur ein öffentlich wirksames Arbeiten sinnvoll ist, also nicht anonym, sondern mit Namen, ein

Arbeiten in der Öffentlichkeit und dadurch auch im Schutz der Öffentlichkeit. Vielleicht wäre noch zu sagen, daß die Feuerwehractionen von Kirchen und Gruppen auch später im Wettbewerb miteinander standen. Das hat sich z. B. in der sogenannten Schlacht um Zion gezeigt. Das war im November 1987. Da hat die Kirche natürlich versucht, Schadensbegrenzung zu leisten. Aber ehe sich die Verhandlungsführer an den Tisch gesetzt hatten, haben wir gehandelt. Wir haben sofort eine Mahnwache vor der Zionskirche organisiert, und es wurden Transparente an die Kirche gehängt. Ich glaube, auch in dem Falle waren die Gruppen, die eher außerhalb der Kirche standen, aber doch noch unter ihrem Weidendach, schneller und haben mit ihren Aktionen die Freilassung der Inhaftierten erwirkt. Das hat es an verschiedenen Stellen gegeben, einen gewissen Wettbewerb zwischen Kirche und den Gruppen, wer politisch wirksamer ist, wer Veränderungen bewirken kann, wer den Staat zu etwas zwingen, ihn zumindest zum Einlenken bewegen kann. Das war manchmal auch die Kirche. Das waren aber dann in den späten achtziger Jahren mehr und mehr die Gruppen, weil sie weniger Rücksicht nehmen mußten. Sie waren zwar keine akzeptierten Verhandlungspartner, das hätte es nicht gegeben, aber sie waren eine gewichtige Größe. Die Kraft, die manchmal von den Gruppen ausgegangen ist, also auch diese großen Mahnwachen und Friedensgebete im Februar 1988, hat den Staat, denke ich, oftmals mehr beeindruckt als die Verhandlungsführer der kirchlichen Seite.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Vielen Dank. Herr Pfarrer Hilse ist langjähriger Gemeindepfarrer einer Gemeinde in Ostberlin, in Berlin-Treptow. In Ihrer Gemeinde haben sich sehr viele Aktivitäten abgespielt, die Sie keineswegs nur von außen gesehen haben, sondern an denen Sie selbst teilgenommen haben und als Motor gewirkt haben. Man ist als Gemeindepfarrer in einer besonderen Situation. Man ist einerseits nicht Kirchenleitung, hat das also so unmittelbar dem Staat gegenüber nicht zu vertreten, andererseits doch Teil der offiziellen Kirche. Man wird identifiziert mit der Gemeinde als solche, ist also ein Bindeglied. Gestern wurde von der pluralen Verfassung der Kirche gesprochen. Als Gemeindepfarrer hatte man diese Pluralität in der einzelnen Gemeinde sozusagen zu garantieren. Das hat zu besonderen Spannungsverhältnissen geführt, die ja vor dem Hintergrund der Situation, die wir in der DDR hatten, ausgesprochen interessante Ergebnisse hatte. Wie haben Sie das erlebt?

Pfarrer Werner Hilse: Gemeindepfarrer bin ich in Berlin-Treptow. Die Beobachtung oder Bearbeitung, wie man im Stasi-Jargon sagte, fand einen Höhepunkt, als die sogenannten „Üse“, wie sie im offiziellen Sprachgebrauch des Staatssicherheitsdienstes hießen, nämlich die Übersiedlungersuchenden, in die Treptower Kirche kamen. Das war eigentlich die Tabuarbeit in der DDR. Von den Beziehungsängsten zu den Gruppen ist gesprochen worden. Die Kontakte, die wir versucht haben, scheiterten immer daran, daß gesagt wurde:

„Ihr habt keine Legitimation mehr, etwas beizutragen oder für die Situation in der DDR zu sprechen“, vielleicht war es aber auch ein Stückchen Angst, was deutlich wurde – eine doppelte Gefährdung. Im übrigen, mit der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ haben wir es mehrmals versucht. Die haben uns immer im Regen stehen lassen, obwohl Werner Fischer mehrmals gesagt hatte, daß er sich an Aktionen beteiligen würde. Aber er erschien dann eigentlich nie. Es gab also keine Zusammenarbeit. Es gab zwei Formen der Arbeit in Treptow. Die eine Form war die, die kirchlicherseits noch zugestanden wurde, das war die sogenannte Seelsorge. Es sollte Einzelseelsorge sein. Das war nicht möglich. Wir haben eine Gruppenseelsorge gehabt, das heißt, es gab eine Seelsorgegruppe. Ziel dieser Gruppe war die Stabilisierung der Menschen, um das Zerbrechen zu verhindern, und auch ein Stückchen Training, wie man sich bei Gesprächen mit dem Staatssicherheitsdienst und der Abteilung Inneres zu verhalten habe. Die Kirche hat diese Arbeit bejaht. Der Staat hat es mir sehr übelgenommen, daß ich solche Menschen stabilisiere. Die zweite Form der Arbeit war unser Arbeitskreis für thematische Gottesdienste. Das war der Punkt, wo man aus dem privaten Begehren der Ausreise in die Öffentlichkeit trat. An dem Punkt gab es auch mit der Kirche Probleme, denn an dieser Stelle versuchten die Leute, die einen genehmigten Ausreisantrag hatten, auf Anregung noch einen konstruktiven Beitrag zur Veränderung zu leisten, solange sie noch in der DDR waren. Wir haben versucht, ein Netzwerk aufzubauen, das heißt, DDR-weit zu koppeln: Welche Probleme gibt es in Rostock, Görlitz, Halle, Saalfeld, Weimar, Leipzig? Das ist sehr schnell unterbunden worden. Man hat auf den Autobahnen direkt Jagd auf die Leute gemacht und sie inhaftiert. Es gibt da bewegende Protokolle. Sie sind an die Kirchenleitung gegangen. Ich weiß nicht, was inzwischen damit geschehen ist. Es hat aber auch in diesem Arbeitskreis, den ich geführt habe, drei Verhaftungen gegeben. Die Leute haben dann auch gesessen, und seltsamerweise oder bezeichnenderweise, wie Sie wollen, wurde von kirchlicher Seite die staatliche Lesung übernommen, daß es gegen die Personen und nicht gegen den Arbeitskreis gerichtet war. Ich bin bis heute der Meinung, daß es wahrscheinlich zu den Disziplinierungsmaßnahmen gehörte, die gegen mich gerichtet waren, und daß diese Leute stellvertretend für mich gesessen haben. Es gab, um nur einmal die Stimmung zu kennzeichnen, so etwas ähnliches wie eine Ausreisehymne – ein Kirchenlied, das säkularisiert wurde, dieses Lied „Herr wir stehen Hand in Hand, wandere nach dem Vaterland“.

(Heiterkeit)

Das war ungefähr diese Gruppe. Dann gab es noch eine andere Gruppe in der Treptower Gemeinde. Das war die homosexuelle Selbsthilfegruppe, seit 1980 stark emanzipatorisch, die wir auch gegen oder ohne Zustimmung der Kirchenleitung hatten. Später sind wir zu einer Gemeinde gemacht worden, die an dieser Stelle ein Stückchen experimentieren durfte. Die dritte Form

der Arbeit, die ausschließlich Ost und West betraf, hing mit meiner anderen Funktion zusammen. Ich war lange Zeit Geschäftsführer der Männerarbeit des Bundes. Da wurden Seminare durchgeführt, um die Klammer zwischen Ost und West zu halten. Und da haben Westbesucher hautnah erlebt, wie man beschattet wird, mit Nachgehen usw. Wie würde ich die Sache jetzt beurteilen? Die Beurteilung von seiten des Staatssicherheitsdienstes war klar. Ich wurde als Feind der DDR eingestuft. In kirchlichen Kreisen kam es zu der Verdächtigung: „Der Hilse will auch nur in den Westen, deswegen macht er die Arbeit.“ Es war sehr schwierig zu sagen: Es geht um die Motivation, es geht um Menschen, es geht um ihre Unantastbarkeit, ihre Würde und ihre Freiheit. Daß dieses als Arbeits- und als Handlungsmotiv zugestanden wurde, war sehr schwierig. Bis auf ein ganz konkretes Verbot einer größeren Veranstaltung und Ablehnung jeglichen Rechtsbeistandes – übrigens zwei Tage vor Durchführung dieser Veranstaltung, die dann doch stattgefunden hat – gab es sonst kein direktes Eingreifen und keine direkten Verbote der Kirche. Es wurde alles, was diese Arbeit betraf, auf die Verantwortung des Gemeindegemeinderates delegiert. Wie ich aus meinen Stasi-Akten indessen mitbekommen habe, wurde auf diese Art und Weise versucht, dem Hilse ein bißchen den Boden zu entziehen. Wenn sich keine Mehrheit mehr für ihn im Gemeindegemeinderat findet, dann können wir eingreifen, eher nicht. Es ist nicht dazu gekommen. Ich sage jetzt schade, es hätte mich interessiert, was passiert wäre, wenn ich dennoch weitergemacht hätte. Es gab ein zweites konkretes Verbot an dieser Stelle. In Treptow sind sehr viele illegale Zeitungen gedruckt worden, unter anderem „Die Arche“ oder „Kontext“, auch die Geschichte mit „Pflugbeil“ ist bei uns gemacht worden. Das war möglich, weil ich als Geschäftsführer des Bundes über die technischen Möglichkeiten verfügte. Dann wurde mir vom Sekretär des Bundes untersagt, diese technischen Möglichkeiten zu nutzen, um weiterhin Gruppenarbeit zu fördern und zu unterstützen. Es wurde aber trotzdem weitergemacht, davon abgesehen. Ziel, auch im Gemeindegemeinderat, war eigentlich, eine sogenannte Zensur einzuführen, das heißt, daß wir es bei den Veranstaltungen, die wir planten, so wie die Friedenswerkstatt machen, also die Texte vorher vorlegen sollten. Das haben wir nicht mitgemacht, das haben wir strikt abgelehnt. Sehr großen Ärger erregte bei den Kritikern immer wieder, daß in unseren Veranstaltungen ein großer Raum zu sogenannten spontanen Fürbitten gelassen wurde, weil die Angst vorhanden war, es könnte einer aufstehen und im Blick auf unsere Regierung sagen: „Herr, erlöse uns von diesem Übel.“

(Heiterkeit)

Es wurde auch gefragt, wie die Einstellung zum Kirchenvolk war. Was das Kirchenvolk betrifft, muß ich sagen, daß es sich sehr bald, als die Gruppen auftauchten und die Gemeinde überfremdeten – es ist in den Protokollen immer von Kirchenbesetzungen die Rede –, zurückzog. Das

war auch genau der Ansatzpunkt, um Differenzierungen in der Gemeinde durch die IM herbeizuführen und über die Kirchenleitung zu versuchen, den Hilse in der Gemeinde zu isolieren und ihm damit das Hinterland zu entziehen. Nach dieser ganzen Gruppenarbeit – nach 1989 – kam die normale Gemeinde wieder zum Vorschein und es geschah das, was schon gesagt wurde: Es wurde bei der Arbeit angeknüpft, als ob nichts passiert wäre. Auch jetzt, wo wir ein Stückchen Aufarbeitung der Vergangenheit versucht haben und einen Gesprächszyklus mit Stasi-Offizieren und unserem Bezirksbürgermeister hatten, ist dieser öffentliche Gesprächsgang abgelehnt worden – keine Öffentlichkeit. Sie ist auch an dieser Stelle wieder abgelehnt worden. (Zwischenruf: Von wem?) Von Gemeindegliedern. Es ist auch da wieder zu so einem Stückchen Diffamierung gekommen, indem gesagt wurde: Jetzt bastelt er noch an seinem Heiligenschein. Was ich vielleicht noch bemerken möchte, ist dieses, daß es bei den Verhaftungen keinen Einsatz zur Freilassung gegeben hat. Es wurde den Angehörigen gesagt: Wenn sie in die DDR entlassen werden, wollen wir uns einsetzen. Aber das war bei Antragstellern ja nicht der Fall. Das hat uns sehr belastet und sehr enttäuscht. Was die Frage mit „Einheit Deutschland“ betrifft, da kann ich eigentlich nur darauf hinweisen, daß wir drei Tage nach der Grenzöffnung im November 1989 eine Veranstaltung hatten über „Einheit Deutschland“, wo alle anwesenden Journalisten wie auch Gruppenvertreter sich einig waren: Auf keinen Fall die Einheit, obwohl sie schon längst vollzogen war in diesem Augenblick. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Ja, Propst Heino Falcke, auf Sie ist schon hingewiesen worden als einer der wichtigen Motoren des konziliaren Prozesses, aber Ihre Aktivitäten beginnen weit früher, sie beginnen bereits in den siebziger Jahren. Sie reichen auch zurück in die achtziger Jahre und hängen mit dem Versuch zusammen, den Sozialismus auszutesten auf seine Reformierbarkeit hin – „veränderlicher Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Sie haben den Weg der Gruppen solidarisch begleitet. Sie haben ihn versucht anzustoßen. Herr Hilse hat eben ein wenig das Bedauern darüber anklingen lassen, daß die Gruppen sich gelöst haben, obwohl sie ein integraler Bestandteil doch der Gemeindegarbeit waren. Herr Weißhuhn meinte, es sei der Kirche passiert, was an Oppositionsbewegung innerhalb der Kirche stattgefunden habe. Sehen Sie das ähnlich?

Propst D. Heino Falcke: Ich kann daran unmittelbar anknüpfen, Herr Hilsberg. Ich möchte vielleicht drei Punkte benennen. Mein erster Punkt ist genau, die Spannung zwischen den gesellschaftlich engagierten Gruppen und der Kirche in ihrer Intensität und Unauflöslichkeit noch einmal deutlich zu machen. Es ist ja schon gesagt worden: Das Neue dieser Gruppen war, daß sie nicht aus der Kirche, etwa aus ihren missionarischen Bemühungen

in die Gesellschaft hineinzuwirken, hervorgegangen sind, sondern daß sie gesellschaftlich verursachte Gruppen waren, die auf die Kirche zugekommen sind. Sie waren Indikatoren und Seismographen der inneren Widersprüche und der Krise der Industriegesellschaft, aber auch der bestimmten Konturen und Widersprüche der DDR-Gesellschaft. Sie kamen als schon organisierte Gruppen an die Kirche heran. Sie hatten meist schon ihre eigene Leitung und waren schwer in die traditionellen Formen von Kirche integrierbar. Gleichwohl ging der Anspruch dieser von außen kommenden Gruppen ins Zentrum des Zeugnisses der Kirche. Ehrhart Neubert hat schon in den achtziger Jahren deutlich gemacht, daß hinter den Gruppenzielen „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“ religiöse Motivationen stehen oder daß diese politischen Ziele religiöse Implikationen haben, Heilshoffnungen politisch formulieren. Man kann es an den Papieren der Gruppen nachweisen, daß sie die Kirche auch im einzelnen buchstäblich beim Wort nahmen. Curt Stauss hat diesen Vorgang in Meiningen erwähnt. Bei diesem Friedenstag in Meiningen – es war übrigens 1984 im September – hat Michael Beileites mit einer kleinen Gruppe einen Text gemacht, der im wesentlichen aus Zitaten von Synodenbeschlüssen des Bundes bestand, also Eintreten für gemeinsame Sicherheit, Eintreten für das Konzept des Gradualismus, es wäre noch fortzusetzen. Dasselbe gilt natürlich für die Umweltgruppen, das muß ich korrigierend zu Frau Schmoll sagen, die leider nicht mehr da ist. Die Umweltproblematik ist Anfang der siebziger Jahre ganz deutlich in den Kirchen des Bundes, in Evangelischen Akademien und natürlich dann in den Gruppen thematisiert worden. Die Berichte des „Club of Rome“ haben da sehr gewirkt, und 1974 hatten wir die erste ökumenische Konferenz über diese Fragen. Das hat sehr zurückgewirkt in die DDR. Also auch hier, auch in der Umweltfrage konnten die Gruppen die Kirche beim Wort nehmen. Dasselbe gilt natürlich für die Gerechtigkeitsfragen, wo das Eintreten gerade für die Unterdrückten und Schwachen ein Kernanliegen war. Es ist nun etwa an dem Vorgang in Meiningen zu beobachten, daß vorher eine Krisensitzung im Landeskirchenrat stattfand. Diese Aktion, dieses Wort nun öffentlich zu verlesen, und zwar parallel mit dem Friedenstreffen in Fulda, wurde unterbunden. Es wurde die Verlesung, nicht nur der Besuch aus Fulda bei uns, sondern die Verlesung dieses Grußwortes untersagt. Es wurde mit einer Sperrfrist versehen und durfte erst nach Wochen, als der zeitliche Zusammenhang mit dieser Aktion nicht mehr erkennbar war, publiziert werden. Die Kirche wurde beim Wort genommen, aber dieses Wort der Kirche wurde in die Konfliktzonen der Gesellschaft hineingetragen, und es wurde so etwas wie eine Konfliktinszenierung versucht, um die Öffentlichkeit herzustellen und Veränderungsimpulse auszulösen. Es gibt dann noch ein zweites Beispiel dafür, das im Juni 1989 liegt, als die Demonstrationen gegen den Wahlbetrug erfolgten und die Konferenz der Kirchenleitungen zwar deutlich an die staatlichen Adressen gesagt hat: „Nun deckt diesen Betrug

auf“, aber sich gleichzeitig warnend äußerte per Adresse der Gruppen: keine übertriebenen Aktionen und Demonstrationen. Das war das Spannungsfeld. Von seiten der Kirchenleitungen gab es diesbez

glich durchaus unterschiedliche Haltungen. Es gab ganz sicher die Strategie der Konfliktvermeidung, aber es gab auch die Sicht, die Gründe für sich geltend machen konnte: In der Situation der DDR ist alle Veränderungsstrategie letztlich nur wirksam, wenn wir die SED verändern können; und dann war die Veränderungsstrategie der Kirchenleitung: Gesprächskontakte mit den Regierungen, Veränderung von oben nach unten. Das Wort, das immer wieder gebraucht wurde: „Die Kirche ist keine politische Opposition“, empfinde ich – empfand ich schon damals – als überaus vielschichtig. Das ist eine allgemeine Wahrheit, die natürlich stimmt. Die Kirche ist keine politische Oppositionsbewegung. Ich habe hier in Erfurt bei einer Veranstaltung nach der ersten Ökumenischen Versammlung, wo ich danach gefragt wurde, ob die Kirche nun Opposition werden will, geantwortet: Die Kirche kann nicht Opposition sein. Das würde bedeuten, sie müßte die politische Macht anstreben. Aber sie kann sehr wohl, und das gehört zu ihrem Auftrag, in konkreten Situationen Opposition machen. Da sah ich durchaus einen Auftrag der Kirche, der aber in der Kirche keine Mehrheit fand. Soviel zum ersten Punkt.

Mein zweiter Punkt zu Rudi Pahnke: „Die Spaltung der Kirche im Verhältnis zu den Gruppen“. Er hat von einer Spaltung der Kirche gesprochen, und Bruder Stauss hat davon gesprochen, daß die Gruppen sich an die Kirche gewandt haben, weil sie Erfahrung im Umgang mit Gruppen hat. Ich sehe das nicht ganz so optimistisch. Die Kirche hatte mit dieser Art Gruppen, mit denen wir es hier zu tun hatten, keine Erfahrung. Sie hat ihren Umgang mit Gruppen doch weithin integralistisch strukturiert. Auch die landeskirchliche Gemeinschaft war eine in die Kirche integrierte Struktur. Der Versuch, die Gruppen in die Kirche zu integrieren, der auch durch ein Papier der berlin-brandenburgischen Kirchenleitung gemacht wurde, die Gruppen an die Gemeindekirchenräte anzubinden, an diese Leitungsstrukturen der Kirche anzubinden, hatte als Gegenpol die Ausgrenzung der Gruppen. Inzwischen wissen wir auch, daß die Stasi eine ähnliche Strategie verfolgte, entweder Theologisierung der Gruppen, also deren Integration und Disziplinierung durch die Kirche oder Ausgrenzung. Gysi hat das auch einmal sehr bündig gesagt: „Entweder ihr nehmt die an die Leine oder ihr laßt sie los.“ (Zwischenruf: Gysi senior.) Ja, natürlich. Die Kirche hatte Schwierigkeiten mit dem innerkirchlichen Pluralismus. Hier, Angelika Schön, würde ich auch mit Dir sagen: Hier hat die Kirche Lernbedarf. Die Struktur und Organisation der Kirche ist sozusagen monozentrisch. Von einer Mitte aus wird das kirchliche Leben organisiert und auch die kirchliche Identität besorgt. Wir standen vor der Herausforderung, ein Kirchenmodell zu entwickeln, das plurizentrisch ist, das nicht mehr hierarchisch und von einem Zentrum aus integrierbar ist, sondern nur noch synodal oder – wie wir, belehrt von der ökumenischen Bewegung, gern gesagt haben – konziliar zusammenzuhalten ist. Der bemerkenswerteste Versuch in dieser Richtung war die Ökumenische Versammlung. Dies war ein Modell von Kircheneinheit, das neu war. Es umfaßte die Gruppen, es umfaßte wirklich die Basis, die verfaßten Kirchen und die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen. Die

ökumenische Bewegung fing an mit einer großen Basisbefragung, mit einem Aufruf. Die Thematik der ökumenischen Bewegung wurde mitbestimmt durch Gemeindegruppen, Gruppen, einzelne aus der Basis, die berühmten 11.000 bis 12.000 Zuschriften, die da kamen, und auch durch den Ansatz der Gruppen, ausgehend nämlich von der Betroffenheit. Die gesellschaftliche Realität wurde in der Ökumenischen Versammlung aufgenommen, wir hatten einen kontextuellen Ansatz, wir begannen mit den berühmten Zeugnissen der Betroffenheit. Das löste dann den größten Widerstand beim Staat aus. Die Kirchenpresse, die darüber berichtete, Gottfried Müller, der frühere Redakteur von „Glaube und Heimat“ ist anwesend, wurde verboten. Gegen mich wurde hier eine Kampagne vom SED-Chef des Bezirkes Erfurt ausgelöst, die bis in die Einwohnerversammlungen ging und die mich als Staatsfeind bezeichnete. Es war äußerste Konfrontation. Aber worum es mir in diesem Zusammenhang geht, ist: Es war ein neuer, ein konziliarer Versuch, Gruppen und Kirche zusammenzubinden. Und in der Richtung, finde ich, sollte es auch weitergehen.

Mein dritter Punkt ist „Die Funktion der Gruppen in der Gesellschaft“. Das ist innerhalb der Gruppen auch sehr umstritten gewesen: Basisdemokratische Opposition oder wirklich Veränderung der Gesellschaft durch Aufbau politischer Strukturen, oppositioneller Strukturen? Durch die Gorbatschow-Politik, die Perestroika-Politik seit 1985, bekam die gesellschaftliche Funktion der Gruppen einen enormen Schub. Es wurde zum ersten Mal auch realpolitisch erhoffbar, daß so etwas wie eine Veränderung des Sozialismus wirklich möglich sei, zugleich aber wuchs das Konfliktpotential durch die Verhärtung des DDR-Sozialismus gegen jede Perestroika. Es gab basisdemokratische Hemmungen und Blockaden in den Gruppen, sich wirklich als politisch relevante Opposition in der DDR zu formieren. Einige Gruppenvertreter haben dann die Parteien gegründet – 1989. Es gab eine sehr wichtige Konsultation der Gruppen im Juni 1989 bei der Studienabteilung des Bundes. Dort wurde zum ersten Mal durch Bärbel Boley, Edelbert Richter und andere deutlich artikuliert, daß jetzt die Gruppen aus der Kirche herausgehen müssen, um sich im politischen Raum politisch zu formieren. Es kam dann das Neue Forum, es kam der Demokratische Aufbruch, es kam Demokratie Jetzt. Dies geschah in den Gruppen, die so etwas wie ein Keim einer pluralistischen Zivilgesellschaft in der DDR waren. Diese Parteigründungen lagen in den Gruppen, aber es gab auch deutliche basisdemokratische Blockaden und Hemmungen dagegen, Spontaneität, die sich nicht institutionalisieren wollte usw. Soviel zu meinen drei Punkten.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Bischof Dr. Demke, Sie sind Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, waren es vor 1989, sind es immer noch. Sie haben Ihr Amt zu einer Zeit bekleidet, als die Gruppen kulminiert sind.

Propst Falcke hat davon gesprochen, daß die Kirche Schwierigkeiten mit ihrem Pluralismus hatte. Er hat auch davon gesprochen, daß die Gruppen eigentlich einen politischen Ansatz hatten. Sie haben in einer besonderen Konfliktlinie an einer besonderen Stelle gestanden. Wenn ich es einmal provokant ausdrücken darf: Sind Sie sich manchmal ungerecht geprügelt vorgekommen?

Bischof Dr. Christoph Demke: Daß es eine Fülle von Mißverständnissen gegeben hat, die schmerzlich von mir erlebt worden sind, ist richtig. Ungerecht geprügelt wird man in jedem Leitungsamt, das ist in jeder Situation so, und das hat mit der DDR nichts zu tun. Das hängt mit der Leitung, den Verantwortungen und damit, Entscheidungen im Blick auf andere Menschen treffen zu müssen, zusammen. Die Kirchenleitungen sind in dieser ganzen Frage des Umgangs, des Sich-Verhaltens zu den Gruppen nicht einheitlich gewesen. Sowohl innerhalb der Leitungen der verschiedenen Gliedkirchen des Bundes als auch innerhalb der einzelnen Kirchleitungen, z. B. der in Magdeburg, der auch Propst Falcke angehörte, gab es Unterschiede. Insofern würde ich sagen: Pluralismus gibt es in der Kirche eine ganze Menge. Es ist schwer, und es ist auch heute noch schwer, und ich habe den Eindruck, auch in der alten Bundesrepublik ist es für die Kirchen schwer, das Phänomen des Pluralismus wirklich zu akzeptieren. Das besondere dieser Gruppen, denke ich, war nicht einfach nur der Pluralismus, sondern es war dieses basisdemokratische Moment, mit dem die Kirchenleitungen oder ich, wir, nicht zurechtkamen. Wie verhält sich das Moment der Spontanität zu den gegebenen Strukturen? Da hatten wir Schwierigkeiten wie andere große Organisationen auch. Ich habe mir überlegt, was ich nun sagen soll. Die Kirchenleitungen haben sich unterschiedlich verhalten, sie waren sehr unterschiedlich betroffen. Berlin-Brandenburg mit dem Wasserkopf Berlin z. B. am allermeisten, Görlitz oder Greifswald hatten weniger damit zu tun, Mecklenburg auch, Schwerpunkte waren dann wieder Thüringen und Sachsen, die Kirchenprovinz. Sie waren unterschiedlich betroffen, sie haben sich auch unterschiedlich verhalten. Ich denke, es gibt aber doch Fragestellungen, die alle Kirchenleitungen in gleicher Weise beschäftigt haben, auch wenn sie unterschiedlich darauf geantwortet haben. Deswegen, dachte ich, ist es vielleicht das beste, ich nenne solche Fragestellungen, die uns beschäftigt haben. Da wäre als erster Komplex, als erstes Spannungsfeld, die Frage nach der kirchlichen bzw. christlichen Identität. Die hat eine Rolle gespielt, und zwar anfänglich, als das alles noch nicht so gespannt war, in einer doppelten Richtung: Nicht nur als Kontrollfrage der Kirchenleitungen, sondern, wie schon erläutert, als Anfrage vieler Gruppen an die Kirche. Das ist durchaus von den Kirchenleitungen, soweit ich das beurteilen kann und soweit sich das in den Papieren niederschlägt, auch so erlebt worden. Das sind eigentlich unsere Aufgaben, und wir werden gefragt: Wenn ihr Kirche für andere sein wollt, dann muß das, was wir in dieser oder jener Gruppe so engagiert zu

unserer Sache gemacht haben, doch eure, der gesamten Kirche Sache sein, wenn ihr euch denn „Kirche“ nennt. Oder seid ihr gar nicht mehr Kirche? Die Identitätsfrage in dieser Richtung war eine Frage, die man sich nicht immer so leicht gefallen läßt. In der anderen Richtung hat sie sich mehr aufgefächert. Da würde ich folgende Facetten nennen:

1. Was sind denn das für Gruppen, wie sind die zusammengesetzt, und wie sind die entstanden? Ist das, was in diesen Gruppen geschieht, eigentlich Kirche? Kommen da nicht Leute von ganz außen, die die Kirche instrumentalisieren wollen? Die Identitätsfrage ist hier aufgehängt an der Frage nach Zusammensetzung und Herkunft der Gruppen.
2. Ein weiterer Aspekt unter der Identitätsfrage war die Frage nach dem Lebens- und Arbeitsstil der Gruppen, insbesondere bei den sozialdiakonischen Gruppen. Eine Frage, die insbesondere von den Gemeindeleitungen immer gestellt wurde: Kann man sich so benehmen, wie die sich benehmen, wenn das doch eine kirchliche Gemeindegruppe sein soll?

Eine weitere Facette für die Identitätsfrage ist dann die Frage nach der Thematik: Ist das Anliegen, das, wofür die sich engagieren, wirklich ein kirchliches Thema? Das ging eigentlich bei allen gesamtgesellschaftlich orientierten kritischen Fragen, wie die Frage nach Umwelt, Gerechtigkeit, Frieden – bei der Frage der Menschenrechte wurde es schon ein bißchen wackliger – klar. Bei den emanzipatorischen Gruppen Lesben, Schwulen waren die Identitätsfragen, ob das eigentlich ein Thema ist, das die Kirche angeht, schneller vorhanden. Bei den generell gesellschaftskritischen Themen stellte sich nicht die Frage: Ist das ein Thema, sondern: Wie weit, in welcher politischen Konkretion darf das eigentlich ein Thema in der Kirche sein? Wenn das so konkret politisch betrieben wird, wie das dort in Gruppen zum Teil betrieben wird, dann überschreitet die Kirche ihr Mandat. Das war zum Beispiel eine Reaktion darauf. Es wurde dann die Frage gestellt, ob das dann noch als kirchliches Leben oder als kirchliche Aktivität gelten kann.

4. Schließlich zur Identitätsfrage noch die Facette der formellen Legitimation. Wer spricht denn nun für die Kirche, wer kann erwarten oder gar in Anspruch nehmen, daß andere Glieder der Kirche diese Aussagen und dieses Verhalten mittragen und sich zu eigen machen? Da gab es nicht nur Kirchenleitungen, sondern es gab Synoden, gewählte Gemeindekirchenräte, es gibt gewählte Körperschaften in der Kirche. Wie verhalten sich die Gruppen zu den gewählten Körperschaften?

Das zweite wäre die Frage „Kirche und Öffentlichkeit“. Da ist einmal die Frage der Vervielfältigungsmöglichkeiten, wo es auch ständig Konflikte gegeben hat. Die Kirchenleitungen mußten den erkämpften Betätigungsraum auf diesem Gebiet verteidigen, denke ich. Das ist alles sehr kompliziert zu erläutern, aber diese Produkte, die da vervielfältigt wurden, hatten alle den schönen

Satz „nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“. Das war sozusagen das Genehmigungsmerkmal. Das wurde aber von den Kirchenleitungen in unterschiedlicher Weise praktiziert. Man sagte: Was die Kirche für ihren Dienst braucht, kann allein die Kirche entscheiden. Insofern heißt erst einmal „für innerkirchlichen Dienstgebrauch“, daß die Kirche darüber entscheidet, was sie für ihren Dienst braucht. Zweitens entscheidet die Kirche auch darüber, wer das alles im Sinne des kirchlichen Dienstes bekommen soll, also keine Festlegung auf Kirchenmitglieder, keine Festlegung auf bestimmte inhaltliche Themen und dergleichen. Dies ließ sich nur halten, indem die Kirchenleitungen gegenüber dem Staat die Auffassung vertraten, daß das, was dort vervielfältigt wird, die Kirchenleitungen als Verantwortungsträger in der Hand haben. An dieser Aussage „die Kirchenleitungen haben das in der Hand“ hing die Verteidigung zu sagen: Wir allein entscheiden, was darüber läuft, und der Staat hat darüber nicht zu befinden. Das ergänzte sich. Zweiter Punkt „Kirche und Öffentlichkeit“ ist der Umgang mit den Medien, und das hieß vor allem oder eigentlich nur: Umgang mit den ausländischen Korrespondenten. Ich habe die Situation so erlebt: Die Kirchenleitungen hatten sich in den Jahren nach der Gründung des Kirchenbundes entschieden zu sagen: „Wir haben uns entschlossen, das Gespräch über die Fragen, die hier nicht nur kritisch besprochen, sondern dann schließlich auch verändert werden müssen, mit dem Staat oder gesellschaftlichen Organisationen direkt zu suchen“, und sie haben deswegen zunehmend darauf verzichtet, westliche Medien als Machtverstärker einzusetzen. Das war eine Entscheidung, die ich jedenfalls so nirgends gelesen habe, aber die ich so kennengelernt habe, als ich in das kirchenleitende Geschäft kam. Manche Gruppen, Mitarbeiter haben zunehmend auch westliche Medien als Mittel für die Gestaltung der Verhältnisse in der DDR einsetzen wollen – hier gab es eine unterschiedliche Auffassung –, und zwar auch, um Gespräche zu erzwingen. Für dieses Verhalten, für dieses Vorgehen sprach die Erfahrung, daß Druck nicht nur Gegendruck erzeugte – das war immer die Sorge der Kirchenleitungen, wenn ich mich richtig erinnere –, sondern daß Nachdruck höhere Bereitschaft erzeugen kann. Von dieser Erfahrung ging man stärker in den Gruppen aus, wobei ich sagen möchte, daß in den Kirchenleitungen, in denen ich mitgewirkt habe, also der provinzialkirchlichen Ebene, der Berliner Bundesebene und der Ebene der EKU, eigentlich deutlich war: Wenn Gruppen oder Gemeindekreise nicht deutlich entschlossen sind, dann können wir als Kirchenleitungsleute soviel mit Staatsvertretern reden, wie wir wollen, es wird nichts nützen, sondern das, was wir reden, bekommt seinen Nachdruck eben durch das, was in den Gemeinden vorhanden ist. Das haben wir ganz genau erlebt. Wenn man etwas ansprach, wo das staatliche Gegenüber sich längst überzeugt hatte, daß in den Gemeinden eigentlich kaum jemand diese Meinung teilte, dann konnte man viel reden. Wenn man aber auf staatlicher Seite das Gefühl hatte, da steckt etwas dahinter, dann achtet man das. Ich erinnere mich, daß ich ein einziges Mal an das Mithören

des Staatssicherheitsdienstes während einer Kirchenleitungssitzung gedacht habe, nämlich als etwas aus den Gemeinden berichtet wurde, was dringend den Widerspruch der Kirche erfordert. Es gab aber keine Resonanz in der Kirchenleitung darauf. Es war nur der Vorsitzende, der etwas hätte sagen können. Man mußte verhandeln, damit es eine Resonanz in der Kirchenleitung gab, damit das mitgehört wurde, damit derjenige, der die Gespräche führte, wenn er dahin ging, etwas zu sagen hatte. Insofern gab es da durchaus ein Empfinden. Ohne solche kritischen Aktivitäten ist das Reden auch ziemlich zwecklos.

Ein dritter Konflikt innerhalb des Spannungsbereiches ist die Verfahrensweise. Ich muß auch sagen, ich habe es auch in einem meiner Kirchenleitungsberichte gesagt, daß ich den Gesichtspunkt der Konfliktinszenierung für ein wesentliches Moment halte, wenn man einen Lernprozeß in Gang bringen will. Besonders wichtig war das in der DDR-Gesellschaft, da sie so, wie sie verfaßt war, Streit eigentlich nicht zuließ. Ich habe diesen Gesichtspunkt nicht akzeptiert in der Zeit der DDR und mir eigentlich erst im nachhinein klargemacht, wie wichtig er ist. Dann kommt natürlich auch die Frage, wie er heute zu praktizieren ist. Daß Streit etwas positives, förderliches, klärendes haben soll, ist in den Kirchenleitungen, soweit ich das sehe, nicht akzeptiert worden. Es gab generell eine Tendenz der Streitvermeidung, nicht aus Rücksicht auf den Staat, sondern aus gegenseitiger Rücksichtnahme. Man sagte sich: Kinder, wir haben es doch so schwer, also im Wesentlichen sind wir uns einig, mit diesem oder jenem hätte ich zwar einen ganz kräftigen sachlichen Dissens auszufechten, aber das lassen wir jetzt, wir haben anderes zu tun. Diese Tendenz zur Streitvermeidung, zur gegenseitigen Schonung und deswegen zur Verunklärung von Positionen war in der DDR über die Kirchen weit hinaus bis in die Partei hinein gang und gäbe. Dazu kam noch, daß Kirchen traditionell von ihrer Herkunft mehr auf Zusammenhüten als auf Differenzierung aus sind. Dagegen haben die Gruppen bewußt einen anderen Weg eingeschlagen. Ich muß von mir sagen, daß ich die Bedeutung dieses Weges nicht erkannt habe. Zur Verfahrensweise gehört die Frage: Protestation des Unrechts oder Verwandlung, hoffnungsvolle Verwandlung, hoffnungsvolle Überwindung des Unrechts? Mit dieser Frage hängt das ganze Problem „Einzelfalllösung oder politische Lösung“ zusammen. Für die Kirchenleitungen ist generell, denke ich, zu sagen: Einzelfalllösung. Einzelfalllösung in dem Sinne, daß man sagt: Wir können als Kirchenleitungen nicht geschehenes Unrecht zu politischen Zwecken nutzen, weil wir nämlich dann die Menschen instrumentalisieren. Das bringt dann die Schwierigkeit mit sich, wie man solche Einzellösungen mit der Grundsatzauseinandersetzung koppeln kann, ohne sich gleichzeitig das Brett für die Einzellösung wegzuziehen. In dieser Frage der Einzelfalllösung und der grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung war auch ein wichtiges Spannungsfeld zwischen den meisten Gruppen und der Kirche.

Ich möchte als letztes noch sagen: Es gab in den Gruppen mehr politische und Systemanalyse als in den Kirchenleitungen. Ein Defizit der Kirchenleitungen nicht nur in der DDR, sondern überhaupt, ist, daß die politische Situation als solche nicht eigens thematisiert wird, sondern eigentlich jeder der kirchenleitenden Damen und Herren im Hinterkopf irgendeine Meinung von der politischen Lage hat, die nicht richtig deutlich wird. An dieser Stelle habe ich jedenfalls nur erlebt, daß man gegenseitig Vermutungen hatte, der denkt wohl so und jener denkt wohl mehr so, aber eine politische Analyse als solche habe ich in den Kirchenleitungen nicht erlebt. An der Stelle war die Situation so, daß das stärker in den Gruppen betrieben wurde, freilich stärker als Systemanalyse, als die Analyse der konkreten politischen Konstellation, und von da aus haben die Gruppen wahrscheinlich von vornherein die kritische Frage gehabt, ob die Kirchenleitungen mit ihrer Art des Verhaltens in diesem Staat nicht einer falschen, träumerischen politischen Einschätzung auf Veränderbarkeit nachlaufen. Über diese Frage ist es nur am Rande, nach meiner Kenntnis, wirklich zu Gesprächen gekommen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Vielen Dank. Jetzt gibt es eine Rückfrage von Angelika Schön.

Angelika Schön: Noch einmal zur Verdeutlichung und dann zwei Rückfragen. Herr Demke, Sie haben gesagt, daß die Kirchenleitungen dem Staat gegenüber immer nur Probleme vertreten wollten, wenn sie auch an der Gemeindebasis aufgeworfen worden waren. Ich kann mich erinnern, daß an so einer Stelle dann einmal ein ganz anderes Problem auftauchte, nämlich 1986 bei „Frieden konkret“ in Stendal. Da haben wir das erste Mal gesagt: Nein, wir benutzen die Kirchenleitungen nicht mehr als Briefträger für unsere Eingaben. Wir können die Eingaben auch selber schicken. Die Adressen dafür bekommen wir auch selber heraus. Darüber waren die Kirchenleitungen überhaupt nicht begeistert. Es ging hauptsächlich darum, daß sie gesagt haben: Ihr begeben euch da auf Glatteis, das ist gefährlich. An einer anderen Stelle waren sie auch noch getroffen, weil wir gesagt haben: Euren Einsatz dafür möchten wir natürlich nicht missen, ihr sollt das dort vorbringen, wo ihr könnt, aber wir können das außerdem auch allein. Das war das eigentliche Problem – ein Jahr später in Leipzig 1987 war das gar kein Problem mehr, da haben wir alles selber gemacht.

Sie haben gesagt, Herr Demke, die Kirche hätte dieselben Probleme mit spontaner Basis zur demokratischen Bewegung wie andere Institutionen oder Großinstitutionen auch. Ich finde, sie dürfte eigentlich nicht die gleichen Probleme damit haben, denn kreatives Infragestellen und Unordnung kommt, zumindestens nach meiner bisherigen Bibelkunde, reihenweise in der Bibel vor. Jesus ist nicht nach Jerusalem gegangen und ist entweder König oder Bettler geworden, sondern er ist in den Tempel gegangen und hat die

Tische dort umgeschmissen. Das war auch ziemlich unordentlich. Dahinter steckt ein Selbstverständnis von Gruppen, mit der Hoffnung an die Kirche heranzugehen oder überhaupt in der Kirche oder selbst Kirche zu sein, daß diese Institution gleichzeitig auch ihr eigener Widerspruch ist, weil sie nämlich gar keine Institution sein dürfte. Daß alle Formen, die unter Menschen lange Zeit lebendig bleiben möchten, auch institutionellen Rahmen annehmen, wissen wir, aber das ist immer derselbe Widerspruch. Gruppen haben Kirche immer da ernst genommen, wo sie ihre eigene Veränderbarkeit deutlich gemacht hat. Wir sind davon ausgegangen oder haben die Hoffnung gehabt, daß gerade protestantische Kirche ihre eigene Infragestellung immer wieder vom Evangelium her vollzieht. Wo das nicht passiert ist, haben wir die Kirche überhaupt nicht mehr verstanden.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Weißhuhn bitte.

Reinhard Weißhuhn: Ich wollte noch eine Bemerkung anhängen. Mir ist aufgefallen, daß die Kirche unter dem Stichwort „politische Diakonie“ eine Vorstellung entwickelt zu haben scheint, die eigentlich sie als den Akteur darstellt und die Gruppen nur als eine Art Vorverstärker, allenfalls Rohformulierer. Die Kirche als Institution hat immer versucht, das entweder zu vereinnahmen und dann schön in Watte verpackt zu transportieren und diesen Anspruch auch erhoben, oder aber sie konnte sich damit nicht anfreunden und hat das abzustoßen versucht. Bei der Gruppe, in der ich war, war das relativ einfach, weil dieser Zusammenhang gar nicht beansprucht wurde und damit eine gewisse Vorabentlastung eingetreten ist. Das ist auch ganz hilfreich gewesen, hat aber letzten Endes in der Praxis auch nicht allzuviel genutzt. Diese Vereinnahmungsversuche von etwas, was sie gar nicht verstand, wie ich behaupte, konnten nicht gutgehen und mußten immer wieder in Konfrontationen münden. Ich will nur auf das verweisen, was ich eingangs auch schon thematisiert hatte.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir kommen zur Fragerunde. Der erste, der sich gemeldet hat, ist Gert Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich möchte gern noch einmal einen Gedanken aufnehmen und an die Podiumsrunde weitergeben, den Ehrhart Neubert gestern genannt hat. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, dann ging es ihm auch darum, nicht nur bei der Institution Kirche, sondern auch im sinnhaften Zentrum ihres Wirkens zu erkennen, daß es dort im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre auch eine Destruktion der Sinnzusammenhänge gegeben haben könnte. Ich möchte rückfragen, ob nicht gerade die Gruppen, die von innen, unten und auch von außen gerade diese sinnhaften Fragen gestellt haben, nicht eher zur Lebendigkeit der Kirche sehr viel mehr beigetragen haben als die Form der Kirche und die Institution selbst. Ich frage das deswegen, weil zumindest im ökumenischen Dialog, beim konziliaren Prozeß die Fragestellungen aufgegriffen worden sind – zunächst sei einmal

Vancouver 1978 als Stichwort genannt –, schließlich aber dann doch über den Umweg durch die kritischen Gruppen selbst wieder in die Kirche zurückgeflossen sind, und dann die Kirche versucht hat, katalysatorisch zu wirken und einen Selbstverstärkungsprozeß in Gang zu setzen. Ich frage mich: Ist das ein bewußter Prozeß gewesen, wußte man, daß es ein Doppelspiel gibt zwischen Katalysator und zugleich auch Verstärkung? Wenn das aber ein bewußter Prozeß gewesen wäre und nicht der Versuch abzuschotten, abzubremsten oder, wie Herr Weißhuhn eben gesagt hat, in Watte zu packen, wäre es dann nicht möglich gewesen, diese Gruppen noch aktiver mit einzubeziehen?

Noch eine letzte Frage möchte ich hinzufügen: Wie hat das über die Grenzen hinweg im West-Ost-Verhältnis eigentlich gewirkt? Welche Gruppen waren diejenigen, die im Netzwerk zusammengespield haben? Waren es nicht eigentlich gerade diejenigen Gruppen im Westen, die selbst die neuen sozialen Bewegungen gewesen sind, politisch zum Beispiel die Grünen, oder solche, die in der Kirche von unten in der Bundesrepublik Deutschland eine aktive Rolle gespielt haben? Waren es diese, die sich miteinander identifikatorisch verhalten haben, oder welche anderen Zusammenspiele gab es zwischen West und Ost?

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Jetzt Markus Meckel und als nächster Rainer Eppelmann.

Abg. Meckel (SPD): Als erstes einen Dank an Dr. Demke. Was er hier kritisch im Rückblick gesagt hat, ist grundlegend. Damit wurde das Verhalten von Kirche sowohl erklärt als auch kritisch betrachtet. Genau das brauchen wir heute. Zweiter Punkt: Es ist heute früh in den beiden Vorträgen deutlich von der mangelnden Öffentlichkeit und von der Suche der Gruppen danach die Rede gewesen. Hier ist dann in den einzelnen Beiträgen die wichtige Rolle des Versuchs dargestellt worden, verschiedene Blätter herauszugeben, so etwas wie den Samisdat oder Oppositionsblätter. Das hat eine ganz wesentliche Rolle gespielt und brachte immer auch Konflikte mit der Kirche, denn nur dort gab es die Technik. Manche Verbote sind von Kirchenleitungen ausgesprochen worden, ich habe auch solche Erfahrungen gemacht und mich darüber hinweggesetzt, wie andere auch. Das ist von Herrn Hilse sehr plastisch und sehr richtig dargestellt worden.

Zur Ökumenischen Versammlung: Ich bin dankbar, daß die Bedeutung der Ökumenischen Versammlung hier so klar dargestellt worden ist. Ich würde nicht ganz so weit gehen wie Curt Stauss, zu sagen, daß sie der Vorläufer des Verbotes 1989 war, aber gewiß ein wichtiger. Es hatte für uns in den achtziger Jahren bis 1988 wichtige Auswirkungen, daß der Ruf nach einem konziliaren Prozeß für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, an dem Dr. Falcke und die Delegation der DDR in besonderer Weise beteiligt waren, von diesem ökumenischen Kontext in die DDR zurückgekommen ist.

Die Kirche identifizierte sich dann mit diesen Problemstellungen – immer sehr unterschiedlich natürlich – und erkannte sie dann auch als eigenes Aufgabenfeld an. Ich kann jedenfalls sagen: 1982 ist dieses Friedensseminar, das wir jedes Jahr durchführten, noch von der Mecklenburger Kirchenleitung verboten worden. 1985/86 stand es im Kirchenleitungsbericht vor der Synode. Da gab es dann schon einen Prozeß des Aufeinanderzubewegens. Unsere politische Arbeit begann in irgendeiner Weise anerkannt zu werden. Ein anderer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, daß wir natürlich auch die große Unterschiedlichkeit der Gruppen sehen müssen. Wir waren extrem unterschiedlich, nicht erst im Herbst 1989 hat sich das herausgestellt. Es war wichtig und auch eine ständige Schwierigkeit, die Unterschiedlichkeit anzuerkennen und trotzdem zu versuchen, zu gemeinsamen Positionen zu finden. Diese verschiedenen Versuche von Vernetzungen haben eine ganz wesentliche Rolle gespielt.

Es wird immer wieder von der Bedeutung der nichtkirchlichen Gruppen gesprochen, hier insbesondere von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Gewiß waren diese nichtkirchlichen Gruppen wichtig. Andererseits muß man natürlich auch sagen, daß es kaum eine kirchliche Gruppe gab, die wie die IFM und die „Frauen für den Frieden“ in so engem und ständigem Kontakt mit Kirchenleitungen gestanden hat. So manche kirchliche Gruppe hätte es gewünscht, mit dem Bischof einmal so intensiv diskutieren zu können, wie es die außerkirchlichen Gruppen ständig taten. Ein Stück weit würde ich Heino Falcke widersprechen, wenn er sagt, daß die Gruppen von außen auf die Kirche zu kamen. Ich sehe das nicht ganz so. Viele waren Christen und haben ihre Arbeit als kirchlichen Auftrag verstanden, gewiß im Konflikt mit anderen, die meinten, der kirchliche Auftrag gehe nicht so weit. Wir haben uns als Kirche verstanden und die gesellschaftliche und geistige Arbeit als politische Dimension der Verkündigung des Evangeliums formuliert. Der Konflikt kam nicht von außen auf die Kirche, sondern entwickelte sich in der Kirche selbst. Natürlich, wie immer bei der Verkündigung des Evangeliums, vollzog sich diese Entwicklung in der konkreten gesellschaftlichen Situation und wurde durch sie herausgefordert. Daß, Herr Weißhuhn, die Mahnwachen zuerst von den Gruppen außerhalb der Kirche kamen – nach dem Anschlag auf die Umweltbibliothek und dann im Januar, die Luxemburg-Demonstration –, kann ich nicht ganz so sehen. Wenn man sieht, welche Rolle zum Beispiel das Stadtjugendpfarramt in Berlin dabei spielte und die Koordinationsgruppe von „Frieden konkret“, die in Berlin arbeitete, so zeigt dies die gute Vernetzung innerhalb dieser verschiedenen Gruppen. Ich halte es für unrichtig, immer dieses „Innerhalb“ und „Außerhalb“ der Kirche gegeneinander auszuspielen.

Und ein letztes zu dem basisdemokratischen Ansatz: Ich habe das nun eine ganze Reihe von Jahren erlebt und erlitten. Gewiß, „Dynamik“ und „Spontantität“ brauchen meiner Meinung nach alle Großinstitutionen, Kirchen

wie Parteien. Aber es muß gleichzeitig immer klar und deutlich sein, wer für wen reden kann. Allzuoft gab es unter den Gruppen die Haltung, die meint: Die Basis (die Mehrheit) bin ich! Und wenn der andere etwas sagt, dann ist es offensichtlich nicht die Basis, sondern die Institution. Daß man mit Mandaten klar umgehen muß, war mir ein zentrales Anliegen. Ich denke an die Einrichtung des Fortsetzungsausschusses von „Frieden konkret“ in Schwerin 1985, da gab es viele, die meinten: Wir wollen, daß keiner für uns sprechen kann. Jeder ist, ich hätte beinahe gesagt, sich selbst der Beste und redet für sich. Auch gemeinsame Sprecher sind von vielen abgelehnt worden. Hier hat sich ähnliches zugetragen wie bei den Grünen im schwierigen Anfang der Parteiwerdung. Es war dann später auch kaum jemand unter den Gruppen zu finden, der einer Parteigründung zustimmte. Die grundlegende Ablehnung von parlamentarischer Demokratie durch alles, was sich in der DDR Opposition nannte oder war, ist ein Punkt, den man einmal genauer untersuchen sollte. Sehr viele, mehr als bekannt, haben sich erst sehr spät im Herbst unter dem Druck der Entwicklung entschlossen, Parteien zu gründen und auch eine parlamentarische Demokratie zu akzeptieren. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Rainer Eppelmann und dann anschließend Gerd Poppe.

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Bruder Demke, ich bitte Sie, uns noch ein bißchen weiter dabei behilflich zu sein, kirchenleitendes Handeln politisch beurteilen zu können, und möchte gern noch einmal zu dem von mir vorhin angesprochenen Dreiecksverhältnis Kirchenleitung, Regierende und Gruppen in der Kirche zurückkommen. Mit Interesse habe ich Ihre Würdigung gehört, was ausländische oder westliche Presse und Medien für uns in der DDR getan haben, zumindest in den letzten Jahren nach Helsinki. Und ich vermute einmal, wir sind einer Meinung, daß die Gesellschaft der DDR eine geschlossene gewesen ist, daß eine Darstellung der DDR im Ausland hauptsächlich durch die Regierenden in der DDR und den von ihnen abhängigen Medien passierte. Ich vermute, daß wir auch da einer Meinung sind, daß es innerhalb der DDR ungeheuer schwer war, außerhalb von kirchlichen Nachrichtenkanälen relativ rasch flächendeckend informieren zu können, wenn man etwas sagen wollte, von dem man annehmen mußte, daß es im „Neuen Deutschland“ keine Verbreitung finden wird. Und zum dritten, ich vermute einmal, auch da wird es Übereinstimmung geben, daß westliche Medien und Medienvertreter auch einen gewissen Schutzfaktor hatten, wenn sie über bestimmte Dinge und bestimmte Personen berichteten. Jedenfalls habe ich auch beim letzten Punkt eine ganze Reihe von Menschen gefunden, die da ähnlicher Meinung waren wie ich. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie oft mir von kirchenleitenden Schwestern und Brüdern an der Stelle ein schlechtes Gewissen gemacht worden ist, daß das eigentlich ein Sündenfall ist, den ich da begehe. Welche Gründe, welche Motive haben bei kirchenleitenden Personen eine Rolle

gespielt, das eine zu wissen und das andere zu sagen? Von geschlossener Gesellschaft, Schutzfunktion usw. zu wissen und dennoch nachher zu sagen: Das dürft Ihr nicht machen! Mich hat das nie überzeugt. Wir lösen unsere Probleme alleine. In ganz engem Zusammenhang damit stehen die ersten Gespräche vom Herbst 1981, die Robert Havemann und Rainer Eppelmann mit Bruder Stolpe um den Berliner Appell geführt haben. Wenn ich Sie beide richtig verstanden habe, sind Sie unserem grundlegenden Anliegen gegenüber sehr aufgeschlossen gewesen, alle beide. Bei Stolpe kann ich mich noch daran erinnern, wie er gesagt hat: „Daß ist jetzt unbedingt notwendig, daß das gesagt wird.“ Ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern, ob ich Sie oder Bruder Stolpe gefragt habe, ob eine Möglichkeit bestehe, diesen Appell, wenn er dann fertig sei, innerkirchlich zu verbreiten. Weil wir ja Ihre Sorgen, was den Umgang mit Westmedien anging, sahen, haben wir gesagt: „Gut, aber nicht erst in fünf Jahren, sondern so schnell wie nur möglich wollen wir für eine DDR-weite Verbreitung sorgen.“ Das ist uns abgelehnt worden. Dann ist der Berliner Appell herausgekommen, und das, was kirchenleitende Gremien, zu denen Sie auch gehörten, als einziges offiziell zu diesem Appell gesagt haben, war: Das ist friedensgefährdend. Auch das habe ich bis heute noch nicht so richtig verstanden, was da zu diesem Gesinnungswandel geführt hat und was für Motive von kirchenleitenden Persönlichkeiten oder Gremien es gewesen sind, diesen Appell dann im Februar 1982 als „friedensgefährdend“ zu bezeichnen.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Gerd Poppe bitte.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will einige Anmerkungen machen und dann noch Fragen stellen. Herr Bischof Demke, Sie haben vorhin leicht satirisch vermerkt, daß Sie die möglicherweise in der Kirchenleitungssitzung vorhandene Wanze auch benutzt haben, um Mitteilungen an den Staat zu machen. Hiervon ausgehend möchte ich sagen: Die Gruppen hatten einen grundsätzlich anderen Anspruch und der lautete, bedingungslos an die Öffentlichkeit zu gehen. Das war der wesentliche Punkt, der überhaupt dazu führte, daß die Gruppen zunächst einmal in dieser Form im kirchlichen Rahmen entstanden. Es gab die konspirativen Zirkel in den sechziger und siebziger Jahren noch. In dem Moment, wo sich zeigte, daß diese Konspiration überhaupt nichts hilft und nichts in der Gesellschaft verändern wird, sondern daß man unbedingt an die Öffentlichkeit muß, in dem Moment war es auch notwendig, Öffentlichkeit herzustellen, wenigstens die Teilöffentlichkeit der Kirchen. Das ist ein Ausgangspunkt für das Entstehen von verschiedenen Gruppierungen gewesen, die sich dann zu einer ganz spezifischen DDR-Opposition in diesem Jahrzehnt entwickelt haben. Die Gruppen nahmen für sich in Anspruch, legitim zu handeln und dabei bestimmte Grenzen zwangsläufig überschreiten zu müssen, zu weit gehen zu müssen, Gesetze verletzen zu müssen, wenn sich etwas ändern soll. Die Kirche als Institution kann natürlich diesem Anspruch

nicht folgen, sondern sie muß sich strikt legal verhalten. Das ist der eigentliche Widerspruch in unseren Beziehungen gewesen, und ich denke, er war nicht auflösbar, denn es waren eben völlig unterschiedliche Möglichkeiten und auch Methoden, die verwendet werden mußten. Wichtig wäre gewesen, daß die Kirchenleitung dieses andere Handeln der Gruppen einfach toleriert hätte. Ich sehe in den frühen achtziger Jahren bei der Entwicklung von Gruppen, die zusammengesetzt sind aus Christen und Nichtchristen, eine Phase, in der diese einen ziemlichen Aufschwung nehmen und auch sehr stark zunehmen. Die Friedenswerkstätten sind dafür ein guter Beleg. Als dann aber 1983 zunehmend Methoden der westlichen Friedensbewegung übernommen wurden, nämlich in öffentlichen Aktionen auf Plätze und Straßen zu gehen, dort kleine Demonstrationen zu veranstalten, dann auch die Westmedien, überhaupt Westkontakte zu nutzen, kam es dann zu ersten Übergriffen des Staates gegenüber diesen Gruppen, die zu Verhaftungen in fünf, sechs Städten der DDR führten. Es kam zur Forderung des Staates an die Kirchen, diese Gruppen stärker in den Griff zu bekommen, im Vorfeld zu kontrollieren, eine Pufferzone zu schaffen, dem Staat gewissermaßen die Drecksarbeit abzunehmen und moderierend zu wirken, in dem Sinne, daß es zu keiner Kettenreaktion kommt. Ich sehe diesen Zeitraum etwa 1983/84. Und ich meine, daß er ganz bewußt an die Kirchenleitung herangetragen worden ist, vielleicht ein bißchen diplomatisch von Staats wegen, aber es gibt auch Anzeichen oder direkte Hinweise in den Stasi-Akten, wonach das erklärte Ziel des Staates ist, daß die Kirche diese moderierende Rolle gegenüber den Gruppen spielt. Damit begann ein Zeitraum, den ich so etwa von 1984 bis 1987 ansetzen würde, in dem die Gruppen sich im kirchlichen Rahmen einerseits konsolidierten, andererseits aber auch stagnierten, so daß die einzige Möglichkeit der Weiterentwicklung dann letzten Endes war, wieder herauszugehen. Also hinein in die Kirche, um eine gewisse Öffentlichkeitswirkung überhaupt zu erzielen und sich zu organisieren, um dafür die Vorformen zu finden. Dann die Versuche der Vernetzung, und dann zwangsläufig das Wiederhinausgehen, weil die Begrenzung, die durch den kirchlichen Rahmen den Gruppen gegeben wird, einfach zu groß ist. Das beginnt mit den Mahnwachen, die hier zu Recht erwähnt worden sind. Die Mahnwachen waren ein ganz interessanter Versuch, noch in der Kirche zu sein – eben die Mahnwache vor der Kirche – und zugleich hinauszugehen auf den Platz. Da gab es dann auch die Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung, zum Beispiel bei der Mahnwache Ende 1987. Später waren dann die Demonstrationen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen oder die Proteste gegen die Relegierung der Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule schon Versuche, diesen engen kirchlichen Rahmen zu verlassen und an die Öffentlichkeit zu gehen, bis hin zum Jahre 1989, wo ich das regelrecht in der Sophien-Kirche gesehen habe bei einer Veranstaltung, als dann, ich glaube, Stolpe und auch Hülsemann, flehentlich auf die Versammlung einredeten, doch ja diese Kirche nicht zu verlassen. Die gingen dann aber in großen Scharen

hinaus. Vor allen Dingen jüngere Menschen sagten: Nein, es hält uns hier nichts mehr, wir gehen jetzt hinaus. Wir müssen unsere öffentliche Aktion machen, die wir verabredet hatten. Mich würde an dieser Stelle noch folgendes interessieren: Als Honecker aus Bonn zurückkam, ging er – offensichtlich im Aufwind – sofort daran, die Opposition verhaften zu lassen. Dazu gibt es Hinweise in den Stasi-Akten, in denen deutlich steht: Diese Gruppen müssen auseinanderdividiert werden. Sie müssen in kirchliche und nichtkirchliche unterteilt werden. Diese Aufforderung ist offensichtlich auch an die Kirchenleitung gegangen. Die Frage ist: Wie ist das überhaupt geschehen? Wie hat sich der Staat an die Kirchenleitung gewandt? Auf welchem Umweg sind diese Forderungen, erstens nach einer moderierenden Wirkung, zweitens nach einem Auseinanderdividieren der Gruppen und schließlich nach der Spaltung vielleicht dieser gerade entstehenden Opposition an sie herangetragen worden? In dem Zusammenhang habe ich auch noch eine Frage an Herrn Hilse: Treptow, ich weiß nicht, ob Sie 1985 schon da waren. Es ging damals um ein Menschenrechtsseminar, das in der Treptower Kirche stattfinden sollte. Ich bin sowohl der Staatssicherheit als auch der Kirchenleitung heute noch dankbar, daß das verboten wurde. Das Verbot dieses Menschenrechtsseminars war der Ausgangspunkt für die Gründung der Gruppe „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Sonst hätte es das Seminar gegeben, und wir wären alle wieder nach Hause gegangen. So aber hat das Verbot eine politische Brisanz bekommen. Mich würde interessieren, in welcher Weise die staatlichen Stellen dort an die Gemeinde herangetreten sind oder über den Umweg der Kirchenleitung. Die Gemeinde und der Gemeindekirchenrat waren autark in ihren Entscheidungen. Der Gemeindekirchenrat hätte sagen können, er mache das. Er hat sich aber offensichtlich der Empfehlung der Kirchenleitung gebeugt. Wie sind solche Entscheidungen zustande gekommen, etwas mit den Gruppen zu machen oder es lieber sein zu lassen? Und welche Rolle hat die Kirchenleitung dabei in diesem Falle gespielt? Danke. Das soll erst einmal genügen.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Ja, wir haben jetzt noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen. Ich mache jetzt noch vier durchs und dann sehen wir erst einmal. Dann ist der nächste Martin-Michael Passauer und danach Margot von Renesse.

Sv. Superintendent Martin-Michael Passauer: Spätestens nach dieser öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission kann man von „der Kirche“ und „den Gruppen“ nicht mehr sprechen, sondern höchstens von einem Arbeitstitel. Daß der Arbeitstitel, den wir für dieses Phänomen gefunden haben, sehr differenziert betrachtet werden muß, haben wir heute schon in allen Facetten gehört, so daß es mir schwerfällt, eine Alternative dafür zu finden. Wenn wir von „den Gruppen“ reden, muß man all das im Hinterkopf haben, was wir heute Vormittag gehört haben, und das macht das Ganze

noch viel schwieriger, aber auch um so spannender, denn hier zeigen sich sehr, sehr viele Konfliktfälle und stellen sich auch viele Fragen, die für die Enquete-Kommission wichtig sind. Ich will noch einmal drei Fragen für mich formulieren. Eine Frage an Heino Falcke, da geht es nochmal um die Legitimation und auch um die Frage nach dem Kirchenverständnis. Eberhard Jüngel ist gestern von mir danach gefragt worden, welches Kirchenverständnis denn dahinter steckt, wenn er von „Kirche“ spricht. Sie haben, Bruder Falcke, als es damals um die Randgruppen ging, wenn ich mich richtig erinnere, die einleuchtende These formuliert: Wir sollten aufpassen, daß die Randgruppen nicht plötzlich die Mitte der Kirche sind, und ob die Randgruppen nicht schon viel eher Kirche sind, als wir es eigentlich denken. Würden Sie heute aus Ihrer Sicht nachträglich sagen – wie gesagt, ich benutze immer den globalen Begriff Gruppe, obwohl es eigentlich falsch ist –, daß die Gruppen auch im neutestamentlichen Sinne Kirche gewesen sind und wir ihr Kirchesein eigentlich viel zu sehr aus der Sicht der Integrationsnotwendigkeit gesehen haben?

Die zweite Frage geht an Herrn Weißhuhn: Du hast uns vorher auf den Weg gegeben, daß die Kirche eigentlich gut daran täte, sich auf Gruppen zu stützen, die ihnen jetzt helfen könnten, ihre eigene Identitätskrise ein bißchen besser zu lösen, und sich an ihnen zu orientieren. Dabei hast du Kirche von unten und solidarische Kirche genannt. Ich wäre dankbar, wenn du noch einmal in ein paar Sätzen sagen würdest: Wo liegen denn die inhaltlichen Alternativen oder die Andersartigkeiten, die sich die Kirche jetzt zunutze machen könnte, oder wo sie sagt: Diese Ansätze müßten wir noch stärker rezipieren?

Und die dritte Frage geht an Bruder Hilse: Ich habe den Eindruck, auch aus meiner eigenen Praxis, daß die Ausreisegruppen in dem ganzen Gruppenspektrum immer eine Randposition hatten, obwohl sie nachträglich von vielen als einer der wichtigsten Wendebeförderer benannt worden sind. Sie haben vorher auch gesagt, daß die Inhaftierungen von Leuten, die in Ausreisegruppen gearbeitet haben, von vielen wenig oder gar nicht wahrgenommen worden sind. Hängt das nicht auch damit zusammen, daß gerade im Konflikt mit den Ausreisegruppen der Konflikt zwischen Staat und Kirche oder zwischen Staatssicherheit und Kirche exemplarisch vorgeführt wurde? Denn hier geriet man in die Schußlinie von allen, wenn man sich auf diese Ebene begab und sich Ausreisewilligen näherte, die eigentlich nur noch den Reisesegen haben wollten, aber keine inhaltliche Begleitung. Danke.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Margot von Renesse und dann Manfred Wilke.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ja, ich kann da gleich anknüpfen, weil eine der Fragen von Herrn Passauer auch die war, wenn ich das richtig verstanden habe: Was folgt daraus? Haben wir jetzt was gelernt, was wir dann schwarz auf weiß für vergleichbare Situationen nach Hause tragen

können? Und so etwas klang auch bei Herrn Bischof Demke an, selbstkritisch eine Fehleinschätzung eingeräumt zu haben, was insbesondere das Problem des Konflikts mit der staatlichen Öffentlichkeit angeht. Mich verwirrt das, denn ich glaube nicht, daß das schon so eindeutig festzustellen ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß es eine Ost- und eine Westerfahrung gibt. Und die innerkirchliche Westerfahrung ist in den siebziger/achtziger Jahren, wenn auch nicht so existentiell bedrohlich, doch in Form und Themen mit der Osterfahrung vergleichbar. Wenn ich also Kirchen, Gemeinden in der ehemaligen DDR besuchte, habe ich mich gewundert, wie sich die Bilder glichen. Die Themen waren identisch: „Frieden“, „Bewahrung der Schöpfung“, das Thema „Schwule“, auch die Auseinandersetzung mit Presbyterien und Gemeindekirchenräten über die Frage „Ist das noch Kirche?“, „Wie verhält sich das?“ – alles glich sich fast bis aufs Haar, natürlich nicht in der existentiellen Bedrohung, in der Drucksituation. Aber die Auseinandersetzung kannte ich, auch was Friedensfragen anging, denn bei uns gab es die Kriegsdienstverweigerer, die in kirchlichen Gruppen beraten wurden. Also auch hier die Frage: „Sind diese Gruppen Kirche?“ Identitätsfragen rauf und runter. Nun kann man sagen: Bei ihnen haben die Gruppen gesiegt, bei uns aber nicht. Bei uns sind sie Randgruppen geblieben und manche behaupten, sie haben verloren. Und ich denke, daß also die Frage „Was ist richtig?“ sich so einfach nur aus der Osterfahrung jetzt für die Kirche nicht beantworten läßt nach dem Motto: „Hätten wir mal die Randgruppen ins Zentrum gerückt und alles getan, was sie uns tun lassen wollten.“ Ich frage das, weil ich darauf keine Antwort weiß, ich hätte gerne eine. Und ich denke, man kann vielleicht folgendes sagen: Es gab selbstverständlich sowohl im Osten als auch im Westen Schnittmengen gemeinsamer Interessen, gemeinsamer Themen, gemeinsamer Aktivitäten, aber diese Schnittmengen waren für beide nicht das Ganze. Darum ist es richtig, und ich habe dagegen auch gar nichts einzuwenden, wenn Herr Poppe schildert, daß Kirche bittet, „Bleibt da“, die Leute aber raus gehen, möglicherweise gleich in die Hände der Stasi. Dann ist es so, daß beide in ihrem jeweiligen Verhalten, wer immer sich so verhalten hat, bis zu einem gewissen Grade recht haben. Die Kirche, wenn sie versucht in der Verantwortung, die sie empfindet, die Leute bei sich zu halten und sie zu schützen, die anderen, wenn sie sagen: Wir brauchen eure Öffentlichkeit, aber wir brauchen nicht eure Vormundschaft. Aber euer Betreuungsangebot ist Vormundschaft. Ich halte das für absolut korrekt. Ich kenne die Diskussion bei uns im Westen, wo auch gesagt wurde: „Okay, Kirche ist da, damit ihr euch untereinander stärkt, aber Kirche ist nicht euer Arbeitsfeld, das Arbeitsfeld liegt woanders.“ Ich kann mir vorstellen, daß man da tatsächlich eine Unterscheidung vornehmen muß. Und wenn ich mir zuletzt noch erlauben darf, folgendes zu sagen: Öffentlichkeit, das haben wir immer wieder gehört, ist sowohl für Kirche als auch für Gruppen ein Wesensmerkmal gewesen, eine identitätsprägende Arbeitsmethode und ein Handlungsfeld. Nur, das haben wir

doch nun auch gehört, die Öffentlichkeit der Kirche in der ehemaligen DDR hätte möglicherweise, daran mußten jedenfalls die Kirchenleitungen doch zumindest denken, in der konkreten Drucksituation, die der Staat entfalten konnte, weggefeßt werden können. Ich denke auch, wenn möglicherweise technische Mittel, von denen Herr Hilse sprach, verwendet wurden, daß durch die Möglichkeiten der Kirche, so etwas zu erwerben, nicht zuletzt auch die Kooperation mit der Westkirche überhaupt entstanden sein dürfte. Diese Kooperation setzte aber die Kooperationsbereitschaft der DDR-Kirche mit der DDR voraus. Was also wäre diese Öffentlichkeit gewesen, und wie hätte man sie herstellen können? Ich denke, wir müssen darüber sehr viel vielschichtiger nachdenken als nur nach dem Motto: Man sieht es doch, die Gruppen hatten recht, die Kirchenleitung hat gekniffen oder hat einen auf weiche Welle gemacht. Ich glaube nicht, daß das so einfach ist.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Bischof Demke hat ziemlich zum Schluß einen Satz gesagt, den ich noch einmal in die Diskussion zurückholen will, nämlich: „In der Kirchenleitung haben wir politische Analysen nicht angestellt“, wenn ich Sie so richtig verstanden habe. Das ist natürlich ein Satz, der für die Behandlung dieses Themas, aber auch anderer Themen von wirklich grundsätzlicher Bedeutung ist. Nach meiner Kenntnis der DDR-Geschichte sind politische Analysen im Grundsatz – mit welcher Gesellschaft, mit welchem Staat haben wir es eigentlich zu tun –, verglichen mit Polen oder der Tschechoslowakei, wenige gemacht worden. In der Kirche wurden welche gemacht – ich denke an Dibelius (1958), an Hamel, an die Handreichung von 1963, die wie die anderen mit praktischer Absicht geschrieben wurde, und an die Diskussion um die Gründung des Bundes und um die Frage, wie man sich zum Staat der DDR verhält. Schröder hat gestern Abend darauf aufmerksam gemacht, daß es zur Formel „Kirche im Sozialismus“ eine interne synodale Ausarbeitung gab, die aber schon nicht mehr veröffentlicht, nicht mehr innerkirchlich verbreitet wurde. Ich meine jetzt diese grundsätzliche Analyse, denn ich denke, daß die Kirchenleitungen ja, und Sie haben das auch in Ihrem Beitrag vorgeführt, in der konkreten Situation allemal politische Analyse des Tages machen mußten. Aber ich rede jetzt von einer Analyse in diesem grundsätzlichen Sinne: In welchem Staat, in welcher Gesellschaft leben wir eigentlich, und wo, um Heino Falckes Wort aufzugreifen, müssen wir Opposition machen? Wir können nicht Opposition sein, aber wo müssen wir Opposition machen? Und hier will ich das noch ein Stück weitertreiben, weil Bischof Leich uns gestern abend ermahnt hat, daß wir gewissermaßen nicht nur die DDR-Aufarbeitung betreiben sollten, sondern den Blick auch auf den Westen richten sollen. Mir fällt ein, daß eines der Dokumente, das man in diese Grundsatzkategorie der späten achtziger Jahre einreihen könnte, das berühmte, von der Kirche West und Ost begrüßte und von einem

engagierten Kirchenmann mitformulierte SED/SPD-Streitpapier gewesen ist. Das Interessante dieses Papiers ist, daß es ebenfalls darauf verzichtet, eine Strukturanalyse vorzunehmen, mit was für Gesellschaften wir es eigentlich zu tun haben. Es sind Grundverständnisse gegeneinander aufgelistet worden, dann ist erzählt worden, daß die Gesellschaften sich wechselseitig nicht abschaffen können und daß man gemeinsam aus dem Geist des Humanismus, auf den sich beide Parteien bezogen, die Zukunft Europas gestalten müsse. So war also die Frage schon sich selber verboten: Mit welchem Staat, mit welcher Gesellschaft haben wir es zu tun, und wo ist im Streit um die staatliche und gesellschaftliche Ordnung unsere Position? Und ich denke mir, daß Sie zu diesem Komplex, den ich jetzt angesprochen habe, vielleicht noch einmal dezidiert ein paar Sätze sagen sollten, wie das in der Praxis abgelaufen ist und warum es diese Analyse nicht gegeben hat.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Als letzter Frager Herr Fricke bitte.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe ein paar ergänzende Fragen zu denen, die Gerd Poppe hier schon aufgeworfen hat und die sich auf das Verhältnis von Gruppen, Kirchenleitung und Staat bzw. Staatssicherheit beziehen. Es sind Fragen, die ich vor allen Dingen an Herrn Böttger und Herrn Weißhuhn richten möchte sowie an Herrn Bischof Demke. Zunächst: Wieweit war die Staatssicherheit objektiv über die Situation in den Gruppen überhaupt informiert? Es ist klar, daß sie – sonst hätten sie sich ja nicht in den frühen achtziger bzw. späten siebziger Jahren konspirativ organisiert – immer in dem Bewußtsein gehandelt haben, unter der Kontrolle der Staatssicherheit zu stehen. Welche Erkenntnisse haben Sie aus dem Aktenstudium nach der friedlichen Revolution über die tatsächliche Informiertheit der Staatssicherheit? Zweitens würde ich gerne wissen, ob Sie aus den Akten selbst Hinweise darauf gewinnen konnten, daß die Staatssicherheit mit Zumutungen an die Kirchenleitung herantreten ist, im Sinne einer Konfliktvermeidungsstrategie moderierend auf die Gruppen einzuwirken. Drittens: Ist der Eindruck richtig, daß nach einer Verstärkung des terroristischen Zugriffs in den Jahren 1987/88 und dann vor allen Dingen im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 1989 die Staatssicherheit sich deutlich zurückhält, fast gelähmt erscheint? Wenn dieser Eindruck richtig ist, war diese Lähmung Ausdruck einer politischen Krise, oder ist sie auf den moderierenden Einfluß der Kirche bzw. Kirchenleitung zurückzuführen?

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Hier hatte ich noch eine Frage übersehen, und da wir jetzt Schluß machen mit den Fragen: Gibt es noch jemanden, den ich übersehen habe, außer Martin Gutzeit? Das ist offenbar nicht der Fall. Bitte schön.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte an eine Formel anknüpfen, die auch das Selbstverständnis der Kirchen in der DDR beschrieb, und die hieß „Kirche für andere“. Dann möchte ich auch auf etwas hinweisen, was hier schon

sehr häufig angesprochen wurde, die Tatsache, daß in einem System, in dem Gesellschaft unabhängig vom Staat kaum möglich war, die Kirche als einzige Institution so etwas darstellen und abbilden konnte, Öffentlichkeit darstellen konnte, dazu die Mittel und Möglichkeiten von Räumlichkeiten für Veranstaltungen über Drucktechnik hatte, über eigene Bildungswege usw. Muß man nicht diese Tatsache so begreifen, daß die Kirche eine extrem privilegierte Situation gegenüber allen anderen hatte? Ich nenne die Gruppen, ich nenne die anderen Institutionen in dieser Gesellschaft. Und nun das Problem: Wenn Kirche sich als „Kirche für andere“ darstellte und das öffentlich verkündete, wie konnte sie es dann ertragen, die Privilegien allein für sich zu haben, sie zwar teilweise auch anderen zur Verfügung zu stellen, aber nach eigener Maßgabe, nach eigenem Interesse? Wie konnte sie die disziplinieren, die das etwas weiter sahen und diese Privilegien nicht für sich haben wollten, sondern Gruppen und Initiativen die Möglichkeiten gaben, ihre Schriften bei der Kirche zu vervielfältigen und sie so an ihrem Privileg teilhaben ließen? Das heißt, ich frage: Ist hier nicht, jedenfalls nach eigenem Selbstverständnis, die Kirche in der DDR angefragt, daß sie ihre eigene Existenz und ihre eigenen Interessen höher wertete als den Anspruch, für andere und die Lebensmöglichkeiten anderer dazusein? Das ist die erste Frage. Zweitens komme ich jetzt auf diese Gruppierungen zu sprechen, da spreche ich Angelika an, aber auch die anderen: Woran liegt es eures Erachtens, daß es so lange dauerte, bis sich in den Gruppierungen innerhalb, aber auch außerhalb der Kirche ein tatsächliches, striktes Oppositionsverständnis herausbildete? Meines Erachtens kam das erst langsam im Herbst 1989. Spielt da vielleicht teilweise die kirchliche Sozialisation mit hinein, teilweise auch die Bemühungen der Kirchen, abzudämpfen, was als spontaner Impuls da war? Und zum Schluß noch eine konkrete Frage an Rudi Pahnke, bei dem es um den Generalsuperintendenten Krusche in Berlin, um vielfältige Konflikte, die es dort gab, auch Bemühungen die Initiativen zu bremsen, zu deckeln, Öffentlichkeit zu verhindern, ging. In welcher Weise spielt da die ja auch bekannt gewordene Tätigkeit oder Zusammenarbeit des Generalsuperintendenten mit dem MfS eine Rolle, die ja bis in den Herbst 1989 hinein dokumentiert ist? Vielen Dank.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir kommen jetzt zu der Beantwortung all dieser vielen Fragen und fangen in diesem Fall links an mit Rudi Pahnke und dann Herr Stauss.

Pfarrer Rudi-Karl Pahnke: Jetzt möchte ich zunächst einmal zu den Fragen, die Gerd Poppe aufgeworfen hat, etwas sagen. Ich glaube, daß das schon richtig beschrieben ist. Der Kirche war zweifellos eine moderierende Funktion zugeschrieben worden. Wir haben sie bewußt auch wahrgenommen im Hinblick auf die Friedenswerkstatt usw., dann wurde aber klar, daß die Konflikte eskalieren, und es gab zwei unterschiedliche Richtungen: Einerseits

das Bestreben des Staates, z. B. Kirche, Kirchenleitung so unter Druck zu setzen, daß sie sich von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ distanziert. Die Darstellung muß hier wirklich korrigiert werden. Es ist so gewesen, daß dieser Druck von außen kam. Die Kirchenleitung hat dann die Beziehung zu dieser Initiative abgebrochen, und es sind die Gespräche, nach denen Markus Meckel sich sehnte, auf Privatebene weitergeführt worden. (Zwischenruf Abg. Meckel: Die gab es vorher, die Gespräche.) Mitte 1988 sind sie privat weitergeführt worden gegen Beschlüsse der Kirchenleitung, die nicht mehr dazu gestanden hat. Nur einzelne der Kirchenleitung, Bischof Forck, Ulrich Schröter usw. haben diese Gespräche weitergeführt. Es ist eine Dividierung der einzelnen Gruppierungen geschehen. Eine bestimmte Aufspaltung ist also durchaus gelungen. Das ist nur die eine Seite der Wahrheit, die andere Seite ist, daß innerhalb der Gruppen natürlich auch IM waren. Ich erinnere an IM Max. Wenn man sich die IM-Akte „Max“, also Wolfgang Wolf, der in Berlin einmal eine wichtige Rolle spielte, anschaut, stellt man fest, daß IM Max an vielen Stellen nachweisbar die Funktion hatte, die Gruppen selbst zu dividieren und die Verhältnisse zwischen Kirche und Gruppen zu stören und zu beeinflussen. Es gibt einen bemerkenswerten Vorgang, wo sich Wolfgang Wolf mit Generalsuperintendent Krusche unterhält, beide hatten mit der Staatssicherheit Kontakte. Und Günter Krusche fragt Wolfgang Wolf nach der Strategie im Umgang mit den Gruppen, weil er nicht weiß, wie man es richtig macht, und Wolfgang Wolf berät ihn dann strategisch. Das ist ein sehr merkwürdiger Vorgang. Aber das hat es zweifellos gegeben, also diese Versuche zu dividieren, die einzelnen Gruppen zu isolieren – „Teile und herrsche“ war dahinter das grundlegende Prinzip. Ich sehe das nicht von einem Harmoniemodell, sondern von einem Konfliktmodell aus, daß es hier unentwegt Konflikte gegeben hat. Ich habe mich an manchen Stellen auch in unguter Weise in diesen Konflikten instrumentalisieren lassen, sage ich einmal von mir selbst. Zu Fragen „Kirche von unten“ habe ich mich wirklich auch instrumentalisieren lassen, das habe ich aber erst später gesehen oder sehe ich an manchen Stellen erst jetzt. Im Grunde brauche ich jetzt zu Krusche nichts weiter zu sagen, da sind die Dinge für mich erkennbar, daß da zumindest in Absprache mit den Vertretern der Staatssicherheit oder der staatlichen Organe gehandelt wurde. Was mich theologisch außerordentlich bei Günter Krusche empört, ist, daß er die Barmer Theologische Erklärung als Instrument gegen die Gruppen einsetzte, und zwar so einseitig und so fatal, daß sich die Kirche mit diesem Gebrauch der Barmer Theologischen Erklärung höchst kritisch auseinandersetzen müßte oder hätte auseinandersetzen müssen. Das ist aber nicht geschehen, man hat das irgendwie geschehen lassen.

Pfarrer Curt Stauss: Ich will nur zu zwei Fragen etwas sagen. Frau Wilms hatte zum einen nach dem systemimmanenten Ansatz der Gruppen gefragt. Mir ist dazu in Erinnerung gekommen, daß wir seit, ich denke 1982/83 zunehmend

von „unserem Land“ gesprochen haben und gesagt haben: Denen wollen wir unser Land nicht überlassen. Das war vielleicht Opposition-Machen, das war in meiner eigenen Erinnerung jedenfalls nicht so früh schon die Absicht, politische Opposition zu organisieren. Es war jedenfalls die Absicht bzw. die Basis, zu sagen: Wir identifizieren uns mit – wir haben nie Heimat gesagt, das war ein bißchen zu plüschig – diesem Land, in dem wir leben. Das wollen wir nicht Leuten überlassen, die es ökologisch zerstören oder wirtschaftlich auspowern. Dahinter stand ein Ansatz von politischer Analyse, der schon damit begann, daß wir Staat und Gesellschaft wieder unterschieden haben. Das ist immer bewußt durch die Propaganda vermischt worden, durch den Unterricht in den Schulen und in allen öffentlichen Verlautbarungen. Dieser Ansatz von Analyse hat eine ganze Reihe von Folgen gehabt, etwa auch in dem, was wir in der kirchlichen Jugendarbeit an politischer Bildung versucht haben. Genauso habe ich in Gruppen immer wieder erlebt, daß diese Grundunterscheidungen wieder eingeführt wurden, um überhaupt den Kleister aus dem Kopf zu bekommen und klarer gucken zu können auf das, was hier passierte. Ich fand sehr nobel, daß Bischof Dr. Demke sagte, Ansatz zur Situationsanalyse oder politischer Analyse habe es kaum gegeben. Er ist sicherlich einer der wenigen gewesen, die in kirchenleitenden Zusammenhängen überhaupt politisch gedacht haben. Das muß auch noch einmal gesagt werden.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Und er ist gleich der nächste.

Bischof Dr. Christoph Demke: Vielleicht sollte ich dann auch gleich mit der Frage von Herrn Wilke beginnen. Ich muß noch einmal deutlich machen: Ich habe zwischen politischer Analyse und Systemanalyse unterschieden, und ich halte es auch für dringend erforderlich, daß man beides auseinanderhält. Wenn man Systemanalyse schon für aktuelle politische Analyse hält, wird Murks daraus. Entschuldigung, wenn ich mich einmal so kurz ausdrücke. Nun muß ich deswegen differenziert antworten. Systemanalyse hat es wohl gegeben, das haben Sie ja auch beschrieben. Sie ist, wenn ich mich so recht erinnere, schon um die Gründung des Bundes herum von den Kirchenleitungen den kirchlichen theologischen Ausbildungsstätten und den Evangelischen Akademien überlassen worden. Da fand sie auch späterhin noch statt, aber in den Kirchenleitungen immer weniger. Ich meinte aber nun, was generell fehlt, ist nicht die Frage: In welcher Gesellschaft leben wir? Das ist auch eine wichtige Frage. Aber: Was ist jetzt los? Wie sind die Kräfte verteilt? Wie ist Kirche unter Umständen zu einer sehr parteiischen Haltung gefordert? Also die aktuelle politische Analyse meinte ich vorhin vor allem. Die habe ich eigentlich nicht erlebt, die ist irgendwo dem kirchenleitenden Geschäft auch fremd, weil man dann denkt: Aha, da mischen wir uns jetzt eigentlich in eine Sache ein, die nicht unsere ist. Ich meine, das ist streng zu unterscheiden. Aber wenn man kirchenleitendes Handeln im Blick auf seine Auswirkungen

reflektiert, muß man auch die akute politische Analyse machen, denke ich. Daran hat es gefehlt.

Herr Weisskirchen, Sie hatten gefragt: Haben die Gruppen nicht mehr zur Lebendigkeit von Kirche beigetragen als die Institution selbst, und hätte man die Gruppen nicht aktiver einbeziehen können? Kirche, wenn man sie nicht mit Kirchenleitung verwechselt, ist überhaupt nur lebendig, wenn in ihren gemeindlichen Gliederungen etwas los ist. Das sage ich jetzt sehr unqualifiziert. Da haben die Gruppen wichtige Impulse gegeben. Die Gruppen sollten jetzt nicht einfach institutionell angebunden werden, sondern es war das Bemühen da, zu fragen: Wie kann man diese Impulse – sage ich einmal – in die normale Gemeindearbeit hinein vermitteln? Wenn ich richtig sehe, ist das eigentlich erst über den Umweg der Ökumenischen Versammlung gelungen. Es ist nur sehr eingeschränkt, sehr partiell, sehr örtlich möglich gewesen, und das bedaure ich. Aber so ist es gewesen. Die heutige Situation sehe ich eigentlich so: Es fehlt den Kirchen vieles dadurch, daß es etwas Ähnliches nicht gibt. Aber die Gruppen sind auch nicht so etwas Konstantes, daß man es durch die Jahre dahintragen kann. Zum Glück gibt es hier und da etwas ähnliches, was z. B. an manchen Stellen im Blick auf den Einsatz für Asylbewerber passiert, da finden Sie ähnliche Erscheinungen und die Mischung von kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen, den sehr persönlichen Einsatz, die Zusammenbindung zu einer Gemeinschaft, die eigentlich mehr zusammen lebt, als jetzt nur einmal eine Aktion startet. Ich glaube, eine solche Sache ist eben nicht transportabel durch die Zeiten. Die hat ihre Stunden, und dann wird sie hoffentlich wieder anders gestaltet.

Zu Ihren Fragen: Zunächst einmal haben Sie den Widerspruch im Umgang mit den Medien geschildert. Das ist ein Widerspruch, der zum Teil etwas Irrationales hat. Aber ich versuche jetzt einmal, das Rationale daran zu verdeutlichen. In der Situation der siebziger Jahre muß sich ausgebildet haben, daß die Kirchenleitungen in der Absicht, ihrem Auftrag gemäß in dieser so geprägten und geleiteten Gesellschaft Kirche und Gemeinde Jesu Christi zu sein, sich bemühten, das, was sie von der Verpflichtung des Glaubens her in diese Gesellschaft hinein verlautbarten, gegen den Grundverdacht, das sei alles nur Nachplappern dessen, was der Klassenfeind sage, abzuheben. Das hat dazu geführt, daß man auch hinsichtlich der benutzten Terminologie möglichst nicht die klassische westliche Terminologie benutzte, sondern man versuchte, das etwas anders auszudrücken. Das hat dann auch dazu geführt, so sehe ich das jedenfalls, zu sagen: „Nein, das ist nicht gut, das über die Medien zu transportieren, sondern das gibt dem gleich einen falschen Anstrich, und wir können gar nicht zu Gehör bringen, daß es um eine ganz notwendige, aus der Sache, auch des kirchlichen Auftrags an dieser Stelle in diesem Land kommende Angelegenheit geht. Deswegen bitte nicht mehr diesen Umweg über die westlichen Medien.“ Die Phänomene, die Sie genannt haben –

Geschlossenheit, es gibt gar nicht so etwas wie Öffentlichkeit, die westlichen Medien wirken auch als Schutzfaktor –, sind zwar alle bewußt gewesen, aber es hat an der Stelle keine nochmalige systematische Reflexion gegeben, sondern dieser Impuls war so stark – deswegen ist es Ihnen gegenüber, denke ich, auch geradezu als moralische Vorhaltung angekommen –, weil dahinter diese Überlegung stand: Wir müssen jetzt versuchen, in dieser Gesellschaft möglichst authentisch zu sein. Da wirkte sozusagen der Umweg über die westlichen Medien als Verunreinigung dieser Authentizität. Dadurch war dann diese moralische Attitüde mit dabei. So jedenfalls habe ich das verstanden.

Herr Poppe hat gefragt: Wie ist denn das Ansinnen, moderierend auf die Gruppen einzuwirken, an die Kirche herangetragen worden? Ich kann jetzt wirklich nur für mich sprechen, wie ich das erlebt habe. Ich weiß nicht, was woanders gelaufen ist. Ich habe es so erlebt, daß das eigentlich mehr von uns aus gekommen ist, und zwar in folgender Konstellation. Das Gespräch beim Rat des Bezirkes: Herr Bischof, „Konkret für den Frieden“ in Stendal, wir wissen schon, 400, 500, entsetzlich, alles kommt, stürzt dahin, der CIA hat die Hände im Spiel usw. Nun sagt man erst einmal z. B. in bezug auf die Zahlen: Nun beruhigen Sie sich einmal. Das war sozusagen die Reaktion darauf, erst einmal zu sagen: Sie brauchen Beruhigung. In diesem Bemühen, erst einmal die Realität herzustellen und zu sagen: Das wird eine geordnete Sache usw., an diese Situation kann ich mich jetzt erinnern. Dann haben wir gesagt: Wir gehen selbst hin als Beruhigungsfaktor. Ich kann mich nicht entsinnen, daß z. B. in so einem Zusammenhang eine Erwartungshaltung inhaltlicher Art von staatlicher Seite an uns herangetragen wurde. Die haben inhaltlich, jedenfalls im Zusammenhang „Konkret für den Frieden“, nach meiner Erinnerung nichts gesagt. Aber es gab die Erwartungshaltung: keine ausländischen Medien oder überhaupt keine Medien, glaube ich sogar, keine Medienwirksamkeit. Wir haben jetzt einen Forschungsauftrag gegeben, diesen ganzen Vorgang noch einmal auszugraben und nachzuzeichnen. Die staatliche Seite wollte in dem Zusammenhang von uns eine Erklärung: Wir, die Kirchenleitung, verbitten uns die Anwesenheit ausländischer Medien. Ich hoffe, wir haben das nicht erbeten. Aber wie eindeutig unsere Reaktionen auf diese Bitte war, kann ich jetzt aus dem Gedächtnis nicht sagen. Es ist, glaube ich, dann irgendwie ein Verbot des Außenministeriums erfolgt, weil die Korrespondenten, die in Berlin saßen, zu der Zeit noch eine Reisegenehmigung brauchten. (Zwischenruf Abg. Weisskirchen: Herr Demke, das galt auch für Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland, die nicht Journalisten waren.) So habe ich das erlebt. Die Differenzierung, das eine ist eine christliche, das andere eine nichtchristliche Gruppe, habe ich nicht erlebt, vielmehr immer das Argument: Dies kann doch keine Ansicht der Kirche sein, dies ist doch mit dem kirchlichen Verständnis nicht zu verbinden. Aber das mag jetzt an der Situation liegen, diese Differenzierung habe ich so jedenfalls nicht erlebt.

Zur Frage nach der Staatssicherheit, wie weit sie informiert war: Das war mehr an die Gruppen gerichtet. Ich würde dazu nur gerne bemerken: Mir ist immer sehr wichtig, auch beim Studium der Akten, daß man genau feststellt, bis zu welcher Ebene von Staatssicherheitsdienst die Informationen gelaufen sind, und zwar deswegen, weil ich den Eindruck habe, daß auch innerhalb des Staatssicherheitsdienstes ideologisch das sortiert wurde, was man erfuhr. Das kam dann innerhalb einer zentralen Stelle ziemlich ausgefiltert und dann eben auch sehr schablonenhaft an. Die Ebenen müßte man unterscheiden.

Die Kirche hatte eine privilegierte Stellung, ganz klar, in vielerlei Hinsicht. Und es hieß, alle kirchlichen Mitarbeiter hatten eine privilegierte Stellung. Die Privilegien waren nicht einfach hierarchisch gegliedert, das will ich auch einmal sagen. Es gab da andere Gesichtspunkte, nach denen die DDR privilegierte. Die Frage: Kann man diese Privilegien in Anspruch nehmen, darf man das überhaupt, und wie nehmen wir sie so in Anspruch, daß sie sich für andere öffnen, ist nicht erst heute eine Frage, sondern wurde damals schon immer gestellt. Das war auch das Hauptproblem bei der Dienstreisegenehmigung. Das ist immer das Problem gewesen, das ist nicht neu. Bei den Vervielfältigungen war es eben eine Ermessenssache. Ich habe versucht, das zu verdeutlichen. Man mußte sozusagen autoritär sagen: Wir entscheiden allein darüber. Dieses autoritäre „wir entscheiden allein darüber“ war die Sicherung eines gewissen Spielraums, weil wir abgelehnt haben, über Inhaltsfragen zu diskutieren. Das geht euch gar nichts an, es geschieht für den kirchlichen Dienstgebrauch. Die Kirche hat dafür die Verantwortung, wir entscheiden darüber. Das heißt, dieses Darauf-Insistieren war zugleich der Grund, war die Basis für eine gewisse Spielbreite. Nun mußte man immer tarieren, wie weit die Spielbreite geht, um dieses „wir entscheiden darüber“ nicht in Frage zu stellen.

Darf ich zum Schluß vielleicht doch noch etwas sagen. Soweit ich die Beiträge von Günter Krusche zur Barmer Theologischen Erklärung gelesen habe, kann ich nur feststellen: Die Frage, inwieweit die Inhalte des Einsatzes von Gruppen in das Mandat der Kirche gehören, ist eine notwendige Frage, vor allem aus lutherischer Tradition. Sie ist nicht nur in Berlin gestellt worden, sondern auch an vielen anderen Stellen in den Kirchen der DDR. Das mag komisch klingen, aber ich habe es oft so erlebt, daß wir gesagt haben: Die und die Frage stellen wir weder öffentlich noch inoffiziell, weil sie sofort zu irgendwelchen politischen Einflußnahmen führen kann.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Propst Falcke bitte.

Propst D. Heino Falcke: Vieles ist gesagt. Ich werde mich vielleicht auf drei Punkte beschränken.

1. Zur Frage von Herrn Weisskirchen, ob nicht die Gruppen ein wesentliches Element zur Verlebendigung der Kirche waren, und ob das nicht auch planmäßiger von der Kirche hätte genutzt werden können. So haben

Sie das nicht gesagt, ich vergrößere das ein bißchen. Vorbemerkung: Wir mußten uns hüten, die Gruppen, die im Raum der Kirche agieren wollten, mit ganz bestimmten Anliegen, und sei es nur zur Verlebendigung der Kirche, zu instrumentalisieren. Da wurde manchmal als Kriterium folgendes angewandt: Das ist doch eine missionarische Gelegenheit, hier gilt es, Menschen zu missionieren und in die Kirche zu integrieren. Das konnte sie nicht, und das meint auch Ihre Frage ganz sicher nicht. Weiter ist dazu aber zu sagen, daß natürlich die Gruppen schon dadurch, daß sie Indikatoren und Seismographen der gesellschaftlichen Situation waren, eine enorme Hilfe für die Kirche waren, in ihrem Zeugnis und mit ihrem Dienst wirklich in die Situation hineinzugehen und die Situation zu erfassen. Es gab nicht nur, wie das meistens empfunden wurde, eine Identitätskrise der Kirche durch die Gruppen, sondern die Gruppen antworteten auch auf eine Relevanzkrise der Kirche. Spricht die Kirche eigentlich das Wort zu den Kernfragen, zu den brennenden Fragen der Zeit? Dazu wurde die Kirche durch die Gruppen herausgefordert.

2. Sie fragten: Gab es auch so etwas wie eine Strategie der Kirche, um durch die Beziehung von Kirche und Gruppen in der Kirche die Kirche zu verlebendigen? Das gab es. Wir hatten in der Kirchenprovinz Sachsen z. B. 1985 eine Provinzialsynode, eine Landeskirkensynode, die ganz bewußt die Gruppen einbezog, die gleichzeitig eine Werkstatt war, wo die Gruppen sich vorstellen konnten, wo die Fragen „Gerechtigkeit“, „Friede“, „Bewahrung der Schöpfung“ Thema waren. Die Begleitung durch die Stasi war sehr intensiv. Es gab vor der Ökumenischen Versammlung schon so etwas wie einen kleinen konziliaren Prozeß zur Friedensfrage in der Kirchenprovinz Sachsen, wo auch Gemeinden befragt wurden und die Synode dann versuchte, auf diese Fragen zu antworten. Der Hauptversuch war natürlich die Ökumenische Versammlung. Ich sehe mit ziemlicher Sorge, daß die Distanz zwischen Kirche und Gruppen gegenwärtig wächst. Diese gesellschaftlich engagierten Gruppen erwarten von der Kirche nicht mehr viel. Sie haben erlebt, wie sich die Kirche hat überwältigen lassen von den Strukturen der EKD-Kirchen im Westen, wie sie abhängig ist von Finanzen, Kirchensteuern, Gehältern der Hauptamtlichen, und wie wenig Bewegungsspielraum für unsere Kirchen war, da einen eigenen Weg zu gehen. Ich beobachte eine ganz große Skepsis, die sich bei der letzten Ökumenischen Versammlung in Magdeburg jetzt im Oktober auch geäußert hat. Das macht mir Sorgen. Soviel dazu.
3. Die Frage von Markus Meckel. Ich hatte, als ich davon sprach, daß diese Gruppen von außen auf die Kirche zugekommen sind, eine Parenthese gemacht. Das, was vielgestaltig war an den Gruppen, hatte ja Curt Stauss geschildert. Aber das, was spezifisch war und was die Kirche besonders herausgefordert hat, das war eben diese Zusammensetzung der Gruppen

am sogenannten Rand der Kirche, wo die Grenzen fließend waren. Und manche in der Kirche fühlten sich herausgefordert, nun die traditionellen Identitätskriterien von Kirchlichkeit auf diese Gruppen anzuwenden. Ich habe es noch im Ohr, wie ein Thüringer Oberkirchenrat entsetzt sagt: Aber die wenigsten davon sind ja konfirmiert. Jüngel hatte schon von dem „Vater unser“ gesprochen, das sie nicht einmal kennen. Dazu zitiert Herr Passauer mein Zitat vom Kern und Rand, das habe ich bei „Konkret für den Frieden“ in Schwerin gesagt, bei einer Debatte. Da ging es um den Ort der Gruppen am Rand der Kirche. Und da habe ich gesagt: „Laßt die nur am Rand der Kirche, manchmal ist der Rand der Kirche die Mitte.“ Ich habe mich gegen das traditionelle kirchensoziologische Schema von Kern und Rand gewandt, wo ganz klar ist, Kern der Kirche ist der sonntägliche Gottesdienst, sind die traditionellen Partizipationsformen von Kirche. Diese Identifikationsmuster von Kirchlichkeit in Bewegung zu bringen, aufzulockern, das war die Herausforderung. Sie fragen: Waren die Gruppen Kirche? Das kann man so pauschal nicht sagen. Man müßte sich über die Kennzeichen von Kirche einigen. Aber wenn Walter Schilling hier in der Michaeliskirche bei der Werkstatt eine Andacht oder einen Gottesdienst hielt über die Apathie, war das zentralstes geistliches Geschehen. Es war eine Infragestellung von traditionellen Lebensstilen, aber damit auch eine Infragestellung der Milieuverengtheit unserer Kirchen, eine Infragestellung der kleinbürgerlichen Ordnungskirchlichkeit, die doch dominiert. Dieser Prozeß der Infragestellung schien mir so wichtig, und darum meinte ich, daß man aktuell, punktuell durchaus sagen kann, der Rand sei manchmal das Zentrum, an dem sich Kirche orientieren sollte. Dann hat sich ja auch so etwas entwickelt wie eine Spiritualität der Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung. Was sind da alles für Liturgien entstanden, für neue Lieder geschaffen worden! Es gab so etwas wie eine spirituelle Befruchtung und Erneuerung der Kirche auch von daher. Ich breche hiermit einmal ab. Zu den anderen Fragen ist im wesentlichen schon gesprochen worden.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Pfarrer Hilse.

Pfarrer Werner Hilse: Zu den Gruppen wollte ich noch etwas sagen, und zwar zur Frage, ob die Gruppen die sinnhaften Fragen gestellt haben. Ich persönlich würde das für mich bejahen. Ich bin theologisch nie so stark gefordert worden wie gerade von diesen Gruppen. Im Zusammenhang mit der Frage, wer in der Kirche fragen darf, habe ich auch erlebt, daß sowohl die Gemeinde als auch kirchenleitende Leuten gefragt haben: Sind das denn Christen, die da auftreten? Ich möchte einmal thesenhaft formulieren: Wer den Taufschein hatte, durfte etwas sagen. So habe ich es zu spüren bekommen.

Was die Überwachung durch die Stasi betrifft: Ich kann von der Akteneinsicht der Treptower Gemeinde sagen, was 1988/89 passierte, ist wie ein offenes Buch zu lesen. Sie waren total informiert. Dann ist gefragt worden, ob

sich die Stasi nicht langsam zurückgehalten hat. Ich möchte sagen ja. Am 13. August 1989 rief Fischbeck zum Zusammenschluß der Gruppen zu einem gemeinsamen organisatorischen Handeln auf. Diese Geschichte ist schon nicht mehr ernst genommen worden. Es findet sich darüber fast gar nichts in den Stasi-Akten. Der Druck kam woanders her. Die Sorgen lagen schon woanders. Das wollte ich nur zu der Gruppensache sagen.

Dann: Welche Gruppen haben denn über die Grenze hinweg gewirkt? Ich kann es nur bestätigen: Die sogenannten linken Gruppen oder die Grünen. Mit ihnen ist es uns auch gelungen, aus den Gesprächskontakten herauszukommen und einen ersten gemeinsamen Berliner Umwelttag zu gestalten unter dem Thema „Eine Stadt – eine Umwelt“, mit Ost und West zusammen. Es gab dann eine Gesprächsreihe mit den Botschaften bei uns über Perestroika. Es ist uns gelungen, die amerikanische, die russische, die französische und die ungarische Botschaft zu bekommen, aber die ständige Vertretung hat immer wieder gesagt: Aus Rücksicht auf die Großwetterlage bitte keine Gespräche mit uns. Dies ist nur, was so gruppenübergreifende Dinge betrifft. (Zwischenruf Abg. Koschyk: Wann war das?) 1989.

Was die Frage der Menschenrechtsseminare betrifft, um einmal ganz konkret darauf zu antworten: Ich war 1985 schon da, ich habe auch teilweise die Verhandlungen geführt, und es gab ganz klare Absprachen. Nach diesen Absprachen kam einer aus ihrer Gruppe, vielleicht war es ein Informant, ich weiß es nicht, und sagte, diese Absprachen wären nicht eingehalten, besonders was Presse und Öffentlichkeit betrifft. Daraufhin haben wir einmal Rückfrage bei der Kirchenleitung gehalten, und nachdem die von Öffentlichkeit hörte, das alte leidige Thema, hat sie die Empfehlung ausgesprochen, diese Sache nicht stattfinden zu lassen. Der Gemeindekirchenrat hat auf Empfehlung der Kirchenleitung dann gesagt: Wir sagen es ab. So ist das von uns aus gelaufen an dieser Stelle.

Die Frage der Randposition der Übersiedler in den Gruppen würde ich bestätigen. Es war wirklich das Konfliktfeld. Die Übersiedelten standen unter dem Odium, Verräter zu sein, so wurden sie offiziell auch geführt. Das war ein Makel, und ich habe immer den Eindruck gehabt, daß sich dieser Makel auch im Umgang mit Kirche und normalen Leuten deutlich machte. Wenn man von den Leiden dieser Menschen sprach, dann wurde immer wieder gesagt: Sie sind ja selbst an ihrem Schicksal schuld, wozu müssen sie denn einen Ausreiseantrag stellen, warum müssen sie denn gehen? Die persönliche Not und das Schicksal dieser Menschen hat eigentlich wohl, so sehe ich es, in der Kirche bewirkt, daß sich dieser Menschen angenommen werden sollte, aber möglichst Betreuung im Verborgenen. Soviel dazu.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Reinhard Weißhuhn.

Reinhard Weißhuhn: Martin Gutzeit ist gerade nicht da, dann verschiebe ich das. Michael Passauer, die Frage nach den Anknüpfungspunkten bei

Kirche von unten und solidarischer Kirche: Nun bin ich einer der wenigen hier vorn, der kein Theologe ist, und ich fände es ohnehin besser, das hatte ich auch gesagt, wenn das von diesen Gruppen selbst artikuliert werden könnte und nicht stellvertretend durch mich, der ich nicht für diese Gruppen sprechen kann. Immerhin gibt es sogar hier im Saal Leute, die das tun könnten, Thomas Seidel zum Beispiel für die solidarische Kirche oder Walter Schilling für die Kirche von unten. Aus meiner Sicht, die wirklich ausdrücklich vorbehaltlich der Authentizität der Leute selbst stehen soll, würde ich annehmen, daß es einige gemeinsame Punkte gibt, die für beide Gruppen gelten. Es gibt auch einige, zum Teil sogar erhebliche Unterschiede. Gemeinsam als Widerspruch zur Amtskirche habe ich die Absage an den Kirchenpaternalismus erlebt, der hier schon angesprochen wurde, der auch auf die Gruppen insgesamt manchmal fast lähmend und als Spiegelbild der Autoritätshörigkeit der Kirche gegenüber dem Staat in diesem Fall gewirkt hat. Auf jeden Fall sind diese beiden Punkte ganz wesentlich für die kircheninterne Kritik an der Amtskirche gewesen. Dazu gehört sicher auch so eine theologische Erstarrung, die meines Wissens besonders von der solidarischen Kirche thematisiert worden ist. Das Ergebnis wäre – jetzt positiv formuliert – stärkere Einbindung sozial Benachteiligter, und zwar nicht einfach im Sinne von Wohlfahrt, von paternalistischem Verhältnis dazu, sondern im Sinne von Selbstaktivierung und Unterstützung bei der Selbstaktivierung, also ein emanzipatorischer Ansatz, ein dezidiert emanzipatorischer Ansatz. Das wird besonders deutlich bei der Kirche von unten, glaube ich, aber es wird im Prinzip selbstverständlich auch bei der solidarischen Kirche so gemeint sein. Dort kommt noch ein stärkerer Realitätsbezug, Gesellschaftsbezug der kirchlichen Arbeit hinzu, dazu gehört auch ein entsprechender „Überbau“, also entsprechende theologische Verarbeitung von Realität. Dazu gehört der Anspruch an die Demokratisierung der Kirche, ihre Enthierarchisierung, der Anspruch an Öffentlichkeit, öffentlich von Entscheidungsprozessen zu reden, also zum Beispiel der uns allen gemeinsame Widerstand gegen Geheimdiplomatie im Sinne von meiner Ansicht nach falsch verstandener politischer Übersetzung. Vorhin wurde das sogar ausdrücklich von Bischof Demke in Anspruch genommen, die Entscheidung, wir behandeln alle als individuelle Einzelfälle, nicht als politisches Phänomen. Die solidarische Kirche hat das immer ganz genau umgekehrt gesehen. Ich denke, die Öffnung zu den realen Problemen der Gesellschaft, die Aktivierung, die Formulierung von Problemen statt der verschleiernnden Rede, all das sind Gedanken, die, obwohl ich sie jetzt nur stichwortartig nennen konnte, dabei eine Rolle spielten.

Martin Gutzeit fragte nach dem Selbstverständnis der Gruppen als Opposition: Das ist natürlich eine sehr komplizierte oder auch komplexe Frage. Der Zusammenhang mit dem Verhältnis zur Kirche spielt eine, aber nur eine von

vielen Rollen dabei. Diese Tendenz zur vorsichtigen Formulierung hat sich auch auf die Gruppen selbst ausgewirkt und stammt zum Teil sogar von ihnen. Aber es gibt noch eine Reihe anderer Gründe. Einer davon ist ganz praktisch: Teile, einige dieser Gruppen, zum Beispiel die IFM, haben sich durchaus schon als Opposition verstanden. Nur kann man das nicht sagen, und das muß man auch nicht. Man kann es ohne weiteres umschreiben. Diese Begriffe und das Bekenntnis zu den Begriffen ist sehr spät gekommen, aber es ist noch gekommen. Ich erinnere mich nur, daß ich im Juni 1989 im „Grenzfall“ einen Artikel geschrieben habe, in dem ich ausdrücklich diesen Anspruch an unser Selbstverständnis als Opposition artikuliert habe. Es gibt sicher andere Beispiele. Das ist das, was ich nun zufällig selbst kenne. Da ist es also noch gekommen, und zwar, wenn man so will, trotz dieser Kircheneinlullung.

Es gibt eine Reihe Sachverständigere als uns, die wir sozusagen nur unmittelbar Betroffene waren und entsprechend nur Zugang zu den Akten haben. Die Hypothesen sind zumindest mit Indizien belegt, auch aus unseren eigenen Personenakten. Über die Gruppen selbst hatte die Stasi selbstverständlich Erkenntnisse – Erkenntnisse ist gar kein Ausdruck. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hatte möglicherweise den Rekord aufgestellt. Sie hatte etwa 20 Mitglieder, davon waren eindeutig 10 IM, die Hälfte. Eine andere Frage ist, welchen Einfluß das hatte. Eine wesentlich andere Frage ist das sogar. Es wäre sicher jetzt vermessen, eine abgeschlossene Erklärung dazu abgeben zu wollen. Ich kann nur sagen, daß ich bis jetzt nicht entdeckt habe, daß wirklich wesentliche, trotz dieser relativen Dominanz von IM, Einflüsse existiert hätten, die Entscheidungen oder Abläufe zu unseren Ungunsten bestimmt hätten. Aber unsere eigenen Entscheidungen sind nicht ernsthaft davon betroffen gewesen, in Details vielleicht, aber nicht grundsätzlich. Und das, obwohl in der IFM IM, wie zum Beispiel Ibrahim Böhme waren, also nicht nur irgendwer. Was die Rolle der Amtskirche oder der Kirchenleitungen gegenüber den Gruppen und deren Zusammenhang mit Stasieinfluß betrifft, kann ich nur spekulieren. Ich denke nur, es wäre eine Sackgasse zu glauben, nur in diesem Zusammenhang wäre das zu erklären. Natürlich hat jemand wie Günther Krusche zum Beispiel ganz offensichtlich zur Spaltung sowohl der Gruppen als auch zwischen Kirchenleitung und Gruppen aktiv beigetragen. Andererseits hatte die Amtskirche durchaus auch eigene Schwierigkeiten mit den Gruppen, für die sie gar nicht des Einflusses der Stasi bedurfte, die ganz andere Quellen hatten. Das spielte natürlich zusammen, und die Stasi wußte das auch und hat das verstärkt und ausgenutzt. Nur ist das dann keine bewußte Entscheidung der Kirche, die auf die Stasi zurückzuführen wäre, sondern das ist eben einfach nur die Addition von verschiedenen Ursachen. 1989 spielt all das eine Rolle, aber es spielt auch eine Rolle, daß die Stasi der Entwicklung nicht mehr Herr werden konnte, das glaube ich jedenfalls. Sie hat sowieso immer alles gewußt, aber nichts verstanden. Und weil sie nichts verstanden

hat, konnte sie es auch nicht wirklich beeinflussen, schon gar nicht, als es dann diese Dynamik annahm, die 1989 einsetzte. Aus der Aktenlage läßt sich das zwar auch ableiten, aber man muß da vorsichtig sein. Was Pfarrer Hilse zum Beispiel vorhin nannte, ich würde seinen Eindruck aus den Akten nicht überbewerten wollen, solche Eindrücke haben wir alle gehabt. Das liegt aber zunächst einmal daran, daß wir nur Akten aus den Archiven bekommen. Was nicht archiviert, also noch wichtig war, und das war natürlich 1989, das haben wir gar nicht gesehen. Es ist vermutlich zum größten Teil vernichtet und deshalb ist ohnehin nicht nachvollziehbar, wie weit dokumentiert und beobachtet wurde. Ich bin überzeugt davon, daß sie auch da alles gewußt und sogar aufgeschrieben haben, jedenfalls den größten Teil davon, auch wenn wir das jetzt nicht mehr finden können. Ich denke, das war eine Quasilähmung der Stasi, die hinzukam zu dem bis dahin erfolgreich moderierenden, wie man jetzt so schön sagt, Einfluß der Kirchenleitung auf die Gruppen.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Martin Böttger.

Dr. Martin Böttger, MdL: Gert Weisskirchen fragt: Was wäre, wenn die Kirchen das Anliegen der Gruppen nicht so in Watte gepackt hätten, sondern es so transportiert hätten, wie es die Gruppen wollten? Sie ist sehr hypothetisch, die Frage, aber interessant. Ich denke, es hätte mehr der Kirche als den Gruppen genutzt. Die Gruppen waren gezwungen, selbst Phantasie und Kraft zu entwickeln, um ihre Anliegen unverpackt zu transportieren. Zum Beispiel die Gruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“: Sie hat einen Antrag an die Berlin-Brandenburgische Synode gestellt, diese Absage auszusprechen. Absage an Abgrenzung – es wurde aber doch so verstanden, daß auch eine Absage an die Mauer, eine Absage an Arrest im Land ausgesprochen werden sollte. Diese Aussprache hat die Kirche leider nicht geschafft. Danach sind dieselben Leute 1987 nach Görlitz zur Bundessynode gegangen, und auch da kam es nicht zu der Absage, und sie durften nicht einmal ihre Papiere verteilen. Wir haben dort mit einem Bein auf dem Kirchengelände, mit dem anderen auf staatlichem Gelände gestanden, also oft in einer Grätsche, das waren Stefan Wickert, Ludwig Mehlhorn, Reinhard Lampe, und haben dann Flugblätter und Schriften verteilt, und sie mußten auch alle möglichen Formen selbst entwickeln. Sie haben ein Buch geschrieben: Zusammenstellung von Aufsätzen, Aufrisse 1 und 2 mit Grafiken zum Thema, aber sehr breit, nicht nur zur Abgrenzung. Dann, etwas enger thematisiert, so eine Schrift dünner in einer größeren Auflage. Dort wurde die Geschichte dieses Antrags dokumentiert. Die Synode hat bekenndend die Friedensfrage zum Thema gemacht und hat darin auch einige vorsichtige Gedanken aufgenommen: Weil nämlich alle Abgrenzung von Übel ist, müssen wir zum Frieden beitragen. Ein kleines Blatt, sehr handlich in einer noch größeren Auflage, war ein Brief an die Gemeinde: „Neues Handeln“. Das haben sich die Leute alle ausgedacht, weil die Kirche selbst in ihrer Struktur

überfordert war. Das war eine der wenigen Gruppen, in der überhaupt kein IM war, die hat sich dann sozusagen um Demokratie Jetzt formiert. Die Gründungsmitglieder der Demokratie Jetzt sind im wesentlichen dieselben Leute.

Da komme ich jetzt gleich zur ersten Frage von Karl Wilhelm Fricke: Wie war das MfS darüber informiert? Über die Gruppe – zum Beispiel – sehr gut aufgrund ihrer öffentlichen Arbeit, in dem Fall aber nicht über IM, wahrscheinlich nicht einmal über Wanzen. Es war eine Gruppe mit einem klar umrissenen Auftrag, und jeder, der in die Gruppe wollte, mußte erst einmal den Auftrag auch für sich selbst annehmen. Vielleicht liegt es daran, daß da einmal kein IM drin war. Zu einer anderen Gruppe, wo höchstwahrscheinlich auch kein IM drin war: Die konspirative Gruppe, von der ich erzählt hatte, hatte sich 1981 nach dem Kriegsrecht in Polen gegründet, weil sie befürchtete, daß die DDR sich in Polen engagiert, und wollte eine Widerstandsgruppe aufbauen. Bis etwa 1985 hat sie bestanden. Sie hat sich so getroffen, daß niemand anders davon wußte, nur die Gruppenmitglieder selber wußten, daß es die Gruppe gab. Alle Mitglieder waren in anderen Gruppen engagiert, haben sich beraten, was man denn in anderen Gruppen machen kann, und haben versucht, ob man sie koordinieren kann. Wir haben das später gemerkt, man kann eine Gruppenarbeit, ein Netzwerk nicht konspirativ koordinieren, das geht nicht. Wir haben am Anfang geglaubt, daß man das vielleicht könnte. Wir haben auch ganz wenige Aktionen gemacht. Eine wichtige Aktion: Wir haben einmal ein längeres Papier, so über 30 Seiten, „Situationsanalyse der DDR“, vervielfältigt. Das stammte zum größten Teil gar nicht von uns, wir haben es aus Österreich von ausgereisten DDR-Leuten bezogen und es überall in die Briefkästen gestopft bei Freunden und Bekannten und sind ausgeschwärmt, um zu sehen, was das für eine Reaktion hat. Daran haben wir gemerkt, daß wir von der Stasi verschont wurden. Jedenfalls hat die Stasi, soweit wir die Akten bis jetzt gesehen haben, wirklich von der Existenz dieser Gruppe nichts gewußt. Das war aber eine Ausnahme. Im allgemeinen waren die Gruppen sehr stark durchsetzt. Reinhard Weißhuhn sagte bereits, beim IFM vielleicht zu 50 Prozent. Typisch ist auch, daß auch die Kirchenleitung mit denen verhandeln mußte. Ich erinnere mich an das erste Gespräch mit der Kirchenleitung in Berlin, da waren zehn Mitglieder von uns dabei, und davon waren vier IM. Die haben auch alle Berichte geschrieben. Auf unserer Seite waren vier IM, vier von zehn, also 40 Prozent. Wie es auf der Kirchenseite war, das weiß ich jetzt nicht. Aber wenn es da zu Abstimmungen gekommen wäre, hätten wir Schwierigkeiten gehabt, die Mehrheit zu bekommen, aber es kam nicht dazu, denn die wichtigsten Leute waren Gerd Poppe und Reinhard Weißhuhn. Gerade die IM haben versucht, die Stellung dieser Leute etwas zu beeinträchtigen, haben es aber nicht geschafft. Nun trat das MfS im Februar 1988 mit Zumutungen an die Kirchenleitung heran, auch noch einmal ein

Beispiel: Als die Bürgerrechtler nach der Luxemburg-Demonstration verhaftet wurden, gab es eine Aktion, sie in den Westen zu bugsieren. Diese Aktion lief auf Umwegen. So wie auch zum Beispiel Wolfgang Wolf an Krusche herangetreten ist und ihn beraten hat, wo keiner von dem anderen wußte, daß er IM war, so war das auch sehr auf Umwegen, obwohl die Zeit drängte. Damals wurde de Maizière als Rechtsanwalt der Familie Templin zum Staatsanwalt bestellt. Er sollte dann zur Kirchenleitung gehen und eruieren, ob denn auch für die anderen Bürgerrechtler diese Künstlerlösung in Frage käme. Darauf hat die Kirchenleitung gesagt: Das wäre schon etwas, da müssen wir zu den Gefangenen gehen. Dann hat sie Wolfgang Schnur zu den Gefangenen geschickt und das unterbreiten lassen. Auf diesem Umweg de Maizière-Kirchenleitung-Schnur ist der Druck auf die Gefangenen ausgeübt worden, also nicht direkt, weil man ganz genau wußte, daß die Gefangenen eigentlich ziemlich hart sind und hierbleiben wollen. Dazu hat man die Kirche auch ein bißchen ohne ihr Wissen benutzt, über zwei IM Anliegen des Staates an Gruppen heranzutragen, um Gruppen zu spalten und zu zersetzen. Das ist ihr auch gelungen, denn wir hatten nachher – ein halbes Jahr zumindest – eine sehr depressive Phase, und es hat sehr erbitterte Diskussionen gegeben. Reinhard Schult hat einen bösen Brief geschrieben und den Ausgereisten schlimme Vorwürfe gemacht, daß sie nicht widerstanden hätten. Es hat auch gegenteilige Diskussionen gegeben, daß man sagte: Nein, die Verlierer sind auf einer anderen Seite, und wer ist eigentlich Gewinner und Verlierer? Durch diese Umwege ist es ganz indirekt gelungen, Gruppen zu spalten, und das ist eigentlich erst beendet worden, als Bärbel Bohley und Werner Fischer zurückgekommen sind. Dann haben wir uns, glaube ich, auch wieder getraut, uns auf unsere eigene Kraft zu verlassen.

Zu 1989: Das würde ich auch so sehen wie Reinhard Weißhuhn. Die Schwäche des Staates war, daß er nicht mehr den gesamten Überblick hatte. Es war bereits im Frühjahr 1989 erkennbar, daß es DDR-weit zu Zusammenschlüssen kommen mußte. Es hat im März 1989, also vor Ostern, ein Treffen in der Golgatha-Gemeinde gegeben von allen möglichen Friedenskreisen der DDR. Da war eigentlich schon in den Referaten der Ausblick gegeben, daß diese Vernetzung, diese verschiedenen Sozialisationsstufen, in denen die Gruppen standen, sich weiterentwickeln müssen, daß die Gruppen sich zusammenschließen, sich offiziell anmelden müssen laut Vereinsgesetz der DDR. Es gab auch schon Vorschläge, wie man herauskommen muß und auch politisch aktiv werden muß, völlig unabhängig von der Kirche. Das war damals schon im März für den Herbst geplant. Für September 1989 stand im Frühjahr schon fest, zumindestens im Juni, daß es ein Treffen geben muß, wie man sich neu formieren muß. Das hat natürlich auch die Stasi mitbekommen. Sie hätten das irgendwie verhindern können und hätten wirklich eine Strategie entwickeln müssen. Das haben sie aber nicht gemacht, denn es stand eine Organisation

bevor, wie Vereine oder gar Parteien anzusiedeln waren, und im August haben Leute eine Sozialdemokratische Partei gegründet. Sie haben die Absicht erklärt, und es hat schon keine Gegenstrategie mehr gegeben. Das hatte auch nichts mit dem moderierenden Einfluß der Kirche zu tun, sondern damit, daß nur noch die übelste Schadensbegrenzung geleistet wurde und daß eine Gegenstrategie der Staatssicherheit nicht mehr sichtbar wurde, wahrscheinlich auch aus einer Blindheit heraus. Man mußte einmal die Protokolle vom September 1989 lesen, Mielke mit den Chefs der Bezirksverwaltungen. Da wurde die Frage gestellt: Wird denn der 17. Juni wiederkommen? – Nein, der wird nicht wiederkommen, also überhaupt kein Verständnis für die Situation.

Pfarrer Werner Hilse: Wir haben nach der Wende eine Gesprächsrunde gehabt mit Stasioffizieren und dem Bezirksbürgermeister und haben ihn auch konkret auf diese Situation angesprochen. Von diesen Stasioffizieren ist uns gesagt worden: Wir wußten nicht mehr, was wir tun sollten. Was wir taten, war im Grunde genommen umsonst. Es ging immer wieder weiter.

Angelika Schön: „Zur vorbeugenden Verhinderung gefährlicher Formen der Feindtätigkeit gegen die DDR wird vorgeschlagen, den Otto mit Sonderauflassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR zu entlassen und nach Westberlin überzusiedeln.“ Ich habe vorhin damit angefangen, das war 1983, und es sind Hunderte von Freunden von uns so in den Westen „gegangen worden“. Es war nicht nur unser Sprachgebrauch, den wir die Jahre gehabt haben, sondern inzwischen steht es auch schwarz auf weiß in Stasiakten. Daran möchte ich nur noch einmal erinnern. Wenn es jetzt hier in den letzten Beiträgen oft um die Zeit Ende der achtziger Jahre ging, dann denke ich mir: Daß es erst so spät dann dazu kam, daß wirklich Gruppen auch Oppositionen werden wollten, hängt damit zusammen, daß eben über die ganzen Jahre unsere Freunde immer wieder „gegangen worden“ sind. Das begann eigentlich Mitte der siebziger Jahre. Diese Freunde sind inzwischen teilweise wieder in Freundeskreisen zusammen, sehen manche Sachen anders und sehen auch, wie sehr wir uns teilweise auseinanderentwickelt haben. Trotzdem sind die Freundschaften nach wie vor da. Ich kenne die Anfänge dieser Zeit selber nicht, weil ich dazu zu jung bin, aber ich merke einfach, daß wir über viele Jahre ein Lebensgefühl und eine Art von Lebenszusammenhang miteinander praktiziert haben, der sich, trotzdem so viele Leute gegangen sind und „gegangen worden“ sind, immer wieder weitergegeben hat, der vielleicht wirklich ein Ansatz für eine neue Gesellschaft werden kann, jetzt auch wieder. Die Reibung an der Kirche war für uns lehrreich, denke ich. Wir haben dabei eine ganze Menge eingeübt von dem, was in anderen gesellschaftlichen Bereichen nötig ist zu können, aber die meisten Pfarrer, die wir dabei erlebt haben, haben ihre eigenen Schutzräume überhaupt nicht ausgereizt. Hier in dem Raum sitzen eine Menge von denen, die sie versucht haben auszureizen, Heino Falcke und Rainer Eppelmann teilweise, es gibt noch ganz viele andere, die auch hier sind.

Es würde eine lange Liste geben, trotzdem sind es die wenigsten, das ist die außerordentliche Minderheit in dieser Kirche gewesen. Das waren die Verbündeten der Gruppen, die uns geholfen haben, die uns nicht gleich mit Argwohn betrachtet haben und eine grundsätzliche Kritik an Kirche nicht gleich als Grundsatzkritik gegenüber der Kirche verstanden haben, sondern als weiterhelfende Kritik. Die haben uns nicht als Angriff verstanden, sondern als Kritisierende, die weiter wollen, die einen Weg miteinander gehen wollen. Falls die Kirche sich mit den Gruppen gemeinsam verändert hätte, dann hätten wir heute nicht bloß keine DDR mehr, sondern wir hätten vielleicht eine andere Kirche und vielleicht noch etwas ganz anderes. Das führt mich hin zur Ökumenischen Versammlung. Ich war jetzt bei der Konsultation im Oktober in Magdeburg. Viele alte Leute waren wieder da, aber viel weniger, als wir einmal waren. Wenn diese Ökumenische Versammlung sich wieder auf den Weg macht, auch die Probleme von unten her zu benennen, dann sind es dieses Mal die dieser Gesellschaft, also Bodenrecht, Wirtschaftssystem, all die wirklich brandheißen Probleme, die sich dann schon wieder in den Gruppen äußern, die es hier auch gibt. Ich weiß nicht, ob das hier jemand im Blick hat. Aber wenn Häuser besetzt werden, dann ist das ein Ausdruck für heutige gesellschaftliche Probleme, und dort ist ein neues Wahrnehmungsfeld für Kirche, aber eben ohne die Gruppen zu vereinnahmen.

Es ist von Martin Gutzeit gefragt worden: Warum dauerte es so lange, bis Gruppen Oppositionen wurden und werden wollten? Das habe ich versucht damit zu beschreiben, daß so viele Leute „weggegangen worden“ sind. Ende der siebziger Jahre gab es schon einmal sehr große Veranstaltungen, an denen sich Hunderte, manchmal Tausende von Leuten getroffen haben. Das ging dann ein bißchen von Thüringen nach Berlin, in den Blues-Messen wurde es dann weitergeführt. Eigentlich schon zu dem Zeitpunkt war die erste Möglichkeit für Kirche verpaßt worden, sich dieser Gesellschaftskritik zu stellen und tatsächlich politisch sich zu formulieren. Vorhin hat Herr Demke gesagt, daß das nicht passiert ist. Richard Schröder hat das einmal herausgearbeitet, daß schon in der Langformel von „Kirche im Sozialismus“ diese Verschwommenheit Staat – Gesellschaft drin steckt. Es ist nicht zwischen Staat und Gesellschaft differenziert worden, und das ist auch heute wieder ein Thema oder eine Sache von denen, auf die man aufpassen soll.

Noch zwei Sachen, die mir anders herum wichtiger sind: Um Gruppenanschlüsse in Gemeinden zu vermitteln, brauchten wir keine Kirchenleitung. Das wollten und konnten wir auch selber. Das Problem war nur, daß die Kirchenleitungen, besonders die regionalen, gar nicht einmal so sehr die oben, zum Beispiel Superintendenden, nicht damit zurechtkommen konnten, daß es da plötzlich Formen von Gemeinden gab, die in dieser so verfaßten Kirche eben einfach nicht vorkamen. Dann wurde eben mit Angst und Beharrung auf Strukturen reagiert und eben leider nicht mit dem, was sowieso eigentlich

schon passierte, nämlich Übergänge in normale Gemeinden. Dieses Problem ist als Problem der Anbindung von Gruppen an irgendwelche Kirchenstrukturen immer wieder hervorgetreten, die offene Arbeit hat mehrfach versucht, an verschiedene Ebenen anzubinden, regional, überregional oder insgesamt. Das war auch für die Gruppen und für „Frieden konkret“ ein Problem gewesen. Das ist eigentlich bis heute nie gelöst worden. Die politischen Verschiedenheiten in den Meinungen sind viel zu oft in Form von theologischen Verbrämungen geäußert worden. So richtig aufgefallen ist mir das erst, als diese Ad-hoc-Gruppe zur Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen Kirchenleitung und Basisgruppen zusammenkam. Das war Anfang 1989, und ich war da durch Zufall hineingeraten, da war der Curt dabei und der Rudi und du, jedenfalls wurden politische Meinungen geäußert, denn die waren ja dran. Aber sie wurden viel zu sehr theologisch verbrämt. Martin König hat das dann irgendwann einmal ziemlich deutlich auf den Punkt gebracht. Ich habe in den Akten inzwischen die ganzen Protokolle davon gefunden, die die Stasi freundlicherweise in meine Akte geschubst hat, deswegen habe ich mich jetzt daran erinnert.

Staatssicherheit: Es gibt eine kirchenstrukturelle Begünstigung für die Geheimdiplomatie. Die ist nicht weg, weil die Kirchenstrukturen noch nicht anders geworden sind. Das Einfallstor „Ordnungsdenken“, das dazu geführt hat, so viele kirchliche Mitarbeiter, ob sie nun IM waren oder nicht, eben Leute, die da nicht hineinpaßten, auszugrenzen. Das Einfallstor „Verantwortungssyndrom“ ist das nächste, was einen Einstieg für die Stasi bot. Wenn ein kirchlicher Mitarbeiter ein Verantwortungssyndrom hat, also nicht damit umgehen kann, daß auch Leute ihre eigenen Gedanken entwickeln wollen und daß es kein Widerspruch zur Kirche ist, dann sind sie damit handhabbar für einen Geheimdienst, der das dann eigentlich nur verstärken muß. Das ist ganz oft passiert. Als völlig unzureichendes Schlußwort oder wie auch immer: Vorschußvertrauen: sich selbst vertreten wollen, den Menschen zu vertrauen, die sagen: Ich bin auch Kirche, bringt meistens mehr Verantwortung zum Vorschein, als man vorher glaubt. In diesem Sinne sind wir weiterhin das Salz der Erde und das Licht der Welt und „Fürchtet Euch nicht“.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir haben jetzt sehr lange gesprochen über das Verhältnis der Gruppen und der Kirche in der DDR. Die DDR gibt es nicht mehr, und das Verhältnis hat sich extrem geändert. Aber mir scheint, daß die Herausforderung geblieben ist. Ich möchte in dem Zusammenhang an das gute Wort von Ehrhart Neubert erinnern: Vergangenheitsaufarbeitung ist Zukunftsgestaltung. Jetzt übergebe ich das Wort an Rainer Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kirche legt von ihrem Urverständnis her Wert darauf, unterwegs zu sein. Ich bin froh darüber, daß bisher nur zwei Tage thematischer Arbeit mit den Kirchen in der DDR zu Ende sind und wir dies

fortsetzen werden, und zwar allerspätestens am 8. und 9. Februar, wenn ich mich jetzt nicht täusche, in Dresden. Ich bin deswegen froh darüber, weil für meinen Eindruck auch eine ganze Reihe von Fragen selbstverständlich noch offengeblieben ist, offenbleiben mußte. Ich frage mich zum Beispiel immer wieder und immer noch, gerade auch beim Handeln von kirchenleitenden Persönlichkeiten: Wie sind eigentlich bei uns Menschen in leitende Funktionen gekommen? Wer hat unter welchen Prämissen ausgesucht, wer auf der Verwaltungsebene in der Auguststraße oder in den Konsistorien gesessen hat? War das ein Zufall, oder woran lag das, daß gerade da so viele drin waren, von denen man heute den Eindruck hat, daß sie mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben? Ich erinnere mich auch an die Traurigkeit, die ich empfand, als ich den Eindruck hatte, daß Leute wie wir, die wir auch DDR-kritische Äußerungen in der DDR taten, offensichtlich, und ich sage das ganz traurig, von denen, die unsere Kirche repräsentiert hatten, weniger gern gehabt und gesehen worden sind als die, die gesellschaftliche Vorzüge in der DDR lobten. Ich kann mich an so manchen erinnern, der mit der größten Selbstverständlichkeit offensichtlich für evangelische Kirche in der Ökumene im Westen reden durfte. Wir wurden da nicht hingeschickt. Das hat traurig gemacht. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen. Mich hat auch traurig gemacht, wenn ich dann immer wieder einmal selber hörte, und ich habe mir ähnliche Erfahrungen auch von anderen berichten lassen, daß dann Menschen, die reisen konnten, uns unser Begrenztsein, unseren begrenzten Horizont vorwarfen und sagten: „Wenn ihr wüßtet, was wir alles wissen“, aber nicht dafür Sorge getragen worden ist, daß Horizonte sich an dieser Stelle erweitern konnten. Ich bin ungeheuer froh darüber, für unsere Kirche froh darüber, daß es auch heute noch Gruppen und Menschen gibt, die Kirche für etwas Lebendiges halten, mit ihr und in ihr arbeiten wollen, und ich hoffe, daß der Kirche das erhalten bleibt. Ich möchte all denen danken, die mitgemacht haben. Ich kann mir vorstellen, daß die Empfindungen, mit denen die einzelnen hierhergekommen sind, sehr unterschiedlich gewesen sind. Ich möchte all denen danken, die hier geredet haben, dazu beigetragen haben, daß unser Bild von Kirche, so hoffe ich zumindest, in der DDR ein differenziertes geworden ist, die mit dazu beigetragen haben, daß eben zwei falsche Bilder ausgeräumt werden können, einmal das, das Kirche unmittelbar nach der friedlichen Revolution als die Gemeinschaft von Helden, Übermenschen und Superrevolutionären dargestellt hat, aber auch das andere, das andere Bild muß ebenso weg, das Kirche als eine Gemeinschaft von Angepaßten, Verrätern und Opportunisten dargestellt hat. Die Wahrheit wird auch bei den Kirchen irgendwo in der Mitte liegen, denn – und das sage ich all denen unter Ihnen, die selbst Christen sind, sich so verstehen oder sein wollen – für die Kirchen gilt dasselbe wie für alle anderen menschlichen Gemeinschaften: Sie können nur so gut sein wie die einzelnen, die sich in ihr engagieren und in ihr zu Hause fühlen. Darum ist es immer, glaube ich,

nicht nur eine Frage von Bischöfen, sondern von jedem einzelnen unter uns. Wem das etwas bedeutet, dem wünsche ich eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit und den anderen fröhliche Feiertage, erholen Sie sich gut, kommen Sie gut nach Hause. Machen Sie es gut.

(Beifall)